



Rudolf Handwerker:

Vorstandsstab übernommen

Der Landrat des Kreises Hassberge löste als Vorsitzender des Regionalen Planungsverbandes Main-Rhön Alt-Landrat Fritz Steigerwald ab.

Seite 18



Dr. Siegfried Naser:

Sparkassen und kommunale Träger einig

Bei der Pressekonferenz des Sparkassenverbandes bekannte sich dessen Präsident ausdrücklich zur öffentlich-rechtlichen Kreditwirtschaft.

Seite 4



Dieter Döhla:

Glückwunsch zum 60. Geburtstag

Der Hofer Oberbürgermeister ist bekannt und geschätzt für seinen unermüdlichen Einsatz in der kommunalen Familie.

Seite 19

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 1. April 2004

55. Jahrgang / Nummer 7



Das Podium bei der KPV-Hauptausschusssitzung (v.l.): Gerhard Weber, Bartholomäus Kalb, Erwin Huber, Luitpold Braun und Florian Hahn. Bild: Rappold

Projekt „Verwaltung 21“:

KPV-Hauptausschuss in München:

Verwaltung und Finanzen im Fokus

Die Verwaltungsreform, der Stand der Gemeindefinanzreform und die Präsentation des vorbildlichen Integrationsprojekts „Sondheim-Rhön-Modell“ standen im Mittelpunkt der jüngsten KPV-Hauptausschuss-Sitzung unter Leitung von Landrat Luitpold Braun.

„Wir verfügen über keine großen Verteilungsspielräume mehr, deshalb müssen wir Gestaltungsspielräume erarbeiten“, bemerkte Staatskanzleichef Erwin Huber zum Projekt „Verwaltung 21“.

Dezentralisierung

Die Überreglementierung müsse ein Ende haben, Ziel sei eine Dezentralisierung des Freistaats. Hierzu strebe man an, in den nächsten fünf Jahren rund ein Drittel der etwa 70.000 Verwaltungsvorschriften zu streichen. Geplant seien maßge-

schneiderte Regelungen für jeden Bereich, erläuterte Huber. Hierzu müssten Aufgaben gebündelt werden. Eine von mancher Seite befürchtete „Superbehörde Landratsamt“ stehe allerdings nicht zu Debatte. Auch Befürchtungen, wonach die Verwaltungsreform zur Verödung ländlicher Räume führe, konnte der Staatskanzleichef entkräften. Vielmehr werde eine Stärkung der bürgernahen Versorgung vor Ort stattfinden.

Die inzwischen „viel zu detaillierte“ Planungstätigkeit müsse verschlankt und gestrafft werden. Die „Planeritis“ der 70er

Jahre sei passé. Bis Mitte des Jahres werde deshalb ein neuer Entwurf eines Landesentwicklungsprogramms vorgelegt. Als markante Punkte nannte Huber die Forstreform und die Reform der Gewerbeaufsicht. Oberste Maxime der Verwaltungsreform sei, „aus der Krise eine Chance zu machen“.

Zum aktuellen Stand der Gemeindefinanzreform äußerte sich Bartholomäus Kalb, Vorsitzender des Arbeitskreises Finanzen (Fortsetzung auf Seite 4)



Landrat Luitpold Braun.

FW-Landesdelegiertenversammlung fordert:

Rückkehr zur Glaubwürdigkeit

Armin Grein als Landesvorsitzender bestätigt

Bei der Landesdelegiertenversammlung der Freien Wähler Bayern in Weiden wurde Landrat Armin Grein als Landesvorsitzender in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden der Vorsitzende der FW-Wählergruppe, Bürgermeister Johann Deuerlein (Hiltpoltstein), Landrat Johann Fleschhut (Ostallgäu) sowie neu die Landshuter Stadträtin Gabriele Sultanow gewählt.

Landesvorsitzender Grein forderte eine Rückkehr zu politischer Glaubwürdigkeit auf allen politischen Ebenen. Er bemängelte, dass in Bund und Land statt zuverlässiger und vorausschauender Politik zunehmend blinder Aktionismus das politische Geschehen bestimme.

Kritik am Verhalten gegenüber den Kommunen

Der Bayerischen Staatsregierung warf Grein vor, für eine beispiellose Vertrauenskrise in die Politik verantwortlich zu sein. Stoiber sei „Weltmeister der Streichorgien“, die Staatsregierung werfe vieles, was sie bislang als gut und richtig verkauft habe, über den Haufen. Der bayerische Wähler sei vor der Landtagswahl „getäuscht, um nicht zu sagen, skrupellos belogen“ worden.

Heftige Kritik übte der Vorsitzende auch am Verhalten von Bund und Freistaat gegenüber den Kommunen. Statt der Fürsorgepflicht gegenüber den Kreisen, Städten und Gemeinden nachzukommen, gebärde man sich „wie die Totengräber der Kommunen“. Die lebenswichtige Gemeindefinanzreform sei dem kleinkarierten Parteiengizank von Union und SPD geopfert worden. Wegen des fehlen-

den finanziellen Handlungsspielraums verkomme die kommunale (Fortsetzung auf Seite 4)



Landrat Armin Grein.



Schlussendlich wird Deutschland nicht wieder auf die Beine kommen können, wenn es weiterhin „business as usual“ betreibt. Betrachtet man sich die wirtschaftlichen Kerndaten, so ist es zwingend notwendig, mehr zu arbeiten, meint die Vorzimmerperle. Wie sagte Tolstoi bereits: „Arbeiten ist an sich keine Tugend, aber sie ist eine unvermeidbare Bedingung eines tugendhaften Lebens.“ Seite 19

Annäherung zwischen Städten und Staatsregierung

Auf die bayerischen Städte und Gemeinden kommen im Zuge des Umbaus der staatlichen Verwaltung neue Aufgaben zu. Angesichts der prekären Finanzsituation vieler Kommunen hat die Staatsregierung jetzt zugesichert, das nötige Geld hierfür zur Verfügung zu stellen. Das gilt ausdrücklich auch für die Einführung des achtjährigen Gymnasiums, wie Staatskanzleichef Erwin Huber nach einem Treffen mit Vertretern des Bayerischen Städtetags betonte.

Bis Mitte des Jahres soll die Verwaltungsreform in ihren Grundzügen feststehen. Ziel ist laut Staatskanzleichef Erwin Huber, die Verwaltung bürgerfreundlicher zu gestalten. Unter anderem ist daran gedacht, den Städten und Gemeinden staatliche Verwaltung im Bereich der Gewerbeaufsicht oder der Wasserwirtschaft zu übertragen. Die Kommunen sollten dafür sowohl bei den Personal- wie auch bei den Sachkosten den vollen Ersatz bekommen, sagte Huber. Es sei die erklärte Absicht der Staatsregierung, so Huber, die Verwaltungsreform in einem Schulterschluss mit den Kommunen zu realisieren. „Ganzheitlichkeit“ laute das Zauberwort.

gen Gymnasiums gelten. Zudem hat sich die Staatsregierung zum Ziel gesetzt, in den kommenden fünf Jahren rund ein Drittel der etwa 70.000 Verwaltungsvorschriften zu streichen, um den Städten und Gemeinden mehr Spielraum bei Entscheidungen zu geben. Auf einen Nenner gebracht

soll die Verwaltungsreform für schnellere Entscheidungen, weniger Vorschriften und mehr Dezentralisierung sorgen.

Bunter und vielfältiger

Die unübersehbare Menge an Verwaltungsvorschriften von derzeit 70.000 Seiten soll auf rund 50.000 Seiten zusammengestrichen werden. Um die Selbstverwaltung der Kommunen zu stärken, ist daran gedacht, die Bauordnung einfacher zu gestalten sowie die Landes- und Regionalplanung zu verschlan-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Zum Ehrenbürger der italienischen Partnerstadt Schio ist Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimer ernannt worden. Er sei ein wertvoller und unermüdlicher Verwalter seiner Stadt und ein wichtiger Vertreter des Landes, auch als Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Seinen Einsatz würdigten Bürgermeister Giuseppe Berlato Sella und Stadtratspräsidentin Pia Clementi (Foto) beim Festakt in der italienischen Stadt. Deimer, der erst der vierte Ehrenbürger der Stadt ist, hatte 1981 mit seinem damaligen Amtskollegen Eugenio Rossetto die - inzwischen sehr lebendige - Partnerschaft zwischen Landshut und Schio besiegelt. Eine solch erfüllte Städtepartnerschaft mache im Rückblick auf die Vergangenheit dankbar und gebe unter dem „Prinzip Hoffnung“ Mut zum Wagnis, sagte Deimer in seinen Dankesworten. „Diesen Mut brauchen wir in diesen Tagen der Osterweiterung, der Fortführung der Wiedervereinigung, weil das Besondere der Europäischen Union ja nach wie vor das politische Experiment ist, irgendwie zwischen Staatenbund und Bundesstaat über Angleichung und Andersartigkeit ständig neu zu verhandeln“, so der Landshuter Oberbürgermeister.

Konnexitätsprinzip gilt

Das so genannte Konnexitätsprinzip soll demnach auch bei der Neueinführung des achtjähri-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Die Fitnesskur für Bayern hat begonnen	Seite 2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Bei der Bezirksumlage beißen den Letzten die Hunde	Seite 3
Wird die Bavaria kahl geschoren?	Seite 3
Sparkassen und kommunale Träger einig	Seite 4
GZ-Fachthemen: EDV - Technik für die Kommunalverwaltung	Seite 5 - 9
Umwelt- und Abfalltechnik	Seite 10 - 13
Ausstattung kommunaler Gebäude	Seite 14/15
Kommunalfahrzeuge	Seite 16/17
Aus den bayerischen Kommunen	Seite 18 - 20

Die Fitnesskur für Bayern hat begonnen

Stoiber und Herrmann demonstrieren Schulterschluss für weitere Reformen
Opposition spricht von katastrophalem Fehlstart

Mit dem um nominal 2,4 Milliarden Euro gekürzten Nachtrags- etat 2004 hat nach den Worten des Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber und des CSU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Joachim Herrmann „endgültig die Fitnesskur für den Freistaat begonnen“. Sie wird sich im kommenden Jahr fortsetzen, auch wenn es Wirtschaftswachstum gibt und damit die Steuereinnahmen des Staates steigen. Nach mancherlei Unstimmigkeiten zwischen Staatskanzlei und Fraktion, die sich über die Sparmaßnahmen teilweise unzureichend informiert und nicht rechtzeitig beteiligt fühlte und das intern auch zum Ausdruck brachte, haben Stoiber und Herrmann nun Schulterschluss demonstriert.

Nach einer Kabinettsitzung in der Staatskanzlei, an der Herrmann teilnahm, zogen Ministerpräsident und Fraktionschef ein halbes Jahr nach der mit Zweidrittelmehrheit gewonnenen Landtagswahl gemeinsam vor der Presse eine „positive Zwischenbilanz“. Besonders der Sparhaushalt und die Einführung des „G 8“ (das ab Herbst um ein Jahr verkürzte Gymnasium) seien „ein großer politischer Erfolg“.

Zukunftsinnovationen

Wie es weitergeht, umriss der Ministerpräsident so: Nach der Absage an einen Marsch in den Schuldenstaat müssten die Kräfte auf Bildung, Forschung und Zukunftsinnovationen konzentriert werden, flankiert von einer Verwaltungsreform im Sinne der Bürgernähe und weitgehenden Selbstverantwortung auch in den Kommunen. So werde die Grundlage dafür gelegt, dass Bayern seinen Vorsprung bewahren und weiter ausbauen könne. Für eines der heißen Eisen, die Straffung der Polizeiverwaltung, soll zunächst eine Kosten-Nutzen-Analyse abgewartet werden.

Aktionseinheit

Herrmann betonte die „Aktionseinheit“ mit der Staatsregierung. Das Ziel sei, Bayern als „Zukunftsregion in Mitteleuropa“ zu erhalten. „Wir haben den

die Jugendhilfe. Die Entwicklung der Kommunal Finanzen sei ein besonderes Anliegen. Es werde dazu Gespräche auf allen Ebenen geben.

„Böser Fehler“

Dass es nach wie vor Unmut in der CSU darüber gibt, wie der Sparhaushalt in der Praxis aussehen kann, machte der Abgeordnete und Vorsitzende der Jungen Union, Manfred Weber, an anderer Stelle deutlich. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass die, die am lautesten schreien, die gestrichenen Staatsmittel durch die Hintertür wiederbekommen. So sei es ein „böser Fehler“ gewesen, den Trachtenverbänden 400.000 Euro aus dem Kulturfonds des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst zu versprechen, nachdem sie lauthals gegen die radikale Kürzung der Bekleidungszuschüsse von 500.000 Euro im Jahr protestiert und dem Ministerpräsidenten Sprechverbot auf ihren Veranstaltungen angedroht hatten.

„Diktatorische“ Reformen

Die Opposition ließ kein gutes Haar an Stoibers Zwischenbilanz. Sie sei „absolut negativ“, konstatierte SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget. Vor allem sei es falsch, die Investitionen so zurückzuführen, dass der leichte wirtschaftliche Aufschwung gefährdet werde. Aber auch inhaltlich sei die Reformpolitik des Ministerpräsidenten verfehlt, der „diktatorisch“ vorgehe und sich über die eigenen Reihen hinweg setze, „in denen viele seiner Politik nur widerwillig zugestimmt haben“.

Grünen-Fraktionsvorsitzender Dr. Sepp Dürr sprach von einem „katastrophalen Fehlstart“ der

Regierung Stoiber. Vom „verkorksten Sparpaket“ über die überstürzte Einführung des G 8 bis zur verunglückten Forstreform und zum „Kniefall“ vor den Trachtenverbänden, erschöpfe sich die Aktivität in überhasteten Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Beide Oppositionsfraktionen verwiesen auf ihre Alternativen zur Nachtrags- haushalt 2004, die von der in der Abstimmung geschlossenen CSU alle abgelehnt wurden.

123 Änderungsanträge

Insgesamt hatten SPD und Grüne 123 Änderungsanträge nochmals vorgelegt, von denen 28 namentlich abgestimmt wurden. Die Etatsitzung des Plenums währte über elf Stunden. Das Konsolidierungsvolumen des Nachtrags- etats blieb bei 2,44 Milliarden Euro, davon werden 1,66 Milliarden Euro durch gezielte Einsparungen quer durch alle Fachministerien und die Staatskanzlei gedeckt. 410 Millionen Euro sollen durch „globale“ Maßnahmen und Erhöhung der Neuverschuldung erzielt werden. 370 Millionen Euro erwartet der Finanzminister aus Mehreinnahmen nach dem Steuermessstiegesetz des Bundes.

Weitere Einsparungen

Was die weitere Fitnesskur betrifft, rechnet Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser bereits jetzt mit 1,13 Milliarden Euro, die er nächstes Jahr einsparen muss. Am Ziel, ab 2006 keinen Cent neuer Schulden zu machen, wird festgehalten. Faltlhauser machte jedoch schon die Einschränkung, es werde auf den Wirtschaftsaufschwung ankommen. Der Ministerpräsident ging davon aus, das Wachstum werde heuer über einem Prozent liegen. Die Aufstellung des Doppelhaushalts 2005/2006 wird auf der Frühjahrssteuerschätzung basieren, die von dem Gremium der Sachverständigen bzw. Finanzminister (auch Faltlhauser gehört dazu) Mitte Mai gemacht wird. **rm**

Maßnahmenpaket des Ministerrats:

Kommunen entlasten!

Rechtsansprüche bei der Kinder- und Jugendhilfe reduzieren / Zulassung der Zweitwohnungssteuer / Erleichterungen für die vorläufige Haushaltsführung

Der Ministerrat hat ein Maßnahmenpaket zur finanziellen Entlastung der Kommunen und zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung beschlossen. „Bayern lässt seine Kommunen nicht im Stich. Wir haben die Kommunen in der Vergangenheit entlastet, wie mit der Absenkung der Gewerbesteuerumlage und der weitgehenden Übernahme der Belastungen aus dem Vorziehen der Steuerreform. Wir werden den Kommunen auch in Zukunft ein fairer Partner sein,“ unterstrich Innenminister Dr. Günter Beckstein.

„Deshalb schöpfen wir alle Möglichkeiten aus, ihre Handlungsspielräume zu erweitern und die finanziellen Belastungen zu reduzieren.“ Hauptziel der Staatsregierung bleibe eine umfassende Gemeindefinanzreform, die die Haushalte der Kommunen wieder auf eine solide und verlässliche Finanzgrundlage stellt. Außerdem könne nur mit grundlegenden Arbeitsmarktreformen die Beschäftigungssituation in Deutschland und damit die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte insgesamt verbessert werden. „Dafür brauchen wir die Mitwirkung der Bundesregierung. Aber wir warten nicht nur auf Rot-Grün, sondern nehmen das, was wir regeln können, selbst in die Hand.“ Die vom Kabinett beschlossenen Initiativen sind nach den Worten Becksteins ein erster Schritt zur Unterstützung der Kommunen. Ein Gesamtpaket zur Entlastung der Kommunen und zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung wird das Kabinett Ende April beschließen.

Gemeinsame Initiative

Zusammen mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen startet die Staatsregierung auf Bundesebene eine weitere Initiative zur Senkung der kommunalen Ausgaben. Beide Länder wollen die ständig steigende Ausgabenlast im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe eindämmen. „Die Ausgaben der Jugendhilfe sind in Deutschland von 14,3 Milliarden Euro im Jahr 1992 auf 20,2 Milliarden Euro im Jahr 2002 gestiegen. Das ist ein Anstieg von 41,3 % in zehn Jahren. In Bayern haben sich die Kosten von 1991 bis 2002 sogar um 112,5 % erhöht. Das sprengt die Leistungsfähigkeit der Kommunen. Angesichts ihrer finanziellen Situation besteht daher dringender Handlungsbedarf, die Rechtsansprüche einzuschränken“, erklärte Sozialministerin Christa Stevens. Ziel der Initiative sei es, den Anstieg der Kosten zu stoppen, Mitnahmeeffekte und Missbräuche wie zum Beispiel die Finanzierung von Internatsaufent-

Pressemitteilung des Bayerischen Landkreistags:

Ausgaben treiben Kommunen in den Ruin

Wo bleibt die versprochene Hilfe aus Berlin?

„Mit Verärgerung, ja Empörung haben Präsidium und Landes- ausschuss des Bayerischen Landkreistags in ihrer jüngsten Sitzung zur Kenntnis genommen, dass vor allem die Bundespolitik keinerlei Ansatz erkennen lässt, die Kommunen aus ihrer desolaten Haushaltslage zu befreien“, erklärte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner.

Er zeigte sich „erschüttert über die Unkenntnis, dass Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke die sich für die Jahre 2004 und 2005 abzeichnende Haushalts- und Finanzkrise nicht mehr aus eigener Kraft lösen können“. Seit Jahren weise der Bayerische Landkreistag - in völliger Übereinstimmung mit den übrigen bayerischen kommunalen Spitzenverbänden - darauf hin, dass bei ständig sinkenden Einnahmen die den Kommunen überbürdeten Ausgaben horrende Steigerungsraten aufweisen, die schlichtweg nicht zu verkraften sind. Die 115 Vorschläge des Verbands zur Überprüfung von sozialen Leistungsgesetzen und Standards, die seit 1998 vorliegen, würden ignoriert.

Riesige Defizite

Der Präsident verwies in diesem Zusammenhang auf den Anstieg der Sozial- und Jugendhilfe allein von 2001 auf 2002 um zusammen 258 Mio. Euro auf insgesamt 4 Mrd. Euro Ende 2002. Die Gesamtverschuldung der kommunalen Körperschaften in Bayern habe sich seit 1970 auf 20,4 Mrd. Euro mehr als vervierfacht. Hinzu kommen die riesigen Defizite beim Betrieb der kommunalen Krankenhäuser (ca. 55 Mio. Euro pro Jahr).

So kann es nicht weitergehen, stellte Zellner fest und führte folgende Beispiele an: „Bei Bezirksumlagensätzen von deutlich über 20 % machen die Ausgaben der Bezirke für ihre ureigensten Aufgaben maximal einen Prozentpunkt aus, alle übrigen sind

Folge der ihnen aufgebürdeten Sozialhilfeausgaben.

„Wo aber bleiben die versprochenen Entlastungen?“ fragt Zellner und erinnert an die seitens der Bundesregierung mit Hartz IV gemachten Versprechungen. 2,5 Mrd. Euro sollte die Entlastung ursprünglich betragen, 500 Mio. Euro waren im Vermittlungsausschuss rechnerisch davon übrig geblieben. Dass die - gleichsam ohne Vorwarnung - getroffene Wohngeldregelung die Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern zusätzlich mit 500 Mio. Euro belasten wird, wurde offenbar völlig übersehen. „So kann man mit uns nicht umgehen, man zwingt uns geradezu zum Gang nach Karlsruhe“, stellt Zellner abschließend fest. „Eine Optionslösung bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist unter diesen Vorzeichen mit uns ohnehin nicht zu machen. Wir brauchen eine gesicherte Rechtsposition, damit die Gelder auch dort ankommen, wo sie benötigt werden, nämlich bei den Kommunen. Dies bedeutet: Ohne eine Grundgesetzänderung werden die Landkreise sich einer Optionslösung verweigern.“

Kommunen brauchen ...

Die wichtigsten Forderungen des Bayerischen Landkreistags fasste Zellner so zusammen:

- ≪ eine umfassende Reform der Kommunal Finanzen mit dem Ziel einer verstärkten Einnahmeverbesserung noch im Jahre 2004 mit sofort wirksamen Entlastungen
- ≪ eine verfassungsrechtlich abgesicherte finanzielle Rechtsposition der Kommunen bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe,
- ≪ ein eigenes Leistungsgesetz des Bundes für Menschen mit Behinderung mit der Zielsetzung einer anteiligen Finanzierung durch Bund, Land und Kommunen,
- ≪ eine Entlastung der Kommunen bei den Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfeleistungen sowie einen Ausgleich der Finanzierungslücken beim Vollzug des Grundsicherungsgesetzes.“

setzung von Bauten, Beschaffungen und sonstigen Leistungen des Vermögenshaushalts nicht aus, darf die Kommune nach dem Gesetzentwurf Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen über das bisher schon zulässige hinaus aufnehmen.

Zur Stabilisierung der Einnahmesituation hat die Staatsregierung bereits erhebliche Beiträge geleistet. So hat Bayern als einziges Land die Einnahmeausfälle der Kommunen durch das teilweise Vorziehen der letzten Steuerreformstufe in ganz wesentlichem Umfang ausgeglichen. Auch die im Vermittlungsausschuss kurz vor Weihnachten erreichte Senkung der Gewerbesteuerumlage geht wesentlich auf die Initiative der Staatsregierung zurück. Zusammen mit Änderungen bei der Gewerbesteuer stehen den Kommunen dadurch bundesweit jährlich rund 2,5 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Darüber hinaus hat Bayern den Sozialhilfeausgleich an die Bezirke in diesem Jahr um 140 Millionen Euro, und damit um 46 % erhöht. **≪**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Albert Hierl
93194 Walderbach
am 12.4.
Bürgermeister Josef Jakob
94060 Pocking
am 14.4.
Bürgermeister Friedrich Walter
91710 Gunzenhausen
am 20.4.
Bürgermeister Hans-Werner Landshuter
91564 Neudettelsau
am 22.4.
Bürgermeister Adolf Berger
94369 Rain
am 24.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Zeißner
97523 Schwanfeld
am 4.4.
Bürgermeister Werner Röttenbacher
91790 Bergen
am 12.4.
Bürgermeister Nikolaus Trischberger
83674 Gaißach
am 13.4.
Bürgermeister Johann Albert Walbrunn
92714 Pleystein
am 14.4.
Bürgermeister Josef Schmelcher
86847 Weil
am 16.4.
Bürgermeister Hans Drexler
92242 Hirschau
am 17.4.
Bürgermeister Klaus Etze
97280 Remlingen
am 19.4.

Landrat Roland Schwing
63897 Miltenberg
am 19.4.

Bürgermeister Günther Jakob
97535 Wasserlosen
am 21.4.

Bürgermeister Wolfgang Widmaier
97469 Gochsheim
am 22.4.

Bürgermeister Heinz Hilger
85551 Kirchheim
am 22.4.

Bürgermeister Albert Gruber
92699 Irchenrieth
am 25.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Birkle
87740 Buxheim
am 14.4.
Bürgermeisterin Anita Meinelt
85368 Moosburg
am 15.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rainer Schneider
85375 Neufahrn
am 6.4.
Bürgermeister Guido Belzl
90602 Pyrbaum
am 12.4.
Bürgermeister Jörg Nowy
93346 Essing
am 21.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Landrat Christian Bernreiter
94469 Deggendorf
am 7.4.

Wird die Bavaria kahl geschoren?

Mediengespräch des Bayerischen Heimattags im Münchner PresseClub

Die Erhaltung und Pflege des kulturellen Erbes gehört zu den zentralen Verpflichtungen des Kulturstaates Bayern. Aktuelle kulturpolitische Entwicklungen geben nach Auffassung des Bayerischen Heimattags jedoch Anlass zu großer Sorge. Mit drastischen Mittelkürzungen und drohenden Schließungen bedeutender Institutionen entziehe sich der Freistaat seiner Verantwortung für Geschichte und Kultur. Gibt Bayern sein kulturelles Selbstverständnis preis? Ist der Kulturstaat Bayern in Gefahr? Wird die Bavaria kahl geschoren?

Der Bayerische Heimattag, bestehend aus dem Bayerischen Landesverein für Heimatpflege, dem Bund Naturschutz in Bayern und dem Verband bayerischer Geschichtsvereine, lud zu dieser Fragestellung zu einem Mediengespräch in den Presse-Club München. Fünf profilierte Referenten veranschaulichten an markanten Beispielen die ihres Erachtens besorgniserregende Situation.

Wie Johann Böhm, Präsident des Bayerischen Landtages a.D., und Vorstandsvorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, erläuterte, wurden

Ausbleiben von Fördermitteln würde gerade in wirtschaftlich schwachen ländlichen und grenznahen Regionen eine spürbare Schwächung der Wirtschaftskraft zur Folge haben. Ein wesentlicher Grundsatz bayerischer Kulturpolitik, nämlich die Ausgewogenheit zwischen der Entwicklung der Kultur in den Regionen und der Förderung der Hauptstadtkultur, sei akut gefährdet.

Populistische Maßnahme

Zur geplanten Abschaffung des Bayerischen Obersten Lan-

1. Vorsitzender der Gesellschaft für Archäologie in Bayern, besorgniserregend. Die vom Kabinett beschlossene Schließung von vier archäologischen Außenstellen des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege in Würzburg, Nürnberg, Landshut und Ingolstadt bedeute im Kultur- und Flächenstaat Bayern die unkontrollierte Zerstörung von Geschichtsquellen sowie Bau- stillstand bzw. Verzögerung bei Baumaßnahmen, da laut Gesetz ein neu entdecktes archäologisches Denkmal innerhalb eines vorgeschriebenen Zeitraumes zu sichern und zu dokumentieren ist. Außerdem sei eine fachliche Betreuung der vielen Tausend ehrenamtlich tätigen Bürger nicht mehr möglich. Der Kulturstaat Bayern drohe allmählich zu einer archäologisch-historischen Wüste zu verkommen.

Regionale Identität

Wie es um die Situation der Landesgeschichte an den Universitäten bestellt ist, erläuterte Prof. Dr. Manfred Tremml, 1. Vorsitzender des Verbandes der Bayerischen Geschichtsvereine. Nach dem Verlust der landesgeschichtlichen Professur in Passau habe nun die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt auf die Professur für bayerische Landesgeschichte verzichtet; die ursprünglich zugesagte Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Volkskunde an der Universität Passau sei ebenfalls revidiert worden. Der Kulturstaat Bayern, so Tremml, könne jedoch auf die Landesgeschichte nicht verzichten, weder auf ihre wissenschaftliche Methode noch auf ihren Beitrag zur regionalen Identität.

Mitgliederversammlung des KAV Bayern in Rosenheim:

Kommunale Finanzkrise im Visier

Im Mittelpunkt der 64. Ordentlichen Mitgliederversammlung des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Bayern (KAV) in Rosenheim stand ein Vortrag des Stadtkämmerers der Landeshauptstadt München und Vorsitzenden des Finanzausschusses des Bayerischen Städtetages, Klaus Jungfer, zur aktuellen Situation der kommunalen Finanzen. Nach Lage der Dinge können sich Jungfer zufolge Städte und Gemeinden auf eine weitere verwirrende Reformdebatte einrichten, deren Ausgang völlig ungewiss ist. Während dieses Zeitraums fortdauernder Unsicherheit werde sich die Finanzkrise der Kommunen weiter vertiefen. Viele Kämmerer hielten die Lage für hoffnungslos.

Das Gesamtdesizit der kommunalen Haushalte - die Differenz zwischen den bereinigten Einnahmen und Ausgaben - ist im Jahr 2003 trotz fortgesetzter Sparpolitik auf 9,7 Milliarden Euro gestiegen.

Politik zum Nachteil der Kommunen

Dieses erwartete Defizit wäre noch deutlich höher, wenn viele Städte nicht schon seit Jahren ihre an sich dringend notwendigen Investitionen massiv zurückgefahren hätten, erklärte Jungfer.

Suche man nach den Ursachen dieser betrüblichen Entwick-

Kinderbetreuung nicht durch Zwang

Gemeinden fordern angemessene Kostenbeteiligung für Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige

Entschieden wendet sich der Bayerische Gemeindetag gegen das Vorhaben des Bundes, die Kommunen zur Bereitstellung einer großen Zahl von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige zu verpflichten.

„Bei der katastrophalen Finanzlage der Städte und Gemeinden ist diese Aufgabe nicht zu schultern. Außerdem ist eine Pflicht der völlig falsche Weg“, erklärte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl. „Es ist nicht annähernd zu erkennen, woher die 1,5 Milliarden Euro kommen sollten,

Historisches Gedächtnis

Wer dies ändern wolle, müsse wissen, „dass er damit nicht nur das historische Gedächtnis des Landes beschädigt, sondern auch einem regionalen Geschichtsbewusstsein den Boden entzieht, von dem das tradierte bayerische Selbstverständnis existenziell abhängt“. Wer künftigen Geschichtslehrern die landesgeschichtliche Ausbildung verweigert, nehme künftigen Generationen nicht nur ein fundamentales Identifikationsangebot, „sondern legt auch die Axt an den deutschen Föderalismus“. Trotz aller Sparnotwendigkeiten dürfe an die Stelle eines fundierten Geschichtsbewusstseins kein „bayerischer Kommerz-Folklorismus“ treten, betonte Tremml.

Wirtschaften mit der Natur

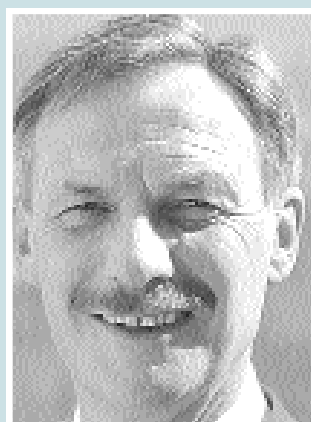
Radikale Einschnitte im Rahmen der Forstreform verursachen nach Ansicht von Prof. Dr. Hubert Weiger, 1. Vorsitzender des Bundes Naturschutz in Bayern, wesentlich höhere volkswirtschaftliche Schäden als Vorteile. Dabei habe die Forstverwaltung bereits drastische Personalkürzungen hinter sich. In den vergangenen acht Jahren seien 30 Prozent des Personals abgebaut worden. Ein weiterer massiver Abbau würde zu dramatischen Konsequenzen für die Wälder in Bayern führen. Von dieser Politik sei besonders auch der Artenschutz im Wald betroffen.

Der Bund Naturschutz lehnt laut Weiger vernünftige Einsparungen innerhalb der bewährten Struktur keineswegs ab. Sparen könne man vor allem durch mehr Naturnähe und

GZ Kolumne Luitpold Braun

die Haushalte der Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden für das Jahr 2004 werden gegenwärtig vielerorts beraten.

Dabei zeigt sich immer deutlicher, dass die finanzielle Situation eng und enger wird. Die Entlastung bei der Gewerbesteuerumlage durch den Kompromiss im Vermittlungsausschuss im vergangenen Dezember, die viel zu spät kommt, löst die Probleme nicht. Immer schmerzhafter empfinden die allermeisten kommunalen Körperschaften, dass die Einnah-



Aus diesem Dilemma führen nur zwei Wege: Zunächst müssen die Ausgaben beschränkt werden. Dazu ist es erforderlich, dass Leistungsgesetze einge-

Bei der Bezirksumlage beißen den Letzten die Hunde

Schränkt oder abgeschafft werden, zum Beispiel die Grund-

sicherung oder Leistungen der Jugendhilfe. Und zweitens müssen die Einnahmen der kommunalen Körperschaften verbessert werden.

Nur so ist es möglich, den beiden Zwingen des Schraubstockes zu entkommen.

Die Landkreise geben diese zusätzlichen Lasten an ihre Kreisumlagezahler weiter. Damit beißen den buchstäblich Letzten „die Hunde“.

durch ein Wirtschaften mit der Natur. Um die geplante „Kahl-schlagpolitik“ im Rahmen der sogenannten Forstreform zu stoppen, würden u.a. die Voraussetzungen für ein Volksbegehren zur Rettung der Wälder in Bayern geprüft. DK

Zweifelloso, so der Kämmerer weiter, sei noch mehr Sparen, Prozessoptimierung und Ausschöpfung der immer noch beträchtlichen Effizienzreserven in den Kommunalverwaltungen notwendig und allein schon deshalb gerechtfertigt, um die Lebensdauer der kommunalen Leistungssysteme zu verlängern. Allerdings werde alles nicht viel nützen, „wenn die staatliche Gesetzgebung nicht hilft, die Selbstheilungskräfte der Städte und Gemeinden zu stärken, sprich ihnen wieder gesicherte, auch kalkulierbare und auskömmliche Finanzen zur Erledigung der eigenen und übertragenen Aufgaben zurück zu geben“.

Ausbeuterische Umlagen

Subtile Verfahren der Bevormundung, ausbeuterische Umlagen, gemeindeunfreundliche Steuerrechtsänderungen und Sozialgesetze beschränkten die Handlungsmöglichkeiten und Finanzressourcen der Städte und Gemeinden derart, dass zunehmend nur noch die Pflichtaufgaben, also die vom Staat übertragenen Aufgaben schlecht und recht erledigt werden können, betonte der Kämmerer. Dies gehe zu Lasten der freiwilligen Gemeindeaufgaben, deren Wahrnehmung zufriedenes lokales Leben erst möglich mache: Kultur und Volksbildung, Sport und Erholung, soziale Kommunikation und bürgerschaftliche Solidarität. Die Ausplünderung der Gemeindekassen führe auch zum Investitionsrückgang. Der Verfall der kommunalen Infrastruktur mache die Kommunen als Ort des Gewerbefleißes und des Handels unattraktiv und untergrabe ihre wirtschaftlichen Grundlagen.

Verschleppte Finanzreform

Mit immer neuen Schraubendrehungen an Steuer- und Steuerverteilungsgesetzen, mit Aufgabenzuweisungen ohne auskömmlichen Kostenersatz und immer höheren Umlagen treibe der Staat die Gemeinden in die Geldnot. Die seit einem Jahrzehnt stetig dringlicher werdende Gemeindefinanzreform werde planvoll verschleppt und aus wahlpolitischem Opportunismus und Willfährigkeit gegenüber den Interessen der großen Kapi-

Das System ist krank

„Das System ist krank“, so Jungfers Fazit. Mehr und mehr Mitbürger seien mit den Folgen der Mangelwirtschaft nicht einverstanden. Sie wählten Ratsvertreter und Bürgermeister, von denen sie annehmen, sie würden wirksamer und sparsamer verwalten und die öffentlichen Leistungen verteidigen. Jungfer: „Wenn sie dann erfahren, dass noch mehr sparen nicht geholfen hat und die Bürgermeister ihnen erklären, woran das gelegen hat, könnten sie anfangen, bei den Parlamentswahlen jene Parteien und Abgeordnete zu bestrafen, die kommunalfreundliche Gesetze beschließen. Hier liegt die Chance, wahrscheinlich die einzige. Die Furcht der Politik vor dem Wähler ist die Chance.“

Am 31. 12. 2003 zählte der KAV Bayern 2461 Mitglieder mit insgesamt 377.728 Beschäftigten und 29 Gastmitgliedern mit insgesamt 2915 Beschäftigten. Durch die Privatisierung von kommunalen Betrieben hat sich eine Verschiebung der Beschäftigtenzahl von den Landkreisen und Städten zu den juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts ergeben. DK

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

beispielsweise in der Baudenkmalpflege heuer die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel um über 30 Prozent von 7 Mio. auf 4,4 Mio. Euro gesenkt. Damit sei der dramatische Tiefpunkt einer kontinuierlichen Abwärtsbewegung erreicht.

Bereits in der Vergangenheit führten die Mittelstreichungen laut Böhm zum Verlust von Denkmälern, aber auch zu einer wirtschaftlichen Krise bei gewerblichen Betrieben, insbesondere bei Restauratoren und Kirchenmalern. Nicht zu unterschätzen seien auch die psychologischen Auswirkungen derart radikaler Streichungen. „Wie soll“, so Böhm, „ein privater oder auch kommunaler Eigentümer dazu motiviert werden, sein denkmalgeschütztes Gebäude zu erhalten, wenn er vom Staat nichts oder kaum etwas erhält?“ Ähnlich folgenschwere Mittelkürzungen wie der Baudenkmalpflege drohten nun auch der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern. Das

desgerichts äußerte sich Florian Besold, Präsident der Bayerischen Einigung e.V., und Vorsitzender der Bayerischen Volkshilfe. Das BOLG sei nicht nur angesichts seiner hoch qualitativen Rechtsprechung eines der bundesweit angesehensten Gerichte, sondern darüber hinaus seit seiner Gründung im Jahre 1625 durch Kurfürst Maximilian I. eines der wichtigsten Symbole bayerischer Souveränität und Eigenstaatlichkeit. Die nähere Betrachtung vermeintlich gewonnener Einsparungsmöglichkeiten verstärkte Besold zufolge „den Verdacht einer rein populistischen Maßnahme unter Hintanstellung grundsätzlicher rechts- und kulturhistorischer Bedenken bezogen auf den Souveränitätsanspruch Bayerns“.

Geschichtsquellen gefährdet

Auch die Situation im Bereich von Archäologie und Bodendenkmalpflege ist nach den Worten von Prof. Dr. Helmut Bender,

Presseerklärungen von Städtetag und Gemeindetag:

Spitzenverbände begrüßen Entlastungsmaßnahmen

Kommunale Finanzkrise damit aber nicht gelöst

Mit Genugtuung haben der Bayerische Städtetag und der Bayerische Gemeindetag die Absicht der Staatsregierung aufgenommen, künftig die Zweitwohnungssteuer zuzulassen. Damit werde eine langjährige Forderung erfüllt, die der Landtag den Kommunen wiederholt untersagte.

Vor allem die Fremdenverkehrsgemeinden könnten mit der Zweitwohnungssteuer die Inhaber dieser Wohnungen zu den Grundkosten der örtlichen Infrastruktur heranziehen.

Begrüßt wird vom Städtetag auch die Absicht der Staatsregierung, Mitnahmeeffekte und Missbräuche im Bereich der Jugendhilfe einzuschränken. Gerade in diesem Bereich sind die Ausgaben den Kommunen in den letzten Jahren davongelaufen. Bedauert wird allerdings dass es noch keine Lösungen für die genauso massiv steigenden Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte und für die hohen Sozialhilfenaufwendungen für sog. Kontingentflücht-

linge gibt. Diese Ausgabeposten haben ebenso mit dazu beigetragen, die kommunalen Haushalte zu sprengen.

Anerkannt wird von den Kommunen auch, dass das Innenministerium eine flexiblere Handhabung des Haushaltsrechts in den Fällen anstrebt, in denen die Kommunen ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen können. Allerdings weist der Städtetag darauf hin, dass mit der Lockerung des Haushaltsrechts die Grundproblematik der kommunalen Finanzkrise nicht gelöst werden kann. Notwendig ist eine Gemeindefinanzreform, die den Kommunen wieder finanzielle Luft zum Atmen lässt.

Sparkassen und kommunale Träger einig

Verband in Bayern lehnt Veräußerung ab / Kräftige Ertragssteigerung
500 Millionen Euro Steuern gezahlt

Diese zwei Aussagen seines Vorstandes haben die Pressekonferenz des Sparkassenverbandes Bayern bestimmt: „Wir haben das Ziel, unser Ergebnis zu verbessern, schneller erreicht als angenommen“ und „Wir werden an der öffentlichen Rechtsform der Sparkassen, ihrer Unveräußerlichkeit und ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit keinen Millimeter rücken lassen.“ Mit dem im Jahre 2003 erzielten Ergebnis, so Präsident Siegfried Naser, sei der Verband zufrieden. Für 2004 erwartet er ein mäßiges Wirtschaftswachstum. Man werde die erreichten Ergebnisse halten oder sogar leicht verbessern können.

Zum Wunsch der Großbanken, einzelne Sparkassen übernehmen zu können, sagte Naser, der Freistaat Bayern und die Kommunen bekennen sich weiterhin uneingeschränkt zur öffentlich-rechtlichen Kreditwirtschaft. Eine Systemdebatte gebe es in Bayern nicht. Hier habe man stets die Auffassung vertreten, „dass über uns letztlich der Wettbewerb und unsere kommunalen Eigentümer entscheiden.“ Im übrigen sei die Rechtslage in Bayern eindeutig: Sparkassen seien nicht verkäuflich. Es bestünden auch keinerlei Absichten der kommunalen Eigentümer, dies zu tun.

Gut für Bayern

Diese Haltung, so Naser, sei gut für Bayern, für die bayerische Wirtschaft und für die Bürger Bayerns. Regional verankerte Kreditinstitute, die sich ohne jeglichen Wettbewerbsvorteil gut im Wettbewerb bewährten, aber ihre Geschäftspolitik nicht an kurzfristigen und häufig wechselnden Aktionärsinteressen ausrichteten, seien unverzichtbar für die weitere positive wirtschaftliche Entwicklung Bayerns. Die Sparkassen zögen sich nicht aus der Fläche zurück, sondern blieben die Partner für Privatkunden und mittelständische Wirtschaft. Deshalb laute das Motto des Bayerischen Sparkassentages 2004 Ende Mai in Passau: „Sparkassen-Finanzgruppe. Gut für Bayern.“

Bis 2005 sollte das Betriebsergebnis vor Risikobewertung der noch 82 (Vorjahr: 83) Sparkassen wieder ein Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme

Annäherung zwischen ...

(Fortsetzung von Seite 1) Bayern soll durch diese Maßnahmen „bunter und vielfältiger“ werden, wie Huber betonte. Weitere Gespräche zwischen Staatskanzlei und kommunalen Spitzenverbänden werden bis Ende Mai folgen.

Frühzeitige Einbindung

Städtetagsvorsitzender Josef Deimer zeigte sich zufrieden mit den Gesprächsergebnissen. Der Erfahrungsaustausch sei sehr intensiv gewesen, er habe

Rekordmeister Deimer

Josef Deimer steht seit fast 30 Jahren an der Spitze des Bayerischen Städtetags. Deshalb bekam er als bekennender FC Bayern-Fan im Rahmen der Sportausschuss-Sitzung des Bayerischen Städtetags in Landshut ein Trikot mit der Nummer 30 überreicht. Ausschussvorsitzender Leopold Hackenspiel, Erster Bürgermeister von Cham, würdigte Deimer als Mann des sozialen Ausgleichs, als einen „von uns und für uns“ und als Mitbegründer des Sportausschusses, dem Deimer selbst von 1966 bis 1972 angehörte. „Für uns sind Sie ein Rekordmeister“, betonte Hackenspiel. **DK**

(DBS) ausmachen. Doch dieser Wert, der 2001 bis auf 0,77 Prozent abgesunken war, wurde schon 2003 erreicht, denn die Ergebniszahlen haben sich erfreulich entwickelt. Der Zinsüberschuss legte auf 2,40 (2,33) % der DBS zu, der Provisionsüberschuss auf 0,56 (0,51) %. Das Betriebsergebnis vor Bewertung kletterte auf 1,00 (0,90) %, das aussagefähigere Betriebsergebnis nach Risikovorlage, also nach Bewertung, auf 0,57 (0,31) %. Der Jahresüberschuss nahm auf 0,22 (0,18) % der DBS bzw. auf knapp 338 Mio. Euro zu. Die DBS ging leicht auf 153 (154,8) Mrd. Euro zurück. Die Eigenkapital-Rentabilität kletterte auf 11,22 (6,78) %. Angepeilt werden 15 %.

Obwohl bei den anderen Bankengruppen in Bayern die Kreditbestände um 4,2 % zurückgingen, konnten die Sparkassen ihr Kreditgeschäft um 0,7 % auf 95,8 (95,1) Mrd. Euro ausweiten (Stand 30.9.2003). Dadurch haben Bayerns Sparkassen ihren Marktanteil im Kreditgeschäft im Lande auf 18,9 (18,1) % ausweiten können.

Interessant ist die Entwicklung

Rückkehr zur Gaubwürdigkeit ...

(Fortsetzung von Seite 1) le Selbstverwaltung dagegen zu einem Verfassungsgrundsatz, der immer weniger mit Leben erfüllt werden könne.

Die Finanzierung des achtstufigen Gymnasiums (G8) wiederum ist in den Augen der Freien Wähler „die erste Nagelprobe für die Beachtung des Konnexitätsprinzips der Bayerischen Staats-

sich in die 70er Jahre zurückgesetzt gefühlt, als das Thema Bürokratieabbau bereits auf dem Plan stand. Zwischenzeitlich hätten die Kommunen immer wieder mit Vertrauensproblemen zu kämpfen gehabt; obgleich ihnen manche Versprechungen gemacht wurden, hätten sie ein ums andere Mal die Zeche zahlen müssen - siehe Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Diese Ausgabeposten hätten mit dazu beigetragen, die kommunalen Haushalte zu sprengen. Grundsätzlich sei für die Kommunen die frühzeitige Einbindung in die Thematik wichtig; Städte und Gemeinden seien zu konstruktiver Mitarbeit bereit, erklärte Deimer.

Durchbruch

Memmingens Oberbürgermeister Ivo Holzinger sprach von einem Durchbruch. Gerade das finanzielle Zugeständnis der Staatsregierung in punkto G8 sei ungeheuer wichtig für die Kommunen. Der Berchtesgadener Bürgermeister Rudolf Schupp nannte seinerseits das Treffen „denkwürdig“: „Die getroffenen Aussagen geben uns Kraft für die Zukunft, dass die Städte das Jammertal bald verlassen können.“ Wichtig sei es nunmehr, Landkreistag und Gemeindetag in den Gesprächsprozess miteinzubeziehen. **DK**

der Kredite an Unternehmen und Selbständige. Nach einer Statistik der Bundesbank ist von September 1998 bis September 2003 der Marktanteil der Kreditbanken bei Firmenkrediten von 43 auf 36 % gefallen. Im gleichen Zeitraum aber stieg der Marktanteil der Sparkassen-Finanzgruppe von 34,9 auf 39,0 %. Bei Krediten an wirtschaftlich selbständige Personen in Bayern gab der Anteil der privaten Kreditbanken auf 40,9 (43,6) % nach, wogegen der der Sparkassen auf 29 (27,8) % zulegte.

Rückzug der Großbanken

„Damit“, so Naser, „fangen die Sparkassen den Rückzug der Großbanken aus dem Kreditgeschäft mit kleineren und mittleren Betrieben auf. Zwar seien die Bestände an Krediten für Unternehmen und Selbständige der Sparkassen wegen hoher Tilgungen in 2003 um 2,2 % zurückgegangen, doch habe 2003 das neu vergebene Kreditvolumen um 11,3 Prozent auf 5,86 Mrd. Euro zugelegt. Naser: „Die Sparkassen finanzieren auch in wirtschaftlich schwieriger Zeit die Unternehmen und Selbständigen in Bayern.“ Die Darlehenszusagen an alle Kundengruppen nahmen gar um 21,4 % auf 15,38 Mrd. Euro zu.

Die gesamten Kundeneinlagen gingen leicht um 0,3 % auf 114,6 Mrd. Euro zurück. Gefragt waren Geldmarktkonten und höherverzinsliche Sondersparformen,

regierung“. Nachdem bislang für das G8 keine zusätzlichen Mittel in den Haushalt eingestellt wurden, fürchten die Freien Wähler, dass die Staatsregierung die Mehrkosten auf die Kommunen abwälzen will. Grein: „Unsere Kreise und Städte sind nicht in der Lage, weitere finanzielle Belastungen zu schultern. Auch bei der Bildung muss gelte: Wer bestellt, muss bezahlen!“ Die Freien Wähler befürchten, dass in der Einführungsphase des G8 vor allem für zusätzliche Unterrichts- und Aufenthaltsräume, Schülerbeförderung, Nachmittagsbetreuung und neue Schulbücher erhebliche finanzielle Mehraufwendungen notwendig sein werden. Grein zufolge werden viele Schulen zusätzliche Unterrichtsräume benötigen.

Keine Lückenbüßer

In einer verabschiedeten Resolution zur Entlastung der Kommunen bei den Kosten zur Eingliederungshilfe und der Betreuung von Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingen fordern die Freien Wähler Freistaat und Bund auf, schnellstmöglich ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Kommunen von Aufgaben und Zahlungen, die nicht in ihren originären Verantwortungsbereich fallen, zu entlasten. Insbesondere die Eingliederungshilfe für Behinderte, die einen wichtigen und unverzichtbaren gesellschaftspolitischen Fortschritt darstellt, dürfe nicht einseitig den Kommunen aufgebürdet werden. Die Betreuung von Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingen müsse vom Freistaat übernommen werden. Die Landkreise, Städte und Gemeinden dürften nicht als Lückenbüßer für Strukturfehler in der Sozialgesetzgebung sowie der finanziellen Misswirtschaft durch Bund und Länder dienen.

aber auch Wertpapiere, besonders festverzinsliche Wertpapiere. Zurück ging der Absatz von Eigenemissionen.

Weitere Fusionen

Vizepräsident Rudolf Faltermeier geht davon aus, dass es auch künftig zu Sparkassen-Fusionen kommt. Seit 1972 ist durch freiwillige Zusammenschlüsse die Zahl der Sparkassen von 185 auf jetzt 82 zurückgegangen. Sie unterhalten in Bayern 2799 konventionelle Geschäftstellen (- 111), 242 SB-Geschäftstellen (+ 31) und 287 Beratungszentren (+ 76). Die Zahl der Mitarbeiter schwankt Jahr für Jahr um die 50 000. Ende 2003 waren es 50 451 (51 157).

Die Sparkassen werden sich, so Naser, auf den Wettbewerb konzentrieren. Dabei sei man im wettbewerbsneutralen Bereich jederzeit mit Privat- und Genossenschaftsbanken zur Zusammenarbeit bereit, wie das gemeinsame Projekt zur Abwicklung des beleghaften Zahlungsverkehrs mit der Hypo Vereinsbank (HVB) zeige. Dieser Kooperation dürften schon bald andere Privatbanken beitreten. Gearbeitet wird auch an einem Modell für den beleglosen Zahlungsverkehr. Mitte 2004 soll der elektronische Kontoauszug eingeführt werden. Über das Immobilienangebot der Sparkassen-Finanzgruppe gibt ein Immobilienportal (www.sparkassen-immobilien.de) Auskunft.

Wegen des Basel-II-Abkommens wird es künftig für die Kunden differenzierte Kreditkonditionen geben, je nach ihrer persönlichen Bonität und ihren ökonomischen Perspektiven. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat dazu auf der Basis von 300 000 Firmenkundenbilanzen ein neues Rating-Verfahren entwickelt,

über das sich auch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sehr positiv geäußert habe. Die Rating-Ergebnisse sollen dem Kunden offen mitgeteilt werden, damit er frühzeitig seine Probleme erkennen und gegensteuern könne.

Beteiligungsgesellschaften

Zusammen mit ihren Verbundpartnern sind Bayerns Sparkassen an 13 Beteiligungsgesellschaften beteiligt, die Ende 2003 Beteiligungskapital von rund 230 Mio. Euro in 241 Unternehmen bereitgestellt hatten. Nach Erkenntnissen der Sparkassen werden in Bayern pro Unternehmensgründung durchschnittlich 12,6 Arbeitsplätze geschaffen. Nach weiteren drei Jahren steige die Zahl nochmals an.

Weiter ausgebaut wird der Haftungsverband der Sparkassen. Mit der Institutssicherung soll der Bestand der Sparkassen sichergestellt werden. Deshalb wird das Haftungsvolumen um 50 Prozent auf 4,2 Mrd. Euro erhöht. Faltermeier: „Die Einlagen der Kunden

sind unabhängig von Art und Höhe unbegrenzt geschützt.“

Kundenzufriedenheitswerte

Im Gegensatz zu ihren Hauptmitbewerbern haben nach den Worten von Vizepräsident Werner Netzel die Sparkassen ihre Kundenzufriedenheitswerte steigern können. Die Marke „Sparkasse“ habe bundesweit den besten Wert aller deutschen Finanzdienstleister erreicht. Sparkasse stehe für Leistung, Qualität und Vertrauen.

Die enge Verbindung mit ihren Sparkassen zahlt sich für Bayerns Kommunen aus. 2003 haben die Institute 500 Mio. Euro ertragsabhängige Steuern (+ 129 Prozent) gezahlt und 30 Mio. Euro gestiftet. Mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern hat die Sparkassen-Finanzgruppe ein Rahmenabkommen geschlossen, das dazu dienen soll, die betriebliche Altersversorgung der Arbeitnehmer im kommunalen öffentlichen Dienst durch Produkte der Finanzgruppe zu verbessern. **Doh.**

Verwaltung und ...

(Fortsetzung von Seite 1) zent und Haushalt der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Zunächst verwies er darauf, dass das in den 90er Jahren reformierte Kinder- und Jugendhilferecht sich mittlerweile verheerend auf die Gemeinden und Landkreise auswirkte. Der Landkreistag habe hierzu ein umfangreiches Papier der Ausgabenseite erarbeitet. An Fallbeispielen werde aufgezeigt, wo die Missstände liegen. So könne es nicht angehen, dass Eltern, denen man ihre Kinder ob fehlender Mindererziehungsbereitschaft wegnehmen muss, nach wie vor Kindergeld beziehen. Ein anderes Problem seien wiederum die immer älter werdenden Behinderten. Eine große Rolle bei der Suche nach einer ausgewogenen Reform spielten zudem die Frage des Existenzminimums, die Grundsicherung sowie die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe.

Problematische Modelle

Rückblickend verwies der CSU-Bundestagsabgeordnete auf die heftig diskutierten Finanzierungsmodelle des Städtetags und des BDI. Ersteres ist laut Kalb undenkbar für Existenzgründer sowie für Klein- und Mittelbetriebe, könnten diese damit doch keinen Grundstock legen für eine gedeihliche Entwicklung. Das Faltlhausersche Steuerkonzept wiederum beruhe auf drei Säulen: der Beteiligung an der Einkommensteuer, der höheren Beteiligung an der Mehrwertsteuer sowie einer neuen Beteiligung an der Körperschaftsteuer. Dies würde in der Praxis bedeuten, dass der Körperschaftsteuersatz nicht mehr bei 25 Prozent, sondern bei bis zu 38 Prozent liegen würde, erläuterte Kalb. Die Frage hierbei sei, „wie die Resonanz im internationalen Wettbewerb aussieht, wenn man mit einem Steuersatz von über 30 Prozent öffentlich Reklame macht“.

Hebesatzrecht

In jedem Fall, so Kalb, werde noch viel Beratungsbedarf nötig sein. Von kommunaler Seite höre er auch, dass das Hebesatzrecht in bestimmter Weise verankert bleiben muss. Unterschiedliche Rückmeldungen gebe es zum Papier von Finanzminister Faltlhauser und seinem rheinland-pfälzischen Kollegen zur Reform der Grundsteuer. Die zentrale Frage hierbei sei, welche Konsequenzen sich ergeben, wenn von der Einheitswertbezogenheit abgegangen wird und

künftig die Bodenrichtwerte entscheidend sein sollen.

Beispielhaftes Modell

Eine beispielhafte Form der Integration, das Sondheim-Rhön-Modell, stellte Jenny Schober, Aussiedlerbeauftragte der CSU Unterfranken, vor. Das seit 1990 laufende Projekt basiert auf der Idee, die Spätaussiedler nicht zentral im Wohnheim, sondern in Privathäusern unterzubringen. Aus dieser Arbeit wuchs das „Modell Sondheim“ des Münchener Juristen und Politologen Prof. Dr. Bernhard Stangl, das inzwischen bundesweit Beachtung findet. Das Modell legt vier Säulen der Integration zugrunde: Das Wohnen zusammen mit Einheimischen, politische Seminare mit Integrationshilfe, Sprachkurse und kulturelle Aktivitäten vor Ort.

Die für Aussiedler oft schwierigen Gänge zu Ämtern, Schul- und Kindergartenanmeldung für die Kinder werden von Einheimischen und Aussiedlern gemeinsam erledigt - ehrenamtlich. „Mutter und gute Seele“ der Arbeit ist Jenny Schober. „Die Aussiedler wollen dazu lernen. Und das funktioniert hier wirklich sehr gut“, bilanziert sie nach 14jähriger Tätigkeit.

Die Sprachkurse finanziert das Arbeitsamt. Die Sprachlehrer haben täglichen Kontakt mit den Spätaussiedlern und werden so zu engen Bezugspersonen. Sie beziehen in ihren Unterricht örtliche Probleme mit ein und nehmen sowohl an den Seminaren zur politischen Bildung wie auch an den Aktivitäten der Mieter-/Vermietergemeinschaften teil.

Familien stellen in ihren Häusern Wohnraum für Aussiedler bereit. Das ist mit der Regierung von Unterfranken vertraglich geregelt. Die Eigentümer wohnen meistens mit im Haus. Die Vermieter bemühen sich weit die Vertragsbedingungen hinaus um die Neubürger. Dadurch wird ihnen das Einleben in Deutschland erheblich erleichtert.

An den Seminaren, veranstaltet von der Hanns-Seidel-Stiftung, nehmen auch Einheimische teil. Die Aussiedler zeigen an diesen Seminaren starkes Interesse. Die Erfahrungen aus diesen Seminaren - vornehmlich aus denen mit einheimischen Jugendlichen und jungen Spätaussiedlern - zeigen, dass die Teilnehmer gerne intensiver arbeiten wollen, sich Aufbaukurse und -veranstaltungen wünschen. Nun sollen bestehende Aktivitäten unter dem Dach der Volkshochschulen zusammengeführt und ausgeweitet werden. **DK**

IT-Lösungen für Schulen

Schul-IT kinderleicht: Die Schullösung von T-Com - technisch ausgereift und pädagogisch sinnvoll

Bildung und Internet sind heute eng miteinander verzahnt: So gehört der Einsatz moderner Technik als Lehrmittel mittlerweile zum Bildungsauftrag der Schulen. Moderne Informationstechnologie ist damit inzwischen zum festen Bestandteil des Unterrichts geworden. Das gilt besonders für das Internet. Begünstigt wird dieser Prozess auch dadurch, dass die Schüler gern am Computer arbeiten und das Internet nutzen. Voraussetzung für die Nutzung und das Lernen am Computer ist jedoch eine funktionierende Schul-IT, an die heutzutage umfangreiche Anforderungen für den Einsatz in unterschiedlichen Alterstufen gestellt werden.

Nur wenige Schulen verfügen derzeit über ein pädagogisch ausgerichtetes Computer-Netz, das leicht administrierbar ist und Inhalte aus dem Internet altersgerecht selektieren kann. Deshalb hat T-Com, die Festnetzteile der Deutschen Telekom, speziell für Schulen eine technisch und pädagogisch ausgereifte Lösung entwickelt, die den Einsatz des Internets zu Lehrzwecken unkompliziert, sicher und ohne umfassende Computer-Kenntnisse ermöglicht.

Anhaltende Lernerfolge

Diese Schullösung schafft für jeden Schultyp die Grundlage für lang anhaltende Lernerfolge mit moderner IT. Entscheidend ist dabei die spezifische Kombination von Hardware, Software und Managementleistungen, die eine einfache Handhabung von IT ermöglichen.

So einfach funktioniert die T-Com-Schullösung:

- Beliebig viele Klassenräume können systematisch verbunden werden.
- Das Management der Lösung garantiert Ausfallsicherheit und schnellste Fehlerbeseitigung.
- Einfache Übernahme des technischen Managements für die gelieferte Infrastruktur.
- Hohe Sicherheit gegen Angriffe aus dem Internet durch Firewall.
- Kinder- und Jugendschutz durch hochwertigen Content-Filter.
- Die pädagogische Oberfläche erfordert keine Programmier-Kenntnisse.
- Einfache Benutzerverwaltung per Mausclick.
- Lokale physikalische Trennung von Schul- und Verwaltungsnetz.
- Hohe Investitionssicherheit durch unkomplizierte Erweiterungsmöglichkeiten.
- Bundesweiter Service: Probleme werden entsprechend der Service-Vereinbarung schnell beseitigt.

Einfach und sicher ins Internet

Die Schullösung von T-Com bietet optimale technische Voraussetzungen für die Internetanbindung der Schulen. Zunächst wird über eine Basis-Architektur die Grundlage für sicheren netzwerkbasierenden Unterricht geschaffen. Sie beinhaltet als Hardware-Komponenten Router und Server für die Bereitstellung des Internetzuganges für alle angeschlossenen Geräte über T-DSL oder ISDN. Die im Router integrierten Firewall-Funktionalitäten schützen das Netz weiterhin vor Angriffen aus dem Internet.

Router und Server werden installiert, in Betrieb genommen und konfiguriert, und dann rund um die Uhr betreut und gemanagt. Das integrierte System-Management überwacht permanent die Funktionssicherheit der gesamten Lösung. Im Fall einer Störung wird automatisch Alarm ausgelöst, woraufhin das System sofort wieder in Ordnung gebracht werden kann.

Trennung von Pädagogik und Verwaltung

Die Basis-Architektur stellt sicher, dass alle Computer schnell, sicher und zuverlässig mit den gewünschten Informationen versorgt werden - ob aus dem Internet oder über Netzwerk-Dienste wie E-Mail, Web oder Print. Pädagogisches Netz und Verwal-

tungsnetz werden dabei physikalisch getrennt, so dass kein gegenseitiger Zugriff der Netze aufeinander möglich ist. Dies verhindert unbefugten Zugriff der Schüler auf Schul-Interneta.

Keine Vorkenntnisse

Weiterhin garantiert eine komfortable pädagogische Benutzeroberfläche, dass jeder Lehrer ohne Vorkenntnisse mit dem System umgehen kann. Und schließlich kann der Lehrer den Schülern pädagogisch sinnvolle Informationen aus dem Internet über einen hochwertigen Filter selektiert - zur Verfügung stellen, womit der schulischen Fürsorgepflicht Rechnung getragen wird.

Kinder- und Jugendschutz

Ein wesentliches Leistungsmerkmal der Schullösung bilden die Funktionen eines Content-

Filters zur sicheren Realisierung des Kinder- und Jugendschutzes im Internet. Die Anforderungen, die heute an Lehrkräfte in den Schulen gestellt werden, können durch alleiniges Beobachten der Bildschirme in den Klassenräumen oder Medienecken nicht erfüllt werden. Jeden Tag steigt die Zahl der Internetadressen mit jugendgefährdenden und jugendbeeinträchtigenden Inhalten.

Content-Filter

Seit 1. April 2003 sind der neue Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) und das Jugendschutzgesetz (JuSchG) in Kraft, die einen verantwortungsbewussten und sicheren Umgang mit dem Internet auch in Schulen fordern. Zur Unterstützung dieser Aufgabe enthält die Schullösung von T-Com einen entsprechenden Internet-Filter, der sich von den bekannten, einfachen „blacklists“ stark unterscheidet. Dieser Content-Filter ist altersabhängig einstellbar und schützt Schüler vor problematischen Inhalten wie Gewalt, Pornographie oder Extremismus. Aus insgesamt 58 inhaltlichen Kategorien können einzelne Benutzer (Schüler) oder Benutzergruppen (Klassen) zur Nutzung frei geschaltet oder gesperrt werden. Der Filter wird in jeder Nacht aktualisiert, so dass jeweils morgens die aktuelle Version zur Verfügung steht.

Keine Spezialkenntnisse

Die pädagogische Benutzeroberfläche auf Basis moderner Schul-Software erleichtert die Administration und den Einsatz von IT im Unterricht erheblich: Jeder ist damit in der Lage, die verfügbaren Dienste ohne Spezialkenntnisse zu aktivieren und

System-Management abgeschlossen sind. Bereits installierte Programme können problemlos per drag & drop zur Nutzung für die Schüler mit einem Handgriff freigegeben werden. Neue Software kann eigenständig und problemlos in die didaktische Oberfläche integriert werden. Eine Verwaltung der vorhandenen Lizenzen auf Basis einer Software-Inventarisierung schützt vor Lizenz-Verletzungen.

Administratorrechte

Insbesondere für Berufsschulen kann über ein Zusatz-Modul eine experimentelle Labor-Umgebung geschaffen werden, die es den Schülern ermöglicht, Administratorrechte anzuwenden und auch tief greifende Veränderungen am System vornehmen. Der dabei aktuell von den Schülern erarbeitete Systemzustand lässt sich jederzeit vollständig sichern. Nach einem eventuellen Systemabsturz lässt sich dann aber auch per Knopfdruck der jeweils letzte gesicherte Zustand wieder herstellen.

Weiterhin lassen sich in die



Kindgerechtes Lernen am Computer ermöglicht die ausgefeilte Schul-IT-Lösung der Telekom. Sie ist anpassungsfähig für jedes Alter und jede Benutzungsberechtigung, mit vielfältigen Schutzfunktionen und bedienbar ohne Vorkenntnisse.

Schul-Lösung problemlos weitere Technologien integrieren.

Es geht auch ohne Kabel

Die Möglichkeiten der kabellosen Netzerweiterung durch Wireless LAN sind besonders interessant - etwa, um mit dem Laptop von Klasse zu Klasse zu

gehen oder um Laptops mit nach Hause nehmen zu können. Kabellose Technologie lässt sich problemlos einbeziehen.

Weitere Informationen

E-Mail: Team.School@t-online.de, Telefon: 0251 9009727 oder Telefax: 0800 3305212.

Trends von der CEBIT:

Immer schneller und kleiner

Von Prof. Klaus Jamin und Hartwig Lohse

Die CeBIT ist zu Ende, die Werbewirtschaft schöpft wieder Hoffnung, die Aussteller sind im wesentlichen zufrieden. Gute Zeichen in schlechten Zeiten sind wichtig für den Aufschwung der deutschen Wirtschaft. Wie ist es aber mit den Fachbesuchern und denen die sich einfach nur einmal informieren wollten?

Beim Gang durch die Messehallen hatte man den Eindruck, dass vor allen Dingen die bunte Schau die Besucher anzog, Verlosungen waren eine Attraktion, Werbebesenke wurden eingesammelt, alles was mit Bildern und optischen Darstellungen anschaulich präsentiert wurde war von einer großen Anzahl von Besuchern belagert. Dabei wurde weniger die Frage gestellt: „wofür und wozu?“ und noch weniger die Frage beantwortet: „was hilft's dem Kunden und dem Anwender?“

Sicherheit

Wichtige Themen waren zum Beispiel die Fragen nach Sicherheit, Computerviren und Schutz vor fremden Zugriffen auf den Computer durch Hacker. Die Fülle der Angebote war so groß, dass auch dem gezielt vorgehenden Fachmann die Zeit kaum ausreichte, sich über die Möglichkeiten und Grenzen in diesem Bereich genügend zu informieren. Ausgelassen wurde bei vielen Aussteller häufig der Bereich der Behörden; man verwies gern auf allgemeine Schutz- und Sicherungsmaßnahmen ohne die besondere Situation beispiels-

weise einer Stadtverwaltung zu kennen.

Download-Markt

Interessant ist auch, dass immer mehr Software jeder Art auf den Markt geworfen wird die einerseits die Kundenanforderungen gar nicht trifft bzw. die nicht genügend ausgetestet worden ist. So hat sich ein regelrechter Download-Markt entwickelt nach dem Motto „der Anwender testet und wir liefern dann die Korrekturen“.

Betriebssysteme und deren Bedeutung standen auf der CeBIT eindeutig im Vordergrund. Viele Aussteller haben das Marktpotential erkannt, eventuell auch, dass Software für das Betriebssystem Linux fehlt und ziehen nun mit ihren Anwendungen nach. Auch wenn die Prognosen dahin gehen, dass Linux überwiegend im Server-Bereich die Mitbewerber aus dem Feld schlagen wird, so war doch zu erkennen, dass das Feld der Einzelanwendungen großen Zuspruch auch bei den Fachbesuchern hat.

Die Integration von Computer, Fernseher und sogar Handy birgt sehr viel zusätzliches

Potenzial auch für Behörden.

Schnellste Informationen für Bürger

So können nicht nur wie bei der Lufthansa (Fluginformationen), sondern auch bei Behörden schnellste Informationen garantiert werden (Brand, Unfälle usw.). Man kann sich auch vorstellen, dass z. B. bei der Arbeitsvermittlung nicht nur schlichte Zahlen über den Betrieb dargestellt werden, sondern auch Abläufe und Tätigkeiten visuell und damit anschaulich dem Arbeit Suchenden vermittelt werden. Bild und Ton könnten dann vom Arbeitslosen an den interessierten Betrieb gesendet und so manches Vorstellungsgespräch verkürzt werden

Nicht alles lässt sich auf die Maschine übertragen

Ideen gab es viele auf der CeBIT manche sind uralt wie zum Beispiel das seit über 40 Jahren bekannte Thema des Lernens mit Maschinen, dem Computer (heute auch oft e-Learning über das Internet), das sich in großen Betrieben sicherlich durchsetzen wird, weil Gruppen-Schulungen zu teuer geworden sind und das Personal dazu auch fehlt. Im Hochschul- und im allgemein

Drei weitere Landkreise:

Entscheidung für FJD

Was haben die Bürger und Mitarbeiter der Landkreise Traunstein (BY), Torgau-Oschatz (SN) und Döbeln (SN) gemeinsam? Sie alle profitieren in Zukunft von den online Formularen der FJD. Dabei fällt keine große Investition in Hard- oder gar Software an. Die Formulare für das Landratsamt und die Gemeinden werden immer aktuell auf einer Webseite zur Verfügung gestellt und können dann einfach als Link (z.B. auf der Homepage der Gemeinde) den Bürgern und Mitarbeitern angeboten werden.

Der Abruf erfolgt selbstverständlich personalisiert mit den Stammdaten des Amtes und in mehreren Formaten, je nach Wunsch und Systemvoraussetzung.

Übrigens: Die Ausstattung aller Gemeinden und des Landratsamtes in Traunstein dauerte weniger als eine Woche.

bildenden Schulbereich dürfte die Durchsetzung noch lange auf sich warten lassen. Das liegt nicht nur an den Kosten sondern vor allen Dingen an der schlechten Qualität der vorhandenen Lernprogramme. Pädagogik kann eben nicht ohne weiteres auf eine Maschine übertragen werden. Das haben die Pädagogen Skinner und Crowder schon vor Jahrzehnten (1958) wissenschaftlich untersucht.

Was uns auffiel:

Neue Rechner werden mit immer schnelleren Prozessoren und größeren Speichern ausgestattet. Wo bleibt der Computer für einfache Textverarbeitung, Tabellenkalk. etc.?

Die Kombination PC-Media-studio ist in aller Munde, verfügt über tolle Funktionen, aber wer kann damit umgehen?

Benötigt man wirklich 3 Mhz Prozessoren im Rechner zum Ausfüllen von Formularen, Abrechnungssystemen und zum Abrufen von Bürgerinformationen? Warum braucht man einen Porsche (z.B. Microsoft Word) wenn man nur zum Einkaufen fahren will (einfache Briefe und Dokumente schreiben).

E-Learning, warum sollen teure Leitungskosten bezahlt werden, wenn CD/DVD Lösungen von gleichem Effekt sind und - wer hat die richtigen Autorensysteme und von welchen „Lehrern“ wird CBT (Computer Based Training) akzeptiert?

Internetportale (die erste Seite eines Anbieters im Internet) sind ein nicht zu stoppender Trend. Möglichst viele Informationen stehen auf dieser Seite, damit der Besucher möglichst desorientiert ist. Noch besser, es gibt zusätzlich viele Links (Verknüpfungen auf andere Internetseiten) die die Orientierung verhindern.

Neuer Optimismus

Übrigens die Halle in der Anbieter für Behörden auf nationaler und internationaler Ebene vertreten waren war gut besucht. Man hatte zwar den Eindruck das Rad wird zum siebten Mal erfunden, aber es gab auch interessante Anwendungen die auf neuester Technologie basierend eine große Hilfen für die Behörden sein werden.

Zusammenfassend muss gesagt werden es gab viel neue „Kombinationstechnik“, wenig neue Ideen, aber überwiegend Optimismus bei den Ausstellern.

Systematische Verwaltung der IT-Ressourcen spart Zeit und Kosten

Arbeitsplatzrechner und Zubehör stellen einen erheblichen Kostenfaktor dar. Eine systematische Verwaltung der IT-Ressourcen kann Sparpotenziale aufdecken. Außerdem macht sie benötigte IT-Informationen ohne langes Suchen verfügbar.

Auf der KOMCOM in Mannheim stellt die Firma Quadriga Informatik mit Quadriga-IT eine Softwarelösung vor, mit der kommunale IT-Abteilungen ihre IT-Ressourcen systematisch verwalten, eine Vielzahl weiterer Aufgaben rationeller erledigen und dadurch Kosten einsparen können. Für einen kostenbewussten Umgang mit den vorhandenen IT-Ressourcen ist ein Überblick über die vorhandene Hard- und Software erforderlich. Erst dann lässt sich fundiert entscheiden, ob Neuanschaffungen wirklich nötig sind oder ob nicht eine bessere Nutzung vorhandener Ressourcen ausreicht. Ein solcher Überblick unterstützt die IT-Abteilung auch beim Beantworten der täglich auftretenden Fragen: Wo steht welcher PC? Wie ist er mit Hard- und Software ausgestattet? Mit welcher Software haben die Anwender immer wieder Probleme?

Flexible Standardlösung

Mit Quadriga-IT bietet die Firma Quadriga Informatik eine bedienerfreundliche und flexible Standardlösung für die Verwaltung der IT-Ressourcen an. Kernstück der Software ist die komfortable Verwaltung von Hard- und Softwarekomponenten sowie der zugehörigen Anwender, Lieferanten, Verträge, Räume und Problemfälle. Als Zeit sparende Alternative zur manuellen Erfassung von Hard- und Software erlaubt die Option „PCScan“ das automatische Auslesen der Angaben zu den PCs über das Netzwerk. In einer übersichtlichen Baumstruktur ist es dann möglich, PCs und andere IT-Komponenten Mitarbeitern und Räumen zuzuordnen. Wechselt ein Mitarbeiter mit seinen Komponen-

ten in einen anderen Raum, lässt sich dies in der Baumstruktur komfortabel durch „Ziehen“ mit der Maus abbilden.

Offenes System

Mit so genannten Standardvorlagen vereinfacht Quadriga-IT die Eingabe wiederkehrender Vorgänge. Schon bei einer Anschaffung von zehn gleichartigen PCs mit Bildschirm, Tastatur, Drucker, Netzcard und verschiedenen Softwarepaketen kann ein erheblicher Eingabeaufwand entstehen. In Quadriga-IT erfasst der Anwender dazu nur ein „Standardsystem“ und vervielfältigt dieses mit einem einzigen Kopierbefehl. Bei Quadriga-IT handelt es sich um ein offenes System, das sich durch frei definierbare Zusatzfelder an unterschiedliche Bedürfnisse anpassen lässt. Somit lassen sich auch Gegenstände verwalten, die nicht zu den IT-Ressourcen gehören. Im Rathaus, für die Schulen und sonstige kommunale Einrichtungen kann die Software als allgemeine Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und technisches Gerät genutzt werden. Der Bauhof kann seine Maschinen mit ihren technischen Merkmalen erfassen und verwalten, die Feuerwehr ihre Fahrzeuge.

Als Ergänzung zur Verwaltung der IT-Infrastruktur enthält Quadriga-IT einen User Help-Desk, der den PC-Benutzerservice bei der Lösung von Anwenderproblemen unterstützt. Die Option „Web-IT“ erweitert den Help Desk um Intranet-Funktionen und verbessert den Informationsfluss zwischen PC-Anwendern und IT-Abteilung. Um ein Problem zu melden, ist



der PC-Anwender nicht mehr auf das Telefon angewiesen, sondern kann das hauseigene Intranet nutzen.

der PC-Anwender nicht mehr auf das Telefon angewiesen, sondern kann das hauseigene Intranet nutzen.

Ressourcenverwaltung

Auf der diesjährigen KOMCOM wird die Option „Quadriga-Mobile“ neu vorgestellt, die den Pocket-PC iPAQ zum mobilen Informationssystem für die Ressourcenverwaltung macht. Mit Quadriga-Mobile kann der Mitarbeiter alle

Komponenten mit ihren Detail-Informationen auf den iPAQ laden. Noch komfortabler geht es, wenn er den iPAQ mit einem Barcode-Scanner als Zusatzmodul erweitert. Dann braucht er zum Beispiel nur den Barcode einer Seriennummer zu scannen und hat die Details vor sich. Auch bei der Erst-Inventarisierung, im Wareneingang oder bei der Bestandskontrolle vereinfachen sich mit Quadriga-Mobile die Arbeitsabläufe.

Kontakt: Quadriga Informatik GmbH, Offenbach, Tel. 069.850030-0, Internet: www.quadriga.de - KOMCOM 2004, Mannheim 25. bis 27. 5. 2004; Stand D5.

Branchenschwerpunkt E-Government bei Microsoft:

Investitionen schaffen Mehrwert

Herausragend positioniert auf der CeBIT war der öffentliche Sektor bei Microsoft. Mit der konzentrierten Präsenz aller Technik- und Anwendungsbereiche in der Halle 4 wurde der gesamte Informationsbedarf der interessierten Anwender aus dem Bereich öffentliche Dienste abgedeckt.

Die Partnerschaft mit dem öffentlichen Sektor ist seinem Unternehmen ein großes Anliegen, erklärte Wolfgang Branoner, Director Public Sector und Mitglied der Geschäftsleitung der Microsoft Deutschland GmbH, vor der Fachpresse in Hannover. Laut neuesten Umfragen liegt Deutschland auf dem zweiten Platz hinter Kanada, was die Websites der Kommunen anbelangt; weit zurückgefallen sind wir aber bei den Investitionen. Hier sind Stagnation und Rückgang zu verzeichnen. Mit Blick auf die derzeitige Haushaltssi-

gen auf bestehende Strukturen einen elementaren Wandel dar. Microsoft hat sich gemeinsam mit seinen Partnern dieser Herausforderung gestellt und in den letzten Jahren umfassende Lösungsangebote für die ganzheitliche Verwaltungsmodernisierung in Pilotprojekten erarbeitet. Dazu gehören auch Lösungen für

- die bereichsübergreifende Zusammenarbeit von Verwaltungen und Unternehmen
- Portale zur Kommunikation zwischen Verwaltung, Unterneh-

bot für den öffentlichen Bereich. Viele der Anwendungen wurden mit und in Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung entwickelt und erprobt. Die in der Praxis bereits bewährten Lösungen bieten beste Chancen für eine schnelle und wirtschaftliche Umsetzung der Verwaltungsdienstleistungen in ein mitarbeiterfreundliches und bürgernahes Online-Angebot.

Neue Office-Generation

Microsoft zeigte auf der CeBIT 2004 neben diesen technischen Schwerpunkten auch die neue Office-Generation und ein umfassendes Lösungsprogramm für eGovernment-Vorhaben auf .NET-Basis. Schwerpunkte im Bereich eGovernment sind das rheinland-pfälzische Informations-, Vorgangsbearbeitungs-, Auswerte- und Recherchesystem der Polizei „RIVAR“, die datenbankgestützte Intranet-/Internetlösung für die Recherche und Darstellung von Informationen „komXpress“, die modulare eGovernment-Plattform „E-Government Starter Kit“, und die Benutzeroberfläche für Transaktionen zwischen Bürger und Verwaltung „Hamburg Gateway“.

eGovernment-Szenario

Erstmals auf der CeBIT 2004 präsentierte Microsoft die Nutzung des OSCI-Standards auf Basis der .NET-Technologie als integralen Bestandteil aller Microsoft-Plattformprodukte. Die Beta-1-Version der OSCI-Bibliothek gewährleistet die Nutzung der digitalen Signatur für alle eGovernment-Anwendungen von Microsoft auf .NET-Basis.

Die OSCI-Bibliothek sichert die erforderliche Funktionalität und Interoperabilität für die Fachverfahren, die in den öffentlichen Verwaltungen zum Einsatz kommen. Im Mittelpunkt der Präsentation des OSCI-Standards stand ein komplettes eGovernment-Szenario, das die Abwicklung von Trans-

aktionen unter Nutzung der digitalen Signatur am Beispiel des elektronischen Justiz- bzw. Behördenbriefkastens praktisch veranschaulicht. So konnten sich Anwender aus der Verwaltung darüber informieren, in welcher Form und wie sicher der Datenaustausch funktioniert, unabhängig davon, welche technische Infrastruktur der Bürger, die Unternehmen oder andere Verwaltungen einsetzen.

Public Sector Parc

Als strategischer Partner des Landes Hessen präsentierte Microsoft Lösungen für den Bereich polizeilicher Anwendungen. Dazu zählen Office-integrierte Anwendungen wie die Vorgangsbearbeitung ComVor sowie das Elektronische Tätigkeitsbuch (ETB), die der Polizei den Arbeitsalltag erleichtern. Highlight auf der CeBIT war das neue System mPol, das den Multichannel-Zugriff auf polizeiliche Daten ortsunabhängig ermöglicht. Die Präsentationsschicht der Anwendung basiert dabei auf .NET-Technologie.

Das Community Portal, eine gemeinsam mit Microsoft und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund entwickelte Lösung, präsentierte ekom21. Das Portal bietet umfangreiche Kommunikations- und Archivierungsmöglichkeiten und unterstützt damit das Projektmanagement im kommunalen Bereich, insbesondere die Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen über kommunale Grenzen hinweg.

KOMCOM 25. - 27. Mai 2004 in Mannheim:

Zum zehnten Mal Treffpunkt für den öffentlichen Sektor

Die KOMCOM ist die bundesweite Leitmesse für Informationstechnologie im öffentlichen Sektor. Die Messe findet vom 25. bis 27. Mai 2004 zum zehnten Mal statt. Rund 5.000 Besucher aus Kommunen, Stadtwerken, kommunalen Eigenbetrieben, Landes- und Bundesbehörden, Zweckverbänden, Schulen und Unternehmen werden an den drei Messetagen nach Mannheim kommen um sich an den Ständen der 250 Aussteller über die neuesten Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologie zu informieren.

Bei der KOMCOM 2004 stehen einige Themen besonders im Mittelpunkt, wie das Neue Kommunale Finanzwesen (NKF), Linux und inzwischen bereits zum 4. Mal das Thema Geografische Informationssysteme. In den vergangenen Jahren hat sich das kommunale GIS-Forum bei der KOMCOM zum größten in Deutschland entwickelt.

Der Messebesuch lohnt sich auf jeden Fall, denn KOMCOM zeigt auch in diesem Jahr über 1.000 innovative und ausgereifte Produkte für jedes Einsatzgebiet im öffentlichen Sektor. Die Besucher aus den einzelnen Fachbereichen haben bei der KOMCOM die Möglichkeit sich in Ruhe zu informieren und in intensiven Fachgesprächen mit Ausstellern und Kollegen gemeinsam Problemstellungen zu erörtern.

Besonders die fachkundige Beratung, die anwenderorientierte Struktur und die Vielzahl an fachspezifischen Informationen sind der Grund, warum die Besucher die KOMCOM anderen Messen vorziehen. In den über 80 Workshops bei der KOMCOM 2004 ergibt sich außerdem die Gelegenheit, neue Produkte im Einsatz zu erleben und sich mit Anbietern und Kollegen auszutauschen.

eGovernment und Verwaltungsmodernisierung sind untrennbar mit Informationstechnologie und EDV verbunden. Die Zielsetzungen sind klar - die Verkürzung von Verwaltungswegen, eine schnellere Vorgangsbearbeitung und die Möglichkeit virtueller Behördengänge. Auf der Behördenseite steht vor allem der Kostenfaktor im Vordergrund, denn gerade in Zeiten knapper Kassen sind Kommunen und öffentliche Institutionen auf eine effiziente Verwaltungsarbeit angewiesen.

Egal, ob es sich um behördeninterne Vorgänge handelt oder um so genannte „Bürgerservices“ - ohne EDV läuft auch in der kleinsten Behörde kaum noch etwas. Der neue Personalausweis, Beiträge und Abgaben, Strafzettel bezahlen, in der öffentlichen Bibliothek ein Buch ausleihen, Wohngeld beantragen oder einen Bauantrag einreichen - hinter all diesen Vorgängen steht im Idealfall eine funktionierende EDV, die die Bearbeitung um ein Vielfaches erleichtert.



Tablet PCs ermöglichen eine mobile umfangreiche Datenbewirtschaftung. Bild: Microsoft

tuation sei dies zwar kein Wunder, meinte Branoner; rechne man die Modelle jedoch zu Ende, sei der entgangene Mehrwert wesentlich kostspieliger. Deshalb lohnt sich IT-Investitionen für Behörden nach wie vor.

Auf Bundes- wie auf Länderebene schreitet der Ausbau der virtuellen Verwaltung voran. eGovernment ist zum Synonym für eine ganzheitliche Verwaltungsmodernisierung geworden und stellt mit seinen Auswirkun-

men und Bürgern

- Informationsverarbeitungs-, Vorgangsbearbeitungs-, Abfrage- und Recherchesysteme, auch für die mobile Kommunikation
- Signaturkartengestützte Vorgangsbearbeitung mit Office

Lösungen für den öffentlichen Sektor

Im „Public Sector-Bereich“ zeigte man alle Neuigkeiten rund um das gesamte Leistungsange-

Neuer Leitfaden „Geographische Informationssysteme“

Staatssekretär Franz Meyer: Wertvoller Baustein des eGovernment-Pakts

„Mit dem neuen Leitfaden für geographische Informationssysteme können die bayerischen Gemeinden, Städte und Landkreise ihren Weg in Richtung eGovernment konsequent fortsetzen! Der GIS-Leitfaden ist ein wertvoller Baustein des eGovernment-Pakts, den die kommunalen Spitzenverbände und der Freistaat Bayern abgeschlossen haben“, betonte Finanzstaatssekretär Franz Meyer anlässlich der Herausgabe des neuen „Leitfadens für kommunale GIS-Einsteiger“.

Herausgeber des „Leitfadens für kommunale GIS-Einsteiger“ sind das Bayerische Finanzministerium mit der Bayerischen Vermessungsverwaltung, die kommunalen Spitzenverbände in Bayern - Gemeinde-, Städte und Landkreistag - sowie der Runde Tisch GIS e.V. an der Technischen Universität München.

Entscheidungshilfen

Waren früher zur Beantwortung raumbezogener Entscheidungen und Arbeiten umfangreiche Planarchive, Karteien und Recherchen erforderlich, ermöglichen geographische Daten und Geographische Informationssysteme (GIS) heute schnell und einfach Auskünfte und Analysen aus digitalen Informationen. Planerische Entscheidungen im kommunalen Umfeld können schneller und auf Basis hochaktueller Informationen erfolgen und werden - nicht zuletzt für die Bürgerinnen und Bürger - trans-

parenter. Etwa die Hälfte aller bayerischen Kommunen setzt heute bereits erfolgreich auf die Technologie geographischer Informationssysteme. Der Leitfaden will vor allem die Kommunen bei der Entscheidung unterstützen, die GIS noch nicht einsetzen.

Der Leitfaden gibt einen Überblick über verfügbare Systemlösungen und einsetzbare geographische Daten. Informationen über die Möglichkeiten, wie der GIS-Betrieb organisiert werden kann, und Tipps, wie bei der Software-Einführung vorgegangen werden kann, runden die Arbeitshilfe für die kommunalen GIS-Einsteiger ab. Auch für Gemeinden, die GIS bereits einsetzen, liefert der Leitfaden wertvolle Hinweise für die Praxis.

Viele Vorteile

Da über 80 Prozent aller kommunalen Entscheidungen Bezug zu Grund und Boden aufweisen,

lässt, wie Meyer hervorhob, der Einsatz digitaler Landkarten und Pläne mit Hilfe von geographischen Informationssystemen für die Kommunen Vorteile erwarten:

- Effizienzsteigerung und Kosteneinsparungen in der Verwaltung,
- eine schnellere und verbesserte Entscheidungsfindung,
- eine stärkere Bürgernähe und kundenorientierte Verwaltung.

Günstige Voraussetzungen

Die Voraussetzungen zum GIS-Einstieg sind gerade in Bayern aufgrund nunmehr flächendeckend digital verfügbarer Geodaten, preiswerter Softwarelösungen und neuer Technologien günstig. Da die Einführung eines GIS aufgrund der notwendigen gründlichen Planung eine Vorlaufzeit erfordert, empfiehlt es sich, möglichst zeitnah mit der Planung des GIS-Einsatzes beginnen. Der Leitfaden wolle dabei helfen.

Allen bayerischen Kommunen wurde per Post ein Exemplar des Leitfadens zugestellt. Zudem kann der Leitfaden unter der Internetadresse „www.gis-leitfaden.de“ kostenfrei heruntergeladen werden.

Haar 21 - kommunale eGovernment-Leitplanken:

Modernes Rathausmanagement

Die Gemeinde Haar grenzt unmittelbar östlich an die Landeshauptstadt München an und verfügt über eine vorbildliche Infrastruktur, die von den 17.000 Einwohnern gerne genutzt wird. Bürgerservice und Kundenorientierung werden in der Verwaltung bereits seit vielen Jahren praktiziert und den aktuellen Entwicklungen im eGovernment angepasst.

Unter dem Titel „HAAR 21 - die kommunalen Leitplanken für die nächsten Jahre“, werden wichtige Ziele der kommunalen Arbeit im Plenum diskutiert und beschlossen.

Für die Verwaltung wurden u.a. folgende Themen definiert:

≪ **Bürgerservice, Effektivität und Transparenz steigern**

Die Verwaltungsabläufe im Rathaus wurden einer Bewertung unterzogen. Es wurde festgestellt, dass der kommunale Sitzungsdienst und die Dokumentenverwaltung im Rathaus besonders geeignet sind, den Bürgerservice zu verbessern und die Effektivität und Transparenz noch weiter zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund wurde ein Anforderungsprofil erstellt, durch das ein Dokumenten- und Sitzungsmanagement in ein modernes Rathausmanagement-system integriert werden kann.

Für die Entscheidungsfindung wurden u.a. folgende Kriterien definiert:

≪ Sitzungsdienstleistung mit Vorgangsbearbeitung und optionaler Aufwandsentschädigungsabrechnung

≪ Auskunfts- und Informationssystem mit Recherchemöglichkeiten für die Verwaltung im Intranet sowie für Mandatsträger und Bürger im Internet

≪ Anpassung der Software an lokale organisatorische Abläufe

≪ Passwortgeschützter Internet-Zugang auf die Beschlussvorlagen der Verwaltung

≪ Kein zusätzlicher personeller Aufwand für die Intranet- und Internet-Präsentation der Sitzungen

≪ Zusammenarbeit der Anwendungen auf Datenbankebene und Einbindung bereits bestehender Anwendungen (Microsoft)

Sitzungsmanagement

Die Entscheidung fiel auf die Sitzungsdienstleistung ALLRIS® mit dem integrierten Internetmodul ALLRIS®net und dem Dokumentenmanagementsystem CC DMS® der Firma CC e-gov GmbH in Hamburg.

Mit dem Sitzungsmodul wird der Sitzungsdienst von der zentralen Vorlagenerstellung bis zur Beschlussüberwachung benutzerfreundlich strukturiert. Statusanzeigen dokumentieren den aktuellen Stand der Sitzungsbearbeitung. Termin- und Ressourcenverwaltung, automatisierte Einladungen und ein Abrechnungsmodul erlasten die Verwaltung. Die erzeugten Ausdrucke basieren auf den bekannten Microsoft-Produkten, so dass die gewohnten Instrumente weiterhin Anwendung finden.

Die Recherchefunktion ermöglicht die Auswertung des Beratungsganges einer Vorlage in den einzelnen Gremien bis zur endgültigen Beschlussfassung und der Beschlusskontrolle. Der bisher übliche Suchaufwand für komplexe Vorgänge wird entscheidend verringert.

Ratsinformationssystem

Das Intranet des Rathauses kann direkt auf die Daten des Ratsinformationssystems zurückgreifen und bietet den 50 Nutzern wertvolle und schnelle Informationen über die Beschlüsse und die dazugehörigen Auszüge aus den entsprechenden Niederschriften.

Informationsplattform für interessierte Bürger

ALLRIS®net schafft für interessierte Bürger eine Informationsplattform, die überall und jederzeit über das Internet abgefragt werden kann. Neben den Sitzungsterminen mit den Tagesordnungspunkten der einzelnen Gremien, können die Ergebnisse der öffentlichen Sitzungen recherchiert werden. Dies führt zu einer hohen öffentlichen Transparenz von Entscheidungen.

Über das Ratsinformationssystem erhalten die Gemeinderäte künftig einen passwortgeschützten Zugriff auf die Beschlussvorlagen der jeweiligen Gremien. Der Informationsfluss zwischen der Verwaltung und dem Parlament wird dadurch beschleunigt. Die Vorlagen müssen nicht mehr aufwendig kopiert und verteilt werden.

Jede Bearbeitung im dezentralen Sitzungsdienst wirkt sich unmittelbar auf diese im Internet und Intranet aus. Es gibt keine zeitversetzte Aktualisierung. Auf einen zusätzlichen Arbeitsaufwand, für die Pflege der jeweiligen Internet-Seiten, kann verzichtet werden.

Ein wichtiges Kriterium bei der

Erstellung eines Management-Systems für Dokumente (DMS) ist die Möglichkeit, genau wie bei einer Papierakte Entstehung, Ablauf und aktuellen Bearbeitungsstand abzubilden.

Dokumentenmanagement mit Pressearchiv

In der logischen Konsequenz sollten deshalb für ein DMS die gleichen Anforderungen wie für kommunale Archive gelten. Dabei können die Kommunen auf länderspezifische Empfehlungen, so genannte Einheitsaktenpläne, oder auf länderübergreifende Vorgaben, wie beispielsweise den Musteraktenplan der KGSt in Köln, zurückgreifen.

Die Entscheidung der Gemeinde Haar fiel für den neuen bayerischen Einheitsaktenplan, der von den kommunalen Spitzenverbänden und der Generaldirektion der staatlichen Archive Bayerns herausgegeben wird.

Damit werden die Voraussetzungen für eine effiziente und professionelle Verwaltung des Schriftgutes in papierener und elektronischer Form geschaffen. Der Zugriff auf komplexe Vorgänge, die von verschiedenen Fachabteilungen bearbeitet werden, kann so problemlos erfolgen. Die Transparenz der Verwaltungsvorgänge und der Informa-

tionsfluss zwischen den Fachabteilungen wird damit gesteigert.

Die vorgenannten Anforderungen werden mit dem neuen CC DMS® in vollem Umfang erfüllt. Über die Benutzerverwaltung können die einzelnen Zugriffsrechte zugeordnet werden. Die Vorgaben der Organisationsstruktur werden individuell angepasst. Über Suchbegriffe, die in einem Stichwortregister hinterlegt sind, werden die Aktenzeichen ausgewählt und anschließend dem Vorgang zugeordnet.

Mit dem Aufbau eines Presse-

archivs werden entsprechend der Aktenplan-Systematik Presseartikel eingescannt. Diese sind in einem Unterverzeichnis nach Themen geordnet und in chronologischer Reihenfolge erfasst. Die digitalisierten Artikel erscheinen im Intranet und stehen der Verwaltung zur Verfügung. Über die Recherche-funktion lassen sich die einzelnen Themenbereiche gezielt auswerten. Damit erfolgt ein wichtiger Schritt in Richtung papierlose Archivierung.



Tanja Belzner und Georg Schmittner aus dem Taufkirchener Rathaus freuen sich gemeinsam mit Bürgermeister Franz Hofstetter, sowie Tobias Hindemitt und Sepp Moser (v.l.) über den gelungenen Internetauftritt der Vilsgemeinde.

www.taufkirchen.de:

Alte Adresse - Neuer Auftritt

„Nach langer Zeit war ich wieder mal auf der Homepage der Gemeinde. Ich war ziemlich positiv überrascht. Sie ist klar strukturiert, wirkt nie überladen, es gibt keine Hintergrundbilder und Popups, viele Zahlen, Daten und Fakten. Man findet sich leicht zurecht.“ Dieses Zitat aus der eMail eines Internetbesuchers an den Webmaster beschreibt exakt die Zielvorgaben und deren offensichtlich gelungene Umsetzung für den neuen Internetauftritt der Gemeinde Taufkirchen(Vils).

Als eine der ersten bayerischen Kommunen hatte sich die Vilsgemeinde Mitte der 90er Jahre im Internet präsentiert. Die bestehende Homepage war allerdings in die Jahre gekommen und nicht mehr zeitgemäß. Eine Generalüberholung auf bestehender Basis - veraltete Programmierung, geringe Strukturierung, unübersichtliche Navigation durch Erweiterungen, farbloser optischer Eindruck - wäre wenig sinnvoll gewesen. Also wurde eine neue Präsentation in Auftrag gegeben.

Konzepte und Probelauf

Vor zwei Jahren legten Sepp Moser und Tobias Hindemitt vom Grafik- und Webdesign-Büro csm die ersten Konzepte vor. Mit Tanja Belzner, die als neue Rathausmitarbeiterin die Koordination des Internetauftritts übernahm, begann die Umsetzung. Testseiten wurden im Sommer 2003 von den Taufkirchener Schulen auf ihre Benutzerfreundlichkeit hin untersucht.

Im Herbst 2003 war es soweit: Der komplette Neuauftritt wurde als Probelauf unter Realbedingungen freigeschaltet. Vor allem der umfangreiche Teil über die Gemeindeverwaltung sollte von den Rathausmitarbeitern auf Herz und Nieren geprüft werden. Aber auch das Feedback durch Benutzer und Hinweise auf möglicherweise fehlerhafte Angaben bei Betriebs- oder Vereinsdaten u.ä. waren Gestaltungs- und Auftraggebern wichtig.

Nach Ergänzungen und Korrekturen steht seit 1. Februar 2004 der neue Web-Auftritt - unter der alten Adresse www.taufkirchen.de - in seiner endgültigen Form im Netz. Angesichts der eingangs zitierten eMail und weiterer, ähnlich lautender elektronischer Post ist man im Rathaus guter Dinge, dass man damit dem gestiegenen Informationsbedürfnis einheimischer wie auswärtiger Internetbesucher Rechnung tragen, den Service als „Dienstleistungsunterneh-

gestellt und eine Bildergalerie vermittelt Eindrücke.

Rathaus und Bürger

Rathaus & Bürger ist der größte Block mit Informationen über das Rathaus, die Gemeindeverwaltung und Sachbearbeiter, Beschreibung von häufig auftretenden Anliegen und Vorstellung von Gemeindeeinrichtungen. Man erfährt alles über den Gemeinderat, von den Mitgliedern bis zu den öffentlichen Sitzungsterminen, und erhält einen Überblick über die ärztliche Versorgung vor Ort, Kinder- und Seniorenbetreuung, das Schulangebot und kirchliche Einrichtungen.

Wer sich für den Wirtschaftsstandort Taufkirchen(Vils) oder das ansässige Gewerbe interessiert, wird in der Rubrik Wirtschaft & Betriebe fündig.

Veranstaltungskalender

Unter Kultur & Freizeit sind Themen wie - natürlich - das Wasserschloss, Freizeiteinrichtungen und ein Überblick über Vereine im Gemeindegebiet zu finden. Ein laufend aktualisierter Veranstaltungskalender enthält alle Termine vom kulturellen Großereignis bis zum Kaffeekränzchen der Landfrauen.

Besucher, die sich über das komplette Angebot der Taufkirchener-Website informieren wollen, können die Seite „Übersicht“ aus dem Block der erweiterten Einzelthemen aufrufen. Weitere Inhalte dieses Blocks sind „Hotels“ mit Übernachtungsverzeichnis, „Baugebiete“, „Notdienste“ und „Aktuelles“.

Während in der Anfangszeit des World Wide Web die meisten Präsentationen vor allem originären Informationscharakter besaßen, übernehmen größere Auftritte zunehmend auch die Funktion eines Portals, das Zugang zu weiterführenden Informationsquellen liefert. Das gilt auch für die neue Taufkirchener Homepage. Schulen, Behörden, Verkehrsbetriebe, Vereine, Hotels und Gaststätten, Betriebe im Gemeindebereich, aber auch anderweitig interessante Seiten wie das Taufkirchener Volksfest sind mit ihrer Internetadresse hinterlegt, können also aus einem Text heraus direkt ange wählt werden.

Kongress der dbb akademie am 12./13. 5.2004 im Congress Center Leipzig:

Harmonisierung und Koordination...

...lautet das Schwerpunktthema für den fünften Kongress „Neue Technologien für eine neue Verwaltung“ der dbb akademie. Er findet vom 12. bis 13. Mai 2004 im Congress Center Leipzig statt.

Die dbb akademie konnte für ihren kommenden Kongress erneut einen wichtigen Trend bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung identifizieren. Im Wesentlichen geht es um Neuordnung und Optimierung der Informations- und Kommunikations-Landschaft in Deutschland, die heute eher einem Flickenteppich gleicht als einer zweckmäßig strukturierten und damit kostengünstigen E-

Government-Struktur. Die notwendige Harmonisierung betrifft technische Standards, die Fülle unterschiedlicher Applikationen für gleiche Fachanwendungen sowie inhomogene IT-Infrastrukturen auf allen Verwaltungsebenen. Die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten forcieren diesen Trend mit ihrem Projekt Deutschland-Online für ein integriertes E-Government.

Vor diesem Hintergrund muss die Vielzahl von Themen gesehen werden, die im kommenden Jahr im Rahmen der etwa 30 Fachforen besprochen werden. Einige Fragestellungen sind bereits seit Jahren einem breiten Fachpublikum bekannt und bringen in einer rasanten Entwicklung immer neue Ansätze und Lösungen hervor. Dazu gehören insbesondere die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens (Doppik), Dokumenten-Managementssysteme, It-gestützte Vorgangsbearbeitung sowie Themen zur Sicherheit in der elektronischen Verwaltung.

Themen für Entscheider

Auch Themen, die oft Spezialisten vorbehalten waren, finden auf dem Kongress ihren Raum und spiegeln sich in Schlagworten wie Helpdesk-Systeme, Medienbruchfreie Kommunikation, Open Source oder digitale Signatur wider. Mit XML, VPN, GIS, PKI sind technische Themen auf der Agenda mit denen sich künftig immer mehr Führungskräfte und Personalvertreter aus dem öffentlichen Dienst befassen müssen, um Entscheidungen richtig zu treffen und Interessen angemessen vertreten zu können.

Die Fachvorträge werden in der Regel von Mitarbeitern aus der öffentlichen Verwaltung gehalten. Nach dem Motto „aus der Praxis für die Praxis“ stellen die Referenten im Alltag bewährte Best-Practice-Lösungen und Konzepte vor. Projektpartner dieser Vorträge sind Unternehmen, die ihre Produkte auf der

angeschlossenen Ausstellung präsentieren. Hier besteht die Möglichkeit, den Vortrag zu vertiefen und gezielte Fragen zum Produkt zu stellen.

Neu ist die Einrichtung von Praxis-Workshops. Die Berufsakademie Gera stellt frei verfügbare Software von Behörden für Behörden vor. In kleinen Gruppen bis 15 Personen können Teilnehmer Eigenentwicklungen aus der öffentlichen Verwaltung kennen lernen und unter fachkundiger Anleitung ausprobieren.

Die dbb akademie versteht den Kongress als E-Government-Marktplatz für die öffentliche Verwaltung. Die Kommunikation neuer Technologien und Konzepte ist sein zentrales Anliegen. Leipzig bietet eine einzigartige Möglichkeit zum Meinungsaustausch unter Fachleuten, für Gespräche zwischen Verwaltungsexperten, Führungskräften, Personalvertretern und den Anbietern der IT-Branche.

Einige Themen des Kongresses 2004:

Outsourcing von IT-Services - Option zur Kosteneinsparung oder Fass ohne Boden?

Besteht die Lösung der Finanzprobleme der öffentlichen Hand darin, Leistungen der Privatwirtschaft zu übertragen oder ist dieses Konzept zum Scheitern verurteilt?

Ausschreibungsplattformen - Zentrale Beschaffung für den öffentlichen Dienst

Der zunehmende Kostendruck in Kommunen und Ländern macht die Ausschöpfung von Einsparpotentials dringlich. Was spricht dagegen, sich zusammen zu tun und gemeinsam als Nachfrager aufzutreten? Dadurch können größere Mengen eines Produktes zu einem günstigeren Preis beschafft werden.

Doppik und Kameralistik

In vielen Kommunen ist es

für erste Kooperationen bieten. „Das Interesse an der Veranstaltung war überwältigend, wir mussten Interessenten von außerhalb der Region sogar absagen“ erklärte Verbandsdirektor Julian Osswald. Die ca. 100 Zuhörer stellten dem GIS-Infotag ein sehr gutes Zeugnis aus. „Sehr kompetente Referenten und eine hervorragende Organisation haben die Erwartungen voll erfüllt“, sagte ein Teilnehmer im Anschluss. **DK**

Die größeren Kommunen in der Region haben bereits auf diese neue Technologie gesetzt, weitere Kommunen wollen nachziehen und stehen einer unübersichtlichen Angebotsvielfalt an GIS-Systemen gegenüber.

GIS ist Chefsache

Die Softwareauswahl ist nur einer von vielen Faktoren, die bei der Einführung eines Geographischen Informationssystems gut bedacht werden sollte. Angesichts der angespannten kommunalen Haushaltslagen wird hier häufig bei der Software bzw. bei der Beratung zur Systemwahl gespart. Am falschen Fleck. Der Regionalverband Donau-Ilter ist der Meinung, dass GIS Chefsache ist und hatte daher die Bürgermeister aller 205 Gemeinden der Region Donau-Ilter zu einer Infoveranstaltung in das Landratsamt Neu-Ulm eingeladen. Unter dem Titel: Baustelle GIS, die „richtige“ Software und alles wird gut? berichteten Referenten aus Deutschland und Österreich über den Nutzen von GIS-Systemen und wiesen auf zu bedenkende Erfolgsfaktoren hin.

Austauschbare Daten

Interkommunale Kooperationen werden auf Basis schnell austauschbarer Daten effizienter. Das Betreibermodell des Landkreises Cham sowie GIS in der kleinen Gemeinde Burgberg im Allgäu zeigten neue Wege der Zusammenarbeit auf. Marktführende und lokal verbreitete GIS-Software-Hersteller präsentierten sich den Interessierten am Nachmittag im Forum. Der Regionalverband konnte den Bürgermeistern mit dieser Veranstaltung eine Plattform zum Erfahrungsaustausch und Denkanstöße

Kooperation Deutscher Städte- und Gemeindebund, ekom 21 und Microsoft:

Community Portal unterstützt die Zusammenarbeit von Kommunen

Interkommunale Zusammenarbeit rückt immer stärker in den Blickpunkt der Städte und Gemeinden, denn die Leistungserbringung wird durch Kooperationen effizienter und trägt damit zur Entlastung der Haushalte bei. Ob im Entsorgungsbereich, bei der Beihilferechnung oder bei der Nutzung gemeinsamer Einrichtungen – viele praktische Beispiele zeigen, dass durch die kooperative Zusammenarbeit von Städten, Gemeinden und Kreisen Ressourcen, Zeit und Aufwand gespart werden können.

Die Zusammenarbeit unterschiedlichster Einrichtungen aus dem kommunalen Umfeld durch die Entwicklung geeigneter Softwarelösungen zu unterstützen, ist das Ziel einer Kooperation des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) mit der ekom21 GmbH – dem Gemeinschaftsunternehmen der kommunalen Informationsverarbeitung in Hessen und des kommunalen Gebietsrechenzentrums Kassel – und Microsoft Deutschland.

Intensive Zusammenarbeit

Dazu Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes: „Projektarbeit, Projektmanagement und Kooperationen werden in der

kommunalen Verwaltung immer wichtiger. Verwaltung, Wirtschaft und Bürger werden künftig viel intensiver zusammenarbeiten. Dazu bedarf es neuer Instrumente und Kommunikationsplattformen.“

Gemeinsame Lösung

Ergebnis dieser Kooperation ist eine gemeinsam mit dem IT-Spezialisten NTeam GmbH entwickelte Lösung, die alle für die Zusammenarbeit erforderlichen Grundlagen in einem Portal bereitstellt. Das „Community Portal“ dient als virtueller, geschützter Arbeitsraum, in dem:

- Dokumente wie Listen, Broschüren, Fachkonzepte, Protokolle gemeinsam bearbeitet und, unterstützt von einem Versionsmanagement, elektronisch archiviert werden können,
- die Möglichkeit besteht, Tagungen, Events- und Konferenzen mit einem Terminmanagement und weiteren Informationsdiensten zu planen sowie vor- und nachzubereiten,
- Projekte und Workshops über Aufgabenlisten aufgesetzt und durchgeführt werden sowie Projektdokumentationen erstellt werden können,
- Wissensdatenbanken und Informationsdrehscheiben mit diversen Links zu Internet- und In-

eHome-Vision

Microsoft erstellt die technische Plattform beim Haus der Gegenwart

Microsoft Deutschland realisiert im Haus der Gegenwart die Haussteuerung, Unterhaltung und Kommunikation. Eine einheitliche Technologie-Plattform ermöglicht die Vernetzung von Hauselementen und Einrichtungsgegenständen – von Fenstern, Türen und Licht, bis hin zum Multimedia-Unterhaltungssystem.

Das Licht geht automatisch an, unsere Lieblingsmusik überträgt sich aus dem Wohnzimmer direkt in unserer Auto und die Waschmaschine lässt sich von der Arbeit aus bedienen – Technik, die uns das Leben zu Hause angenehmer gestaltet. Dies ist keine Zukunftsvision, sondern schon heute auf Grundlage von Microsoft-Technologie kostengünstig umsetzbar.

Mit dem Haus der Gegenwart hat sich Microsoft Deutschland zum Ziel gesetzt, eine Plattform zu demonstrieren, auf der eine Vielzahl von Alltagsgeräten miteinander vernetzt sind. Microsoft zeigt hier beispielhaft sowohl die Leistungsfähigkeit der eigenen Produkte, als auch die Vernetzbarkeit der Microsoft Basis-Technologien mit modernsten Partner-Hardwarelösungen auf.

Die eigene Lebensqualität steigern

Die Technologien und Lösungen die Microsoft entwickelt, sollen Menschen und Unternehmen weltweit unterstützen, ihr volles Potential zu verwirklichen. Die Vision des eHome macht deutlich, wie Menschen auch im täglichen Leben Technologie gewinnbringend einsetzen können und wie sie Menschen unterstützt die eigene Lebensqualität zu steigern. Alles wird einfacher und leichter – die Technik fügt sich immer natloser in die persönliche Lebensweise ein.

Im Bereich „Home Entertainment“ hat Microsoft heute schon Produkte auf dem Markt wie den Media Center PC und die Xbox. Das Haus der Gegenwart ist ein Vorzeigeprojekt, das verdeutlicht wie gemeinsam mit Partnern heute schon eine Brücke in den Bereich der Haussteuerung geschlagen werden kann. Hier liefern die Microsoft Embedded Technologien den Partnern eine Basis für ihre Lösungen. Die Steuerung von Hauselementen wie Fenster, Türen oder Licht werden über eine Plattform bedienbar. Im Haus der Gegenwart nutzt Microsoft seine volle Bandbreite an Technologien wie beispielsweise die Entwicklerplattform .NET und das Betriebssystem Windows für eine ganzheitliche Lösung.

heute noch nicht möglich, die Bereiche zu ermitteln, die besonders hohe Ausgaben verursachen. Eine kaufmännische Buchhaltung kann dies und ermöglicht dadurch gezielte Maßnahmen der Kosteneinsparung und Effizienzsteigerung.

Open Source-Forum

Open Source ist in aller Munde, aber um was handelt es sich hierbei wirklich? Schlagwort oder Chance? Erfahren Sie hier, welche Möglichkeiten es gibt, mit anderen Betriebssystemen wie zum Beispiel Linux zu arbeiten, oder lernen Sie Open Source Lösungen kennen, die unter Windows eingesetzt werden.

E-Learning

Seit langem ein Dauerbrenner – E-Learning! Aber welche Möglichkeiten bieten sich den Mitarbeitern? Kann durch E-Learning die Schulung in Präsenzseminaren ersetzt werden oder ist es eher eine sinnvolle Ergänzung.

Persönliche Daten in der Dienststelle! Spionage erlaubt?

Welche Rechte hat der Arbeit-

nehmer gegenüber seinem Dienstherrn? Was ist erlaubt und was nicht? In diesem sehr komplizierten Bereich wird es für die Personalvertreter zunehmend wichtig die neusten Entwicklungen genau zu beobachten.

E-Government in Europa: Erfahrungen unserer Nachbarn bei der Standardisierung ihrer IT-Strukturen

Besonders vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung ist es interessant zu erfahren, was in den Nachbarländern bereits passiert ist und welche Änderungen sich für die deutsche Verwaltung ergeben können.

Kongress der dbb akademie

„Neue Technologien für eine neue Verwaltung - Harmonisierung und Koordination“, am 12. und 13.05.2004 im Congress Center Leipzig. Preis: 225 €(incl. CD-ROM, 2 Mittagessen, 2 Kaffeepausen, Erfrischungsgetränke, Teilnahme an einer Abendveranstaltung)

Ansprechpartner: Christa Vißers, Tel.: 0228 / 81 93 111, Fax: 0228 / 81 93 106, eMail: c.vissers@dbbakademie.de

idomeoKOMMpak

das genial einfache Geoinformationssystem

Einfache Bedienbarkeit, umfassende Grundfunktionen, keine Schulungskosten! Kundenzufriedenheit, höchste Akzeptanz und hervorragende Datenaustauschmöglichkeiten, machen

idomeoKOMMpak

im täglichen Verwaltungseinsatz unverzichtbar!

Lesen Sie noch die Programmbeschreibung oder arbeiten Sie schon?

idomeo SOFTWARE GmbH Landshut T(0871) 6877578 *
idomeoSOFTWARE@aol.com

5. Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg:

Wertvolle Informationen aus der Praxis

Bereits zum fünften Mal fanden am Augsburger Landesamt für Umweltschutz die „Bayerischen Abfall- und Deponietage“ statt. Während sich der erste Veranstaltungstag traditionell mit aktuellen Fragestellungen der Abfallwirtschaft, in diesem Jahr insbesondere mit dem Informationsmanagement und der Zukunft der Abfallberatung befasste, stand Tag zwei ganz im Zeichen der Ertüchtigung von Deponien im Rahmen der Stilllegungsphase sowie Fragen im Zusammenhang mit der Deponienachsorge. Begleitet wurde die Veranstaltung von einer Fachausstellung, auf der sich rund 50 Unternehmen und Dienstleister mit ihrem Leistungsspektrum präsentierten.

Bei der Eröffnung der Abfall- und Deponietage wies Umweltminister Werner Schnappauf darauf hin, dass Bayern bundesweiter Spitzenreiter bei der Vermeidung und Behandlung von Abfällen ist. Die jährliche Hausmüllmenge pro Bürger habe sich seit 1990 von 240 auf 150 Kilogramm reduziert.

Thermische Behandlung

Darüber hinaus konnte innerhalb der letzten zehn Jahre die Quote für die thermische Behandlung von 37 auf 87 Prozent gesteigert werden. Schnappauf zufolge stehen ausreichende Kapazitäten zur Verfügung, um sämtlichen anfallenden Restmüll ab 2005 thermisch zu behandeln und die Behandlungsrückstände abzulagern: „Bayern hat vorgesorgt. Der kostbare Deponieraum reicht mindestens für die nächsten 20 Jahre.“

Wie es um aktuelle rechtliche Entwicklungen im Deponiebereich bestellt ist, darüber informierte Dr.-Ing. Helmut Schnurer vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Re-

aktorsicherheit. Schnurer zufolge zielt die künftige Entwicklung der Siedlungsabfallwirtschaft in Deutschland auf das Jahr 2020; spätestens bis dann soll auf eine obertägige Deponierung solcher Abfälle verzichtet werden und stattdessen die möglichst vollständige Behandlung und Verwertung der Abfälle zur weiteren Ressourcenschonung erfolgen.

Richtiger Schritt

Die derzeit durchgeführten und weitere geplante Versuche zur Aussortierung von Wertstoffen aus Mischaabfällen könnten ein richtiger Schritt in diese Richtung sein. Freilich müssen laut Schnurer die ökologischen und ökonomischen Vor- und Nachteile erst noch ausgewertet werden.

„Bei einer optimalen Zusammenarbeit der Deponiebetreiber erscheint es zumindest mittelfristig möglich, die Entsorgungssicherheit auch ohne größere Ausbauten oder die Ausweisung neuer Deponiestandorte sicherzustellen“, erklärte Karl Drexler

vom Bayerischen Landesamt für Umweltschutz in Augsburg. Ansonsten fänden derzeit zwar sondierende Gespräche statt, bezüglich konkreter Vertragsabschlüsse werde aber derzeit insbesondere aus folgenden Gründen noch gezögert:

Zögerliche Haltung

« Die vollständige und termingerechte Umsetzung der Abfallablagereverordnung/TA Siedlungsabfall wird immer noch angezweifelt;

« bei Deponien, wo die Entscheidung über die Gleichwertigkeit der Dichtung noch aussteht, könnte die Suche nach Alternativen dahingehend ausgelegt werden, dass man von der eigenen Argumentation pro Gleichwertigkeit nicht überzeugt ist;

« durch die Schwierigkeit, die ab 2005 noch zur Ablagerung anfallenden Klasse II-Abfälle abzuschatzen, fehlen wesentliche Eckdaten für Verträge.

Objektives Problem

Insbesondere der letzte Punkt sei sicherlich ein objektives Problem, sagte Drexler: Für eine vernünftige Kalkulation müsse ein Deponiebetreiber die ungefähren jährlichen Ablagerungsmengen kennen, andererseits sei es für eine abfallliefernde Gebietskörperschaft sehr schwierig, eine Mindestanlieferungsmenge zuzusagen.

Am Beispiel der Landkreise Weilheim-Schongau und Bad Tölz-Wolfratshausen stellte Fritz Raab von der Erbenschwanger Verwertungs- und Abfallentsorgungsgesellschaft mbH, Ingenried, die interkommunale Nutzung von Deponiekapazitäten dar. Bei der Kooperation zwischen den beiden Landkreisen werde deren Restmüll künftig gemeinsam im AEZ Erbenschwang behandelt und im Gegenzug der Biomüll komplett in der Kompostieranlage der WGV GmbH.

Zunächst wird nach Raabs

werde voraussichtlich für sieben bis acht Jahre stillgelegt und erst wieder in Betrieb genommen, wenn der „Vorberg“ voll ist. Dies sei sowohl unter ökologischen als auch ökonomischen Gesichtspunkten von Vorteil, da auf der vorübergehend stillgelegten Deponie keine Verwehungen und keine Sickerwässer entstehen. Die Betriebskosten verringerten sich dadurch.

Deponie Erbenschwang

Für die Deponie Erbenschwang werde mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2020 gerechnet. Raab: „Der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen profitiert von der im Vergleich zur Müllverbrennung finanziell günstigeren Behandlungstechnologie. Zwar muss auch die Verwertung der heizwertreichen Fraktion bezahlt werden, die Anlieferpreise dafür sind jedoch geringer als für gemischten Hausmüll, der in einer Müllverbrennungsanlage beseitigt wird.“

Ausgewählte Beispiele

Die verschiedenen Möglichkeiten des Einsatzes eines Dienstleisters im Rahmen der Deponie-Nachsorge stellte Wolfgang Huber anhand ausgewählter Beispiele, die aktuell

durch die Abfallwirtschaft & Umwelttechnik GmbH in Augsburg bearbeitet werden, dar. Dazu gehören die Deponie Hegenbach (Landkreis Augsburg), die Deponie Schwaiganger (Landkreis Garmisch-Partenkirchen), die Deponie Gallenbach (Landkreis Aichach-Friedberg) sowie die Deponie auf dem Standortübungsplatz Hauptmoorwald der US-Armee in Bamberg.

Vorteile für den Betreiber

Wie Huber erläuterte, können je nach Komplexität der Deponie und der personellen Ausstattung mehr oder weniger Aufgaben aus der Nachsorgephase einer Deponie auf einen Dienstleister bzw. ein qualifiziertes Ingenieurbüro übertragen werden. Der Deponiebetreiber habe dadurch folgende Vorteile:

- « Qualifizierte Bearbeitung unterschiedlicher Aufgabenstellungen;
- « hohe Entlastung des Auftraggebers;
- « hohes Bearbeitungstempo durch Mehrpersoneneinsatz;
- « kein Kostenrisiko;
- « nur ein Vertrags- und Ansprechpartner.

Ein großer Vorteil, so Huber, sei dabei die Flexibilität, da das Aufgabenspektrum jederzeit ergänzt oder gekürzt werden kann. **DK**

Darstellung die Bad Tölzer Deponie mit dem behandelten Restmüll aufgefüllt; hier sei mit etwa 58.000 m³ die Kapazität nur gut ein Drittel so groß wie auf der Deponie in Erbenschwang mit rund 150.000 m³ Füllvolumen. Diese Deponie

GAB-Symposium in Schweinfurt:

Zukunftsaufgabe Altlastensanierung

Als eine große Zukunftsaufgabe zum Schutz von Mensch und Umwelt bezeichnete Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf die Erkundung und Sanierung von Altlasten heute bei der Eröffnung des Altlastensymposiums der Gesellschaft zur Altlastensanierung und des Ingenieurtechnischen Verbands Altlasten in Schweinfurt. Schnappauf: „Der Schutz der Lebensressource Boden ist für uns und für kommende Generationen eine stete Herausforderung. Ziel ist es, die rund 15.000 Altlastverdrachtsflächen bis 2010 zur Hälfte und bis 2020 ganz abzuklären. Altlasten müssen Zug um Zug untersucht und nach Dringlichkeit saniert werden.“ Die Altlastenbewältigung in Bayern sei schwierig und teuer, aber langfristig lösbar, so Schnappauf.

In Bayern sind die Weichen für die Altlastensanierung richtig gestellt: Landkreise und kreisfreie Städte können in den Fällen, in denen die Sanierungskosten vom Verursacher oder vom Grundstückseigentümer nicht mehr eingetrieben werden können, finanziell und fachlich von der Gesellschaft zur Altlastensanierung (GAB) unterstützt werden. Schnappauf: „Die GAB ist ein bayerisches

Kooperationsmodell von Staat und Wirtschaft zur Finanzierung von gewerblichen Altlasten, das bundesweit viel beachtet wird.“ Rund 35 Millionen Euro haben Staat und Wirtschaft zu gleichen Anteilen bisher der GAB für ihre Aufgaben zur Verfügung gestellt. Schnappauf nannte als Paradebeispiele für gelungene Altlastensanierungen in Bayern das Legoland bei Günzburg sowie die ehemalige

Chemische Fabrik Marktredwitz.

Derzeit läuft das größte Sanierungsprojekt Bayerns auf dem sog. Richtberg-Gelände in Bergheinfeld im Landkreis Schweinfurt. Dort wird ein ehemaliges Imprägnierwerk, auf dessen Gelände jahrzehntelang Eisenbahnschwellen und Telefonmasten zur Haltbarmachung mit Teer eingestrichen wurden, mit einem Kostenaufwand von voraussichtlich 22 Millionen Euro saniert. Der Freistaat beteiligte sich bisher bereits mit 10 Millionen Euro.

Fall Schonungen

Der Altlastenfall Schonungen im Landkreis Schweinfurt, bei dem Belastungen des Bodens und des Grundwassers durch arsen- und schwermetallhaltige Rückstände aus der ehemaligen Farbenherstellung von „Schweinfurter Grün“ gefunden worden sind, zeige die Schwierigkeiten bei der Altlastensanierung und deren Finanzierung besonders deutlich, so Schnappauf weiter. Nach Bundesrecht sind in diesem Fall die Kosten für die Detailuntersuchung und Sanierung im Rahmen der Verhältnismäßigkeit in erster Linie von den Grundstückseigentümern zu tragen, da der Verursacher nicht mehr greifbar ist.

Harte Regelungen

Schnappauf: „Die bundesrechtlichen Regelungen sind für den Bürger sehr hart. Bayern drängt deshalb auf eine bundesrechtliche Regelung zur Haftungseingrenzung von Grundstückseigentümern“. Schnappauf versicherte, dass der Freistaat sich - auch in Anbetracht der rund 2.000 mit Schonungen vergleichbaren Fälle Bayerns - mit aller Kraft bemühen werde, zusammen mit den Betroffenen ein für alle tragbares Finanzierungskonzept für die weiteren Untersuchungen und Sanierung zu erarbeiten. „Das Umweltministerium wird den Rahmen des rechtlich und finanziell Möglichen zur Entlastung der Bürger in Schonungen ausschöpfen“, so Schnappauf. **z**

Sicherheits-Spezialist wird neuer GSB-Geschäftsführer

Mit Dr. Richard Becker wird „ein ausgewiesener Fachmann der Sicherheitstechnik neuer Geschäftsführer der Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH (GSB). Über die Entscheidung, die der Aufsichtsrat getroffen hat, informierten Umweltminister Werner Schnappauf und der amtierende Aufsichtsratsvorsitzende, Nürnbergs Umweltbürgermeister Dr. Klemens Gsell, in München.

Schnappauf: „Dr. Becker vereinigt langjährige Erfahrung, hohe fachliche Kompetenz und kaufmännisches Know-how in idealer Weise. Seine Berufung bestätigt den klaren Kurs der Staatsregierung, Sonderabfallentsorgung im Freistaat auf höchstem Umweltniveau, gleichzeitig aber auch zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen sicherzustellen.“

Dr. Becker, promovierter Chemiker und Verfahrensspezialist, leitet derzeit den technischen Betrieb der Sonderabfallentsorgungsanlagen an mehreren Standorten in Hessen. Der 55-jährige verheiratete Vater zweier Kinder arbeitete nach dem Studium zunächst über 20 Jahre am Forschungszentrum Karlsruhe und wechselte 1994 zum hessischen Sonderabfallentsorger HIM GmbH, an dem das Land Hessen zu 27 Prozent beteiligt ist. Als Prokurist trägt er dort die Verantwortung für den Betrieb

der Sonderabfallverbrennungs- und -behandlungsanlagen in Biebesheim sowie der Sonderabfallbehandlungsanlagen und Sammelstellen in Hessen und Baden-Württemberg. Mit großem Erfolg hat er dort kontinuierlich Maßnahmen zur Optimierung der Sicherheit beim Anlagenbetrieb umgesetzt. Besonderes Anliegen bei seiner überaus erfolgreichen Arbeit in Hessen war ihm stets auch das intensive Gespräch und die offene Information gegenüber Bevölkerung und Mandatsträgern.

Schnappauf: „Dr. Becker übernimmt das Ruder bei der GSB in stürmischer See. Die Erwartungen der Anteilseigner und der Bevölkerung an den Standorten in Baar-Ebenhausen und Schwabach sind hoch. Konsequente Sicherheitskultur im Betrieb, Transparenz und Dialogfähigkeit nach Außen sind der Schlüssel, die Vertrauensbasis zu stärken.“ **z**

H&G Entsorgungssysteme GmbH:

Flexible Unterflur-Konzepte bei der Wertstoffsammlung

Unterflur das heißt, Wertstoffsammelbehälter verschwinden nahezu einfach unter der Erde. Spezialist auf diesem Gebiet ist H&G in Burbach. Anders als die wenigen Mitbewerber geht das Siegerländer Unternehmen noch einen Schritt weiter: H&G bietet neben der besonders wirtschaftlichen Version „Europa“ seiner flexiblen Unterflur-Sammelbehältersysteme auch das System Illert an.

Hierbei werden bewusst zusätzliche Komponenten eingebaut, die umgebungsästhetische

flächen, Blumenkästen usw. Aber auch die konstruktiv einfachere, sparsame Version, das System „Europa“, kann sich sehen lassen. Unauffällige Einfüllstutzen (für Glas, Altpapier, Kunststoffe usw.), viel Platz und freie Sicht - so fügen sich die neuen Sammelstellen für Wertstoffe in das Bild ihrer Umgebung ein. Verantwortlichen, die ernsthaft etwas für das Erscheinungsbild Ihrer Kommune tun wollen, bieten die H&G Unterflur-Sammelbehältersysteme maßgenaue Möglichkeiten.

Neue Entwicklung

Das sparsame System „Europa“ bietet maßgenaue Möglichkeiten.

Elemente aufgreifen und verstärken, etwa durch Sitzgelegenheiten, kombinierte Poster-

Eine ganz neue Entwicklung geht jetzt insbesondere auf die Bedürfnisse der Hausbesitzer ein, die der Ansicht unterschiedlichster Entsorgungsbehälter vor dem Haus schon

immer gestört hat. Hier werden jetzt nach dem gleichen Prinzip kleinere Unterflur-Systeme mit dem üblichen Fassungsvermögen von 240 l und 1100 l angeboten.

Kein Mehraufwand

Das umfassende Programm von H&G Entsorgungssysteme bedient also flexibel die Wünsche der Kommune, der Bürger aber auch der Entsorger. Für sie zählt, dass sich durch die neuen Systeme keine zusätzlichen Kosten oder kein Mehraufwand ergibt. Alles läuft wie bisher - im Ein-Mann-Betrieb mit unverändertem Fuhrpark. Das hohe Fassungsvermögen der Sammelbehälter erfordert sogar weniger Entsorgungsfahrten.

Flexible Lösungen

Für alle Entwicklungen von H&G gilt: Sie bieten flexible Gestaltungs-, Konstruktions- und Kostenlösungen. Kein Wunder, dass im gesamten Bundesgebiet inzwischen mehr als 200 dieser besonders umgebungs- und bürgerfreundlichen Entsorgungsanlagen installiert wurden, wie zuletzt in Siegen oder im brandenburgischen Belzig.

BMU legte Arbeitspapier vor:

Entsorgung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten

ZVEI und BITKOM: Damit Basis für innovative Rücknahmekonzepte gelegt Industrie baut ‚Gemeinsame Stelle‘ auf

Frankfurt am Main/Berlin - Mit der Veröffentlichung eines „Arbeitspapiers“ hat das Bundesumweltministerium (BMU) den ersten konkreten Schritt zur nationalen Umsetzung der EU-Richtlinie zur Entsorgung gebrauchter Elektro- und Elektronikgeräte gemacht. Der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) e. V. und der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) befürworten die darin vorgesehene eigenständige Rolle der Kommunen bei der Sammlung der Altgeräte.

Die Industrie ist bereits Mitte 2003 mit der Gründung der Projektgesellschaft „Elektro-Altgeräte Register - EAR“ in Vorleistung zur nationalen Umsetzung der europäischen Richtlinie gegangen. Die Gesellschaft wird die vom BMU geforderte „Gemeinsame Stelle“ aufbauen. Diese wird für Registrierung und Koordination aller Hersteller und Importeure verantwortlich sein. Weit mehr als 100 namhafte Unternehmen tragen dieses Projekt.

Keine Rechtsgrundlage

Nach wie vor sieht die Industrie keine Rechtsgrundlage für die vorgesehene Haftung der Unternehmen für Altgeräte, die zum Teil bereits vor zehn oder 20 Jahren verkauft wurden. Allerdings ist es in der Praxis kaum möglich, bei der Sammlung zu erkennen, ob ein Gerät vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes verkauft wurde.

Vernünftiges Fundament

Die Industrie befürwortet deshalb den pragmatischen Vorschlag des BMU, die finanzielle Verantwortung für die Altgeräte-Sammlung aus privaten Haushalten bei den Kommunen zu belassen, während die Hersteller für alle weiteren Schritte wie Logistik, Sortierung, Demontage und Recycling verantwortlich sind. „Mit der eigenständigen Er-

fassung durch die Kommunen ist das Fundament gelegt, auf dem die Industrie innovative Rücknahme- und Verwertungskonzepte aufbauen kann. Auf der Basis der von den Kommunen organisierten und finanzierten Sammlung können auch die vor Inkrafttreten der deutschen Verordnung in Verkehr gebrachten Geräte („historische Altgeräte“) und Geräte von Herstellern, die schon vom Markt verschwunden sind entsorgt werden“ sagte der Vorsitzende des gemeinsamen ZVEI/BITKOM-Vorstandskreises „Elektro- und Elektronik-Altgeräte“ Edward G. Krubasik.

Koordination der Aufgaben

Damit ein solch umfassendes Projekt überhaupt vernünftig umgesetzt werden kann, ist von großer Bedeutung, dass eine einzige zentrale Stelle in Deutschland die Aufgaben koordiniert. Das aufzubauende und von der Industrie zu finanzierende Elektro-Altgeräte-Register wird mit Hoheitsbefugnissen der öffentlichen Hand ausgestattet, um eine effiziente Prozessgestaltung für alle Beteiligten - Politik, Kommunen, Privatkunden und Hersteller - zu garantieren. Dieses innovative Modell einer „public-private-partnership“ wird die Vollzugsbehörden der Länder entlasten. Die Verbände erwarten für dieses Projekt von den Bundesländern allerdings

ein eindeutiges Signal, dass sie dieses neuartige Konzept unterstützen. Auch wenn die Bundesländer die Hoheit über Abfallfragen besitzen, dürfe es keine Zersplitterung in 16 Register geben, so die Verbände.

Hintergrundinformation

Das Altgeräte-Register beschränkt sich auf Registrierung, Mengenerfassung, Abholkoordination, Nachweisführung und Teilnahmebeobachtung. Operative Aufgaben von Altgeräterücknahme und -entsorgung werden vom Register nicht übernommen. Ziel ist ein effizienter Wettbewerb von Logistik- und Entsorgungunternehmen, um Kosten für Hersteller und Verbraucher möglichst gering zu halten. Motto ist: „So viel individuelle Elemente wie möglich, so wenig gemeinsame Elemente wie nötig.“

Fakten zur Verordnung

Die nationale Elektro- und Elektronik-Altgeräte-Verordnung regelt ab 2005 die Entsorgung von rund 1,1 Millionen Tonnen gebrauchter Geräte wie Waschmaschinen, Kühlschränken, Fernsehern, Computern oder Handys. Die Kosten der künftigen Rücknahmesysteme betragen allein für die Industrie voraussichtlich zwischen 350 und 500 Millionen Euro jährlich.

Ansprechpartner:

ZVEI Otmar Frey Abteilungsleiter Umweltschutzpolitik Tel.: 069 / 6302-283 E-Mail: frey@zvei.org BITKOM Dr. Mario Tobias Bereichsleiter Umwelt, Entsorgung und Nachhaltigkeit Tel.: 030 / 27576-230 E-Mail: m.tobias@bitkom.org



Das hohe Fassungsvermögen der Sammelbehälter erfordert sogar weniger Entsorgungsfahrten.

Landkreis Fürth:

Eine Müllabfuhr-Ära geht zu Ende

Die Ära einer kreiseigenen Müllabfuhr im Landkreis Fürth geht zu Ende: Als einer der letzten Landkreise in Bayern löst der Landkreis Fürth seine Müllabfuhr auf. Landrätin Dr. Gabriele Pauli und Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maury haben im Nürnberger Rathaus eine entsprechende Vereinbarung unterschrieben.

„Dies ist in der Region ein einmaliger Vorgang und ein Zeichen guter nachbarschaftlicher Zusammenarbeit“, so Frau Pauli. Demnach wird die Stadt Nürnberg die neun Müllwerke des Landkreises Fürth übernehmen. Im Gegenzug wird an die Stadt Nürnberg die Müllabfuhr im Gebiet der Stadt Stein übertragen.

Erster Werksleiter Dr. Klemens Gsell und Zweiter Werksleiter Klaus Endreß nahmen ebenfalls an der Vertragsunter-

zeichnung teil. Nachdem der Landkreis 1990 zunächst die Hälfte des Landkreisgebiets an einen privaten Unternehmer zur Entsorgung abgegeben hatte, erfolgte im letzten Jahr eine Ausschreibung des gesamten Landkreises bis auf das Gebiet der Stadt Stein. Das dortige Abfuhrgebiet wird derzeit noch von der kreiseigenen Müllabfuhr bedient. Ein Vergleich zwischen kommunaler und privater Abfuhr deckte jedoch große Kostenunterschiede auf, so dass

der Kreistag am 20. Februar 2004 beschloss, den Weg für eine komplette Ausschreibung des Landkreises frei zu machen.

Allerdings wird das erst ab dem Jahr 2014 möglich sein, wenn die jetzt eingegangene Verpflichtung mit Nürnberg ausläuft. Bis dahin wird das ehemalige Abfuhrpersonal des Landkreises vorrangig das ihr vertraute Stadtgebiet in Stein bedienen, jedoch unter der Regie der Stadt Nürnberg. Der Landkreis Fürth zahlt hierfür an die Stadt Nürnberg die tatsächlich anfallenden Kosten der Müllentsorgung. Das Abkommen soll zum 1. Juli 2004 in Kraft treten.

Vorgaben des Kreistags

Die Vertragsunterzeichnung im Nürnberger Rathaus ist die Umsetzung entsprechender Vorgaben des Kreistages: Das Gremium hatte im Rahmen der Fortschreibung des Abfallkonzeptes „2000 Plus“ im März 2001 aus Kostengründen die vollständige Privatisierung der Müllabfuhr beschlossen. Eine wichtige Maßgabe war dabei die Berücksichtigung einer sozialverträglichen Lösung für die Müllwerker des Landkreises. „Diese konnten wir durch die erfolgreichen Verhandlungen mit der Stadt Nürnberg finden. Es ist eine gute Lösung, die dem Landkreis Fürth einerseits hohe Kosten einer eigenen Müllabfuhr erspart und andererseits die Arbeitsplätze unserer Beschäftigten sichert“, so Landrätin Dr. Gabriele Pauli. „Kein einziger Arbeitsplatz wurde abgebaut.“

Ab dem Jahr 2014 ist somit eine Komplettvergabe der Müllabfuhr möglich, was dem Gebührensahler dann erhebliche Einsparungen bringt.

Keine Fesseln für die Kommunalwirtschaft!

Städtetag kündigt Ausstieg aus der „Clearingstelle“ an
Staatsregierung will Konkurrenzschutz für Privatwirtschaft schaffen

Der Bayerische Städtetag lehnt die Pläne der Staatsregierung ab, die Privatwirtschaft vor unternehmerischen Aktivitäten der Stadtwerke gesetzlich zu schützen. Falls die Staatsregierung bei ihrer Haltung bleibt, wird der Städtetag aus der bestehenden Clearingstelle für Streitfragen zwischen kommunaler und privater Wirtschaft aussteigen.

Durch eine Novelle des bayerischen Mittelstandsförderungsgesetzes will die Staatsregierung privaten Unternehmen Rechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten geben, um mögliche Verstöße der Stadtwerke gegen das Kommunalrecht überprüfen lassen zu können.

„Soll-Formulierung“

Vor Erhebung einer solchen sog. Drittschutzklage eines Privaten gegen ein Stadtwerk soll eine Einigung der Beteiligten vor einer Clearingstelle angestrebt werden. Diese „Soll-

Formulierung“ wurde gewählt, weil das Land ein derartiges Einigungsverfahren mangels Gesetzgebungskompetenz nicht zwingend anordnen kann.

Beginn Mai 2002

Seit Mai 2002 gibt es bereits eine „Clearingstelle“, die freiwillig in Absprache zwischen Innen- und Wirtschaftsministerium, den Verbänden der Privatwirtschaft, den Kammern und den kommunalen Spitzenverbänden eingerichtet wurde. Würde man die Clearingstelle gesetzlich institutionalisieren,

bekäme sie eine neue Rechtsqualität.

Die Städte sind der Meinung, dass der Landesgesetzgeber die Entscheidung in Streitfällen den Verwaltungsgerichten überlassen muss, wenn er tatsächlich einen gesetzlichen Drittschutz einführt. Eine Art „Zwischenlösung“ mit dem Ziel, das entstehende Konfliktpotential auf eine Clearingstelle abzuwälzen, wird abgelehnt.

Folgen des Drittschutzes

In erster Linie erwarten die Städte aber, dass der Minister den Gesetzentwurf ohne die Drittschutz- und Vorverfahrensklausel im Landtag einbringt. Der Drittschutz hätte nämlich Rechtsunsicherheit und Lähmung der kommunalwirtschaftlichen Betätigung zur

Folge. Es wäre ein gesetzlich institutionalisierter Konkurrenzschutz der Privaten vor der kommunalen Wirtschaft.

Mehr Kooperationen

Anstelle eines Streits vor den Verwaltungsgerichten fordert der Bayerische Städtetag seit längerer Zeit mehr Kooperationen zwischen den Stadtwerken und dem örtlichen Mittelstand. Damit wäre beiden Seiten gedient. Die kommunalen Unternehmen könnten ihre Kernaufgabengebiete sinnvoll abrunden. Gleichzeitig böte eine verstärkte Kooperation für mittelständische Unternehmen in Zeiten der Globalisierung eine sicherere Auftragslage. Ein gesetzlicher Drittschutz wäre das Ende dieser sinnvollen Zusammenarbeit.

Neuer Beihilferahmen

Der Drittschutz würde auch der aktuellen europarechtlichen Debatte zur Daseinsvorsorge zuwiderlaufen. Das Europäische Parlament hat vor kurzem Richtlinien zur Liberalisierung der Wasserversorgung sowie der Abwasser- und Abfallbeseitigung deutlich abgelehnt. Zugleich hat die Kommission einen neuen Beihilferahmen angekündigt, der Zuschüsse für viele Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge vom Zugriff des europäischen Wettbewerbsregimes ausnehmen will. Es wäre höchst widersprüchlich, wenn die EU Spielräume für die kommunale Daseinsvorsorge einräumt, während der bayerische Landesgesetzgeber der Kommunalwirtschaft neue Fesseln anlegt.

Größte Sanierung von Altlasten in Oberbayern

Im ehemaligen Torfwerk „Scheithauf“ bei Peißenberg im Landkreis Weilheim-Schongau hat die Sanierung der derzeit größten Boden- und Gewässerunreinigung Oberbayerns begonnen. Bereits vor Jahrzehnten waren in dem Werk bei der Herstellung von Kachelöfenanzündern große Mengen Teeröl im Erdreich versickert. Entdeckt wurde die Umweltverschmutzung erst vor kurzem beim Bau einer neuen Umgehungsstraße. Da wegen der geologischen Verhältnisse eine Ausbaggerung nicht möglich ist, wird das verseuchte Erdreich mit einem Spezialgerät herausgebohrt.

„Infokreis Erdgas“ und Erdgas Südbayern GmbH:

Starker Partner in punkto Ökologie

Pfaffenhofen - Verantwortung gegenüber der Umwelt hat die ESB in den Adern oder vielmehr in der Erdgas-Leitung: So liegt die Umweltbilanz von Erdgas im Vergleich zu anderen fossilen Energieträgern wie Erdöl oder Kohle im tiefgrünen Bereich. Nicht nur die Energieform an sich, sondern auch das Unternehmen ESB trägt aktiv zum Umweltschutz bei: Der „Infokreis Erdgas“ ist eines von vielen Projekten der ESB zur Zusammenarbeit mit den Kommunen.

Wichtiger Bestandteil der Initiative ist die Information über Erdgas in der Region und die Förderung von Umweltschutzprojekten in Südbayern.

Ökologisch denken und handeln sind keine leeren Schlagworte bei der ESB, sondern Philosophie, die in allen von der ESB versorgten Regionen und in den ServiceCentren des Unternehmens aktiv gelebt werden. Deshalb gründete die ESB bereits 1990 unter dem Motto „Information schafft Transparenz“ den „Infokreis Erdgas“. Die Aufgabe des Infokreises ist im wesentlichen die Unterrichtung der Konzessionsgemeinden über den Geschäftsverlauf und geplante Aktivitäten der ESB.

„Der Infokreis Erdgas ist kein starrer Apparat, sondern eine hervorragende Plattform für Kommunikation und Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedern, den Bürgermeistern der beteiligten Konzessionsgemeinden sowie den Leitern der ESB-ServiceCenter und Vertretern der ESB-Fachbereiche“, freut sich Maik Andrá, ServiceCenter Leiter der Erdgas Südbayern GmbH Pfaffenhofen. Neben energiepolitisch und wirtschaftlich interessanten Themen dient der „Infokreis Erdgas“ vor allem dazu, den Informationsfluss zwischen allen Partnern lebendig zu halten und Wünsche und Bedürfnisse der Konzessionsgemeinden rechtzeitig aufzugreifen.

Das Thema Umweltschutz nimmt in diesem Zusammenhang einen großen Stellenwert ein: So verfügt jeder Infokreis über einen Umweltfonds. Aus diesem Topf werden Gelder zur Förderung von Umweltschutzprojekten gemeinsam verteilt. „2003 sind insgesamt 17 Anträge aus dem Versorgungsgebiet unseres ServiceCenters beim Vorsitz des Infokreises Erdgas eingegangen“, erklärt Maik Andrá, Leiter des ESB-ServiceCenter Pfaffenhofen und fügt hinzu: „Wir haben beschlossen, jedes der vorgeschlagenen Projekte mit EUR 1.000,00 zu unterstützen. EUR 3.000,00 bleiben im Topf und werden 2004 an neue, ökologisch sinnvolle Aktionen verteilt.“

Abfallimporte und -exporte in Deutschland:

Anstieg innerhalb eines Jahres um mehr als 50 Prozent

Umweltbundesamt veröffentlichte Statistik für das Jahr 2002

Im Jahr 2002 ist die Menge der importierten genehmigungspflichtigen Abfälle erneut stark angestiegen. Sie betrug 3,9 Millionen Tonnen. Im Vorjahr waren es noch 2,65 Mio. t. Damit hat sich die Prognose des Umweltbundesamtes (UBA) bestätigt: Die Fachleute des UBA sagten bereits zu Jahresbeginn diese Entwicklung voraus.

Der größte Teil der Importe ging nach Nordrhein-Westfalen. In den süddeutschen Ländern überwiegt weiterhin der Export. Mehr als die Hälfte der Abfälle kommt aus den Niederlanden. Dort stiegen die Entsorgungsgelöhne deutlich. Der Export genehmigungspflichtiger Abfälle ging in den vergangenen beiden Jahren zurück. Das geht aus der Statistik über die grenzüberschreitende Verbringung genehmigungspflichtiger Abfälle hervor, die das UBA vorgelegt hat.

Unterteilung in Segmente

Die Importmengen lassen sich vor allem in folgende Segmente unterteilen: 1,1 Mio. t gemischte Materialien, wie Sortierreste und gemischte Verpackungsmaterialien, 400.000 t behandeltes Holz, 260.000 t Rückstände aus Abfallverbren-

nungsanlagen, 220.000 t Klärschlamm, 200.000 t Schlacken aus der Eisen- und Stahlindustrie, 180.000 t Hühnerkot, 120.000 t Rückstände aus der Aluminiumherstellung sowie 70.000 t Altöl.

Entsorgungsarten

Die vorherrschenden Entsorgungsarten beim Import sind die energetische Verwertung (900.000 t), die thermische Behandlung in Müllverbrennungsanlagen (300.000 t), zudem die Rückgewinnung von Metallen (500.000 t), die Verwendung als Düngemittel in der Landwirtschaft (340.000 t), die Deponierung (73.000 t), die Einlagerung in Untertagedeponien (60.000 t) und die Verwendung als Bergversatzmaterial (170.000 t). 550.000 t wurden einer Zwischenbehandlung - wie Sortieren

und Konditionieren - unterzogen.

Umfassendes Exportverbot

Für die Ausfuhr gefährlicher Abfälle besteht seit Januar 1998 ein umfassendes Exportverbot in Staaten, die nicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder der Europäischen Union (EU) angehören (dies sind vor allem weniger entwickelte Länder sowie mittel- und osteuropäische Staaten).

Exakte Unterscheidung

Die europäische Abfallverbringungsverordnung unterscheidet ausdrücklich zwischen Transporten für nicht genehmigungspflichtige und für genehmigungspflichtige Abfälle, zu denen zum Beispiel die gefährlichen Abfälle zählen. Zum Vergleich: Die Außenhandelsstatistik weist für nicht genehmigungspflichtige Abfälle Einfuhren in Höhe von 9,1 Mio. t aus. Die Ausfuhren betragen hingegen 15,4 Mio. Tonnen.

Weltverbrauchertag:

200 Millionen Europäer an Mülltrennung angeschlossen

Immer mehr Menschen in Europa können ihren Beitrag zum Umweltschutz leisten. In 20 Ländern mit rund 360 Millionen Verbrauchern ist der Grüne Punkt bereits eingeführt, 200 Millionen Menschen sind an das System der separaten Sammlung von Verkaufsverpackungen angeschlossen.

Mülltrennung und Verpackungsrecycling sind längst keine deutsche Besonderheit mehr, sondern werden zusehends europäischer Standard. In Deutschland ist der Service des Dualen Systems seit rund 13 Jahren über Gelbe Säcke und Gelbe Tonnen, Glas- und Papiercontainer für jeden Verbraucher bequem zu nutzen.

Kein Selbstzweck

„Nur durch die Beteiligung und Unterstützung der Bürger bleiben die Lebensgrundlagen erhalten“, betont Hans-Peter Repnik, Vorstandsvorsitzender der Dualen System Deutschland AG, zum Weltverbrauchertag. „Recycling ist kein Selbstzweck, sondern ein wichtiger Beitrag zur Ressourcenschonung.“ Die Akzeptanz des Grünen Punkts sei seit seiner Einführung kontinuierlich gewachsen. „Wir dürfen allerdings nicht aufhören, das System weiter zu verbessern und dem Verbraucher mehr Service zu bieten“, so Repnik. Dazu hat das Unternehmen in Deutschland das „Innovationsprogramm 2007“ aufgelegt, um das Verpackungsrecycling mit neuen Technologien noch effizienter und preiswerter zu machen.

Grundlegende Rechte

Seit 1983 findet jährlich am 15. März weltweit der Verbrauchertag statt. Mit Bezug auf diese Erklärung erinnern Verbraucherorganisationen jedes Jahr am Weltverbrauchertag an die grundlegenden Verbraucherrechte. Auch in Deutschland

sollen Verbraucherrechte künftig gestärkt werden.

Replik erläutert Neuausrichtung des Dualen Systems

Das Duale System wird die Strategie der Effizienzsteigerung konsequent fortsetzen und gleichzeitig seine Lizenznehmer weiterhin zuverlässig von den Rücknahmepflichten der Verpackungsverordnung befreien. Dies betonte der Vorstandsvorsitzende des Dualen Systems, Hans-Peter Repnik, im Rahmen der 2. „Food Business Lounge“ in Köln. Gemeinsam mit Spitzenvertretern der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) diskutierte Grüner-Punkt-Chef intensiv über den eingeleiteten, neuen strategischen Kurs des Unternehmens sowie die Novelle der Verpackungsverordnung.

Weichenstellungen

Repnik verwies auf die wichtigen Weichenstellungen des Jahres 2003, etwa die Entflechtung der Unternehmensstruktur, die Ausschreibung der Leistungsverträge mit der Entsorgungswirtschaft sowie die vorläufige Abwendung des Untersagungsverfahrens durch das Bundeskartellamt. „Jetzt geht es darum, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Dazu gehört, die Wirtschaftlichkeit des Systems weiter zu verbessern, im Rahmen des „Innovationsprogramm 2007“ neue Techniken für das Recycling und die Verwertung zu erproben sowie im härter werdenden Wettbewerb zu bestehen“, so Repnik.

Der Turbo für den Kompost

Ein revolutionäres Verfahren kann die Verrottungszeit ohne Chemie halbieren

Von Klaus-Peter Rudolph

Viele Kommunen haben dieses Problem: Der in den Klärwerken anfallende Klärschlamm muss auf eine sinnvolle Art entsorgt werden. Die meisten nutzen dazu heute Kompostieranlagen, wo der Schlamm mit so genanntem Grünschnitt vermengt wird und anschließend zu Kompost verrottet. Dabei können dann auch gleich noch Herbstlaub, Reste vom Baumschnitt und andere organische Abfälle entsorgt werden. Problematisch ist jedoch, dass die Kompostierung sehr lange dauert, sehr arbeitsaufwendig ist und große Flächen bindet. Mit anderen Worten, für die meist finanziell sehr schwachen Kommunen entstehen hohe Kosten, die letztlich an die Bürger weitergeleitet werden müssen.

Ein neu entwickeltes Gerät kann jetzt die Kompostierung von Biomaterialien revolutionieren. Bei einer einjährigen Versuchsreihe in der Kompost-Umweltdienst GmbH im thüringischen Merkers konnte die Zeit bis zur vollständigen Verrottung von Klärschlamm-Grünschnitt-Gemischen von drei Monaten auf sechs Wochen reduziert und damit halbiert werden, wie Geschäftsführer Berthold Krug versichert.

Kompostmieten

Dabei wurde sogar auf die Rottecontainer für den Ansatz des Gemischs verzichtet, und stattdessen eine alte Lagerhalle genutzt. Mussten die Kompostmieten bisher drei- bis viermal umgesetzt werden, so ist dies mit dem neuen Verfahren nur noch zweimal nötig. „Am erstaunlichsten“, so Krug, „verlief der Versuch, mit einer Miete, die seit einem halben Jahr biologisch tot war. Nach dem Einsetzen des Gerätes stieg die Temperatur von etwa 20 Grad innerhalb weniger Tage auf über 60 Grad an und die Rotte kam wieder in Gang. Dazu

mussten wir die Miete nicht, wie sonst nötig, mit frischem Material vermischen.“ Das Gerät, von dem die Rede ist, heißt „Power-Djed“ und wurde von der Graviton GmbH in Berlin entwickelt.



Der etwa 70 cm hohe Power-Djed ist im Kompost kaum sichtbar. In seinem Fuß steckt die Information, die ihn für vielfältige Zwecke einsetzbar macht.

Zunächst hatten die Thüringer Wasser mit dem Djed behandelt und anschließend auf die Kompostmieten versprüht. „Das war ziemlich aufwändig“, erklärt Kompost-Mitarbeiter Ralf Noetzel. „Ich hatte dann die Idee, einfach mal zu versuchen, den Power-Djed direkt in eine Miete zu stecken. Und siehe da, es funktionierte genauso.“ Ihm sei das schon klar gewesen, gesteht Noetzel, weil ja durch den Klärschlamm sowie so genügend Feuchtigkeit in den Mieten ist. Aufgefallen ist dem langjährigen Radladerfahrer, dass die Krümelstruktur der fertigen Rotte durch die Graviton-Technologie sehr viel besser geworden ist. Es gäbe kaum noch die sonst typischen schlammigen Klumpen. Und auch der sonst strenge Ammoniak-Geruch beim ersten Umsetzen sei jetzt wie weggeblasen.

Auflagen erfüllen

Für Geschäftsführer Krug steht fest, dass er in Zukunft auf den Djed setzt. „Wir werden unsere Rottecontainer verkaufen und noch eine zusätzliche Halle bauen, um mit der neuen Technologie die Umweltauflagen sicher zu erfüllen.“ Dass eine solche Investition sich schon sehr bald auszahlt, hält der Kompost-Chef für sicher.

Ein schnellerer Prozess bedeutet weniger Arbeit, weniger Flächenbedarf und vor allem weniger Kosten. Man könne beanspruchte Kredite schneller zurückzahlen und so weitere Investitionen realisieren. Dass das Ganze auch noch weniger Emissionen verursache, könne eine Menge Zweifler und Kritiker der Kompostierung überzeugen.

Beschleunigtes Wachstum

Der Power-Djed ist ein Gerät, das sehr schwache magnetische Felder, so genannte biosensible Mikropotenzialfelder aus dem Tageslicht generiert und damit die Bodenmikroben zu beschleunigtem Wachstum anregt. Mit herkömmlichen Instrumenten sind diese Felder noch nicht einmal messbar. Dass sie dennoch sehr intensiv auf Mikroorganismen

wirken, haben viele Versuchsreihen bestätigt. Das wird auch in der Diplomarbeit von Mario Eberhardt an der Fachhochschule Erfurt beschrieben.

Positiver Effekt

Bei zweijährigen Untersuchungen in einer Apfelplantage konnte eine wesentliche Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit im Umkreis von 80 Metern um den Djed festgestellt werden, obwohl keine zusätzliche Düngung vorgenommen wurde. Der junge Diplom-Gartenbauingenieur ist sich mit seinem Lehrstuhlleiter, Prof. Dr. Siegfried Müller, einig, dass dieser Effekt offenbar auf den Djed zurückzuführen ist. Sie planen jetzt, in weiteren Untersuchungen die Möglichkeiten des Geräts auszutesten und die Wirkungsweise dann auch wissenschaftlich zu belegen.

Ökologische Technologie

Dass die Graviton-Technologie völlig ökologisch ist, betont Forschungs- und Entwicklungsleiter Jürgen Axmann. „Unsere Geräte arbeiten ohne Stromzufuhr und nutzen nur die Kräfte, die in der Natur sowieso vorkommen“, betont der Diplom-Physiker. Die ausgesendeten Mikropotenzialfelder seien so gering, dass sie mit herkömmlichen Messinstrumenten noch nicht nachweisbar sind.

Außerdem handele es sich nicht um zusätzliche Energie, sondern nur um eine gezielte Ausrichtung der schon vorhandenen Kräfte. Dadurch komme das Verfahren ganz ohne Chemikalien oder andere Stoffe, die sonst als „Kompostiermittel“ eingesetzt werden, aus.

Auch Leasing möglich

Die Kosten für ein komplettes Gerät liegen bei etwa 4.000 Euro. Einmal jährlich ist ein Service für rund 300 Euro erforderlich. Auf Nachfrage bestehen auch Möglichkeiten für Mietkauf oder Leasing bei Monatsraten um 190 Euro.

Weitere Informationen unter www.graviton.info
Graviton Bio Energie GmbH
Schönhauser Straße 105-107
13127 Berlin, Telefon: 030-93 49 16 02 E-Mail: graviton@t-online.de



Das Gelände der Kompost-Umweltdienst GmbH im thüringischen Merkers. Die Rottecontainer im Hintergrund werden abgeschafft. Die neue Form der Kompostmieten hat eine quadratische Grundfläche, damit der Djed besser wirken kann. Früher wurden sie in langen Reihen angelegt, um sie leichter umsetzen zu können.

Fotos: Klaus-Peter Rudolph

Öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger:

Nicht automatisch zuverlässiger

Das Oberlandesgericht Dresden entschied in einem Urteil vom 09.03.2004, dass in dem Rechtsstreit um ein Vergabeverfahren die städtische Abfallentsorgung Hoyerswerda GmbH Schadensersatz zu leisten habe. Nach Auffassung des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. zeige diese Entscheidung auf, dass sich öffentlich-rechtliche Entsorgungsunternehmen, wenn sie sich im Markt engagieren, nicht auf einen privilegierten Status berufen können.

Dazu bvse-Justiziarin Xandra Metzmann: „In einem öffentlichen Vergabeverfahren gilt: faire Chancen für alle Anbieter. Eine Bevorzugung öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger darf es nicht geben!“

In dem Rechtsstreit ging es darum, dass die Tochter eines privaten Bremer Entsorgungsunternehmens in einem Vergabeverfahren zwar das preisgünstigste Angebot abgegeben hatte, jedoch nicht berücksichtigt wurde.

Das Oberlandesgericht Dresden stellte in seinem Urteil nun fest, dass nach den vergaberechtlichen Bestimmungen der Auftrag nur dann an einen anderen Bieter hätte vergeben werden dürfen, wenn dessen Angebot andere, den Preisvorteil des preisgünstigsten Anbieters kompensierende Vorzüge aufgewiesen hätte.

Die Abfallentsorgung Hoyerswerda berief sich darauf, dass das Angebot des zweitbesten Anbieters eine höhere Entsorgungssicherheit geboten hätte. Dieser Auffassung schloss sich das Oberlandesgericht jedoch nicht an. Vielmehr stellte der Senat fest,

dass ein allgemeines Vertrauen darauf, dass ein öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger für die Zukunft eine höhere Verlässlichkeit bei den Entsorgungsdienstleistungen biete, kein vergaberechtlich zulässiges Entscheidungskriterium sei.

Auf die Stadt Hoyerswerda, die nach vertraglichen Vereinbarungen mit der Hoyerswerda Abfallentsorgung für den Schaden aufkommen muss, dürften damit erhebliche Verbindlichkeiten zukommen. Die Klägerin hat bisher einen Schaden von knapp 2 Millionen Euro geltend gemacht.

Der bvse stellte hierzu fest, dass die „unsaubere Rechtsauslegung“ der städtischen Gesellschaft zuungunsten eines privaten Entsorgungsunternehmens die Gebührensahler nun teuer zu stehen kommen werde. „Wir setzen auf faire Partnerschaft zwischen Kommunen und privaten Unternehmen, weil davon beide Seiten, nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger, profitieren“, machte Metzmann deutlich.

Az.: 20 U 1544/03 Vorinstanz: LG Bautzen, Az.: 3 O 121/01

Bayern fordert von EU besseren Schutz vor Öko-Dumping

Bayern unterstützt alle Bestrebungen, in der EG-Abfallverbringungsverordnung einen deutlich verbesserten Schutz vor Öko-Dumping zu verankern. Dies betonte Umweltstaatssekretärin Emilia Müller beim Richtfest der Thermo-Druck-Hydrolyse-Demonstrationsanlage in Schwandorf.

Müller: „Der Europäische Gerichtshof hat den Export von Abfällen in andere Länder der EU mit dem Ziel der dortigen energetischen Verwertung stark erleichtert. Das darf nicht zu ungezügelter Abfalltourismus und Öko-Dumping führen.“ Das bayerische Umweltministerium habe deshalb die für den Vollzug der EG-Abfallverbringungsverordnung zuständigen Regierungen aufgefordert, in jedem Einzelfall genau zu prüfen, ob der Tatbestand der „schlechten Verwertung“ erfüllt sei. Diese Klausel in der EU-Verordnung eröffne die Möglichkeit, den Abfalltourismus zu unterbinden.

Aufgabe der Kommunen

Emilia Müller zufolge sind die vollständige Freigabe der Abfallwirtschaft und die Übertragung der Aufgabe an die Wirtschaft nicht zielführend. In Bayern bleibt die Abfallentsorgung für Haushalte und Kleinerzeuger als Teil der staatlichen Daseinsvorsorge Aufgabe der Kommunen und Landkreise.“ Das Europäische Parlament hat wiederholt die EU-Kommission aufgefordert, Gutachten und Vorschläge zu unterbreiten, wie Entsorgungssicherheit und ökologisch sichere Verwertung auf privatwirtschaftlicher Basis gewährleistet werden kann. Nach den Worten Müllers lehnt Bayern diese Art der Freigabe staatlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge entschieden ab. Bayern werde auch künftig dafür sorgen, dass der Wettbewerb zumindest durch den Staat organi-

siert, überwacht und reguliert wird, so Müller weiter.

TDH-Verfahren

Das Thermo-Druck-Hydrolyse (TDH)-Verfahren kann für die unterschiedlichsten Bereiche eingesetzt werden. Es dient u.a. zur Beseitigung für hochinfektiöses Risikomaterial im Tierkörperbereich. Gleichzeitig ist es damit eine kostengünstige und sichere Alternative zur Tiermehlherstellung. Mit dem neuen Verfahren fällt kein Tiermehl mehr an; Missbrauch und Kontrollaufwand entfallen. Dieser Anwendungsbereich liegt zur Zulassung bei der Europäischen Kommission. Darüber hinaus stellt das TDH-Verfahren eine wirtschaftliche Alternative zur Klärschlammverbrennung dar.

Enormer Nutzen

Das Verfahren eignet sich aber auch zur Biogas- und Bioethanolgewinnung aus organischen Restmassen wie Holz-, Gras- oder Strauchschnitt. In der oberpfälzischen Versuchsanlage soll die Biogasgewinnung demonstriert werden, in dem die organischen Reststoffe mit der Thermo-Druck-Hydrolyse vorbehandelt werden. Der Freistaat, insbesondere das Umweltministerium, hat die TDH-Verfahrensidee von der Grundlagenforschung über die Labor- und Technikumsanlage bis zum By-Pass-Betrieb an der Tierkörperverwertungsanlage St. Erasmus zwischen 1995 und 2001 mit rund 1,2 Millionen Euro finanziert.

IFH/Intherm 2004 bleibt der Erfolgslinie treu

Symposium zum Thema „Architektur der energetischen Modernisierung“ am 23. April im Saal Oslo

Mit einer marktkonformen Angebotspalette und einem erwarteten Fachbesucheranteil von über 95 Prozent wird sich auch die IFH/Intherm als regionale Fachmesse für Sanitär/Heizung/Klima vom 21. bis 24. April 2004 auf dem Nürnberger Messegelände wieder als Publikumsmagnet entwickeln. An vier Messetagen werden rund 40.000 Fach-, aber auch Privatbesucher wieder die neuesten Trends bei Produkten und Dienstleistungen der SHK-Branche kennenlernen. Über 540 Aussteller und 60 zusätzlich vertretene Firmen aus 14 Ländern, darunter u.a. auch China, werden nicht nur Fachleuten aus dem Handwerk, sondern auch Vertretern des Groß- und Einzelhandels, Ingenieurbüros und Dienstleistern allgemein wieder Marktorientierung und Produktinformationen aus erster Hand bieten.

Da die NürnbergMesse vor drei Jahren im Ostteil des Messegeländes die 10.000 m² große Halle 7A mit eigenem Eingang errichtete, können auch zur IFH/Intherm 2004 die vertretenen SHK-Branchen wieder übersichtlich gegliedert werden.

Umfassendes Spektrum

Der Bereich Sanitär befindet sich auch diesmal wieder in den Hallen 4 und 5. Der Übergang von Sanitär zu Heizung, Lüftung und Klima findet in der Halle 6 statt. Das Angebotspektrum, das sich überwiegend an Fachbesucher wendet, reicht von Exponaten rund um die Bereiche Sanitärtechnik, Apparate- und Rohrleitungsbau (Hallen 4, 5 und 6) bis hin zur Heizungs-, Lüftungs-, Klima-, Haus- und Feuertechnik (Hallen 7, 7A, 8 und 9) sowie Werkstatteinrichtung, Klempnerei und Büroorganisation (Halle 10).

Neu im Rahmenprogramm ist

das Symposium „Architektur der energetischen Modernisierung“, das am Vormittag des 23. April im Saal Oslo, CCN-Mitte, 1. OG, stattfindet. Die Themenpalette reicht von „Potentiale der energetischen Modernisierung im Gebäudebestand“ bis hin zu „Instrumente für optimale Planung energetischer Modernisierungsvorhaben“.

Veranstalter

Die IFH/Intherm wird von der GHM, Gesellschaft für Handwerksmessen mbH zusammen mit den Fachverbänden Sanitär-Heizung-Klima Bayern und Baden-Württemberg und dem BDH, dem Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik e.V., als ideeller Träger durchgeführt.

Öffnungszeiten

Um den Wünschen der Aussteller zu entsprechen und die

Besucherzielgruppen zu erreichen, werden die Öffnungszeiten vom letzten Mal beibehalten: Fachlich orientierte Besucher erhalten Gelegenheit, die

Würzburg:

Riemenschneider Doppel-Ausstellung eröffnet

Die Stadt Würzburg feiert im Jahr 2004 ihr 1300jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass richten das Mainfränkische Museum und das Museum am Dom eine Doppelausstellung zum Leben und Wirken Tilman Riemenschneiders aus, für die Bundespräsident Johannes Rau die Schirmherrschaft übernommen hat.

In der mit ca. 450 geladenen Gästen vollbesetzten Schönbornhalle des Mainfränkischen Museums auf der Festung Marienberg eröffnete Oberbürgermeisterin Pia Beckmann gemeinsam mit Weihbischof Helmut Bauer als Administrator der Diözese Würzburg die Ausstellung, die bis einschließlich 13.06.2004 in den beiden Würzburger Museen gezeigt wird.

Enge Verknüpfung

Die Werke Tilman Riemenschneiders sind zum Inbegriff der mainfränkischen Kunst im Spätmittelalter geworden. „Die Kunst Tilman Riemenschneiders ist wie keine andere eng mit Würzburg verknüpft. Hier

Messe von Mittwoch bis Freitag, 9.00 bis 18.00 Uhr, zu besuchen, Fachbesucher mit freiem Samstag, Schüler und Privatleute können dies am Messesamstag von 9.00 bis 16.00 Uhr tun.

Zimmerreservierungen sind für auswärtige Messegäste möglich bei der Congress- und Tourismuszentrale Nürnberg; entweder per Fax: ++49 (0911)2336-167, Tel.: ++ 49 (0911) 2336-121 oder -122 (Zimmervermittlung) oder per eMail: zv@ctz-nuernberg.de ☞



Freude über die Grundsteinlegung. V.l.: Johannes Neukirch (Riebel), Friedrich Graffe (Sozialreferent der Landeshauptstadt München), Stadtrat Siegfried Benker (München), Gernot Mußmächer (ehemaliger Vizepräsident und Sozialreferent des Bezirks Oberbayern) und Hans Materna, Geschäftsführer Riebel München.

Münchener Riebel-Projektentwicklung:

Grundsteinlegung für Obdachlosen-Wohnanlage

Ein ganz besonderes Bauvorhaben hat die Münchener Riebel-Projektentwicklung jüngst begonnen. Das Tochterunternehmen der Mindelheimer Xaver Riebel KG feierte die Grundsteinlegung für eine Wohnanlage an der Albert-Robhaupter-Straße der Landeshauptstadt, in der obdachlose Erwachsene dauerhaft Unterkunft finden.

Nach Fertigstellung bietet das Objekt auf fünf Geschossen Wohnraum für etwa 38 hilfsbedürftige, erwachsene Wohnsitzlose, ergänzt durch Aufenthalts- und Funktionsräume und mehrere Gemeinschaftsküchen. Fachgerecht betrieben und unterhalten wird das Haus vom gemeinnützigen Verein Wohnhilfe e.V., der schon mehrere Einrichtungen in München unterhält. Die laufenden Kosten sind gedeckt durch die - gesetzlich festgelegten - Zahlungen des Bezirks Oberbayern. Die Landeshauptstadt München, vertreten durch das Sozialreferat, räumt Eigentümer Riebel gegenüber eine Mietgarantie ein.

Lob von allen Seiten

Wechselweise waren die am Bau Beteiligten des Lobes voll über ihre Partner. Geschäftsführer Dieter Bamberg von der Wohnhilfe war erstaunt über Zuverlässigkeit, Geschwindigkeit und vor allem Qualität der Leistung der schwäbischen Baufirma. Deren Münchner Geschäftsführer, Hans Materna, wiederum lobte die beteiligten Behörden der Landeshauptstadt, die ebenfalls schnell und korrekt die Voraussetzungen für einen raschen Baubeginn lieferten. Sozialreferent Friedrich Graffe hat mit den Leuten von Materna schon beste Erfahrungen gesammelt. Er empfahl Bamberg die Kontaktaufnahme mit Riebel, denn der Bau eines Sozialbürgerhauses im Münchner Westen ist ebenso herausragend gut gelungen, wie die Renovierung eines alten Siemens-Gebäudes. Im vergangenen Jahr wurde

dort übergangsweise das städtische Berufsschulzentrum untergebracht. Der Umbau nach nur zehnmonatiger Planungs- und Bauzeit ist aber so großartig und gediegen, dass die Stadt ihn gerne weiter nutzen möchte.

Künstler begleitet Projekt

Auch bei dem aktuellen Projekt erzielte man sehr schnell Einigkeit über die Planung. Der nun folgende Bau wird durch den Riebel-eigenen Baubetrieb Mindelheim als Generalunternehmer durchgeführt. Wieder einmal wird das Projekt begleitet durch den Berliner Künstler Karsten Wittke, mit dem man bei der Gestaltung öffentlicher Gebäude schon mehrfach großes Lob einheimste und Erfolg sammelte.

Bauen für ein besseres Leben

Das Riebel'sche Leitmotiv „Bauen für ein besseres Leben“ erfuhr bei diesem Projekt wieder einmal eine schöne Bestätigung. Während sich an anderen Orten häufig Bürgerinitiativen gegen soziale Einrichtungen sträuben, ist es an diesem Standort gelungen, die Anwohner rechtzeitig und umfassend in die Entscheidungsfindung einzubinden. Dieter Bamberg will auch in die laufende Arbeit möglichst viele freiwillige Helfer einbinden. Bei der Grundsteinlegung waren die Nachbarn aber schon dabei. Sie hatten der Baufirma den Platz für das Festzelt unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Ideale Ergänzung

Die beiden Würzburger Ausstellungen im Mainfränkischen Museum und im Museum am Dom ergänzen sich in Fragestellung und Objektauswahl in idealer Weise. Während das Museum am Dom überwiegend Bildwerke aus den Kirchen der Diözese Würzburg zeigt, wird die ständige Riemenschneider-Sammlung im Mainfränkischen Museum durch 50 Leihgaben, die meist aus nationalem und internationalem Museumsbesitz kommen, ergänzt. Insgesamt sind so in Würzburg rund 200 Werke Riemenschneiders, seiner Werkstatt, seines Umkreises und seiner Nachfolger zu sehen. Die Doppelausstellung ermöglicht einen einmaligen, bisher noch nicht da gewesenen Überblick über das Schaffen des berühmten Würzburger Meisters am Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit.

Naheliegenderes Thema

„Was lag näher, als zum Stadtjubiläum das Thema Riemenschneider aufzugreifen und eine große Ausstellung mit seinen Werken zu gestalten. Den Bildwerken Riemenschneiders ist ein fester Platz in der Kunstgeschichte sicher, und der Meister gehört neben Grünewald und Dürer zu den bekanntesten Künstlern seiner Zeit“, so die Oberbürgermeisterin weiter.

Ungeheure Dichte an Exponaten

„Diese Doppel-Ausstellung zeigt eine nie vorhandene Dichte an Riemenschneider-Exponaten und ist in ihrer Fülle der

fruchtbaren Zusammenarbeit des Mainfränkischen Museums und des Museums am Dom zu verdanken“, so der Weihbischof.

Viele Patenschaften für die Kunstwerke

Dr. Claudia Lichte, Mainfränkisches Museum, und Dr. Jürgen Lenssen, Bau- und Kunstreferent der Diözese, dankten den vielen Leihgebern und Unterstützern der Ausstellung. Viele Patenschaften wurden für die Kunstwerke übernommen. Innerhalb weniger Tage meldeten sich 150 Perso-

nen als Volunteers für das Mainfränkische Museum, um während der Ausstellung das Stammpersonal bei der Betreuung der Besuchergruppen zu unterstützen und ihnen einen reibungslosen und angenehmen Museumsbesuch zu ermöglichen.

Musikalische Umrahmung

Die Ausstellungseröffnung wurde durch das Ensemble „il Curioso“ unter der Leitung von Bernhard Böhm mit Stücken aus der Zeit Riemenschneiders musikalisch umrahmt.

Bayerischer Gemeindetag/Kreisverband Augsburg:

Nöte treiben Bürgermeister die Zornesröte ins Gesicht

Heftige Kritik an Staatsregierung und CSU aus den eigenen Reihen wird lauter

Landkreis Augsburg (gri). „Die bayerische Staatsregierung nimmt die Sorgen der Gemeinden nicht ernst und lässt uns im Regen stehen,“ sagte Georg Klaußner, Bürgermeister von Untermeitingen und Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetags, Kreisverband Augsburg, vor 46 Bürgermeistern und den Referenten im Festsaal der Kreissparkasse Augsburg (KSA). Ihm platzt noch immer der Kragen, wenn er an die Finanznöte der Gemeinden denkt und wie die Staatsregierung, einschließlich Ministerpräsident, damit umgehen. Was Klaußner besonders ausrasten ließ, war die Tatsache, dass der persönliche Referent Stoibers nicht bereit war, vier Vertreter kommunaler Spitzenverbände zu einem Gespräch zu empfangen.

Ärgerlich war für den Kreisverbandsvorsitzenden auch, dass bei der Großkundgebung der schwäbischen Bürgermeister und Landräte Anfang März in Gersthofen von 26 MdLs nur acht anwesend waren. Von 19 CSU-Abgeordneten waren es nur drei (Innenstaatssekretär Georg Schmid, Martin Sailer, Max Strehle), von der SPD vier

und ein Grüner Abgeordneter.

Initiator von Stiftungsgemeinschaften

Alfons Maieralther, Hausherr und Gastgeber der Tagung, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg, sieht sein Institut als Gesellschafts- und Wirtschaftsunternehmen und

meinte damit konkret: „Wir arbeiten aus der Region für die Region!“ So habe die Kreissparkasse in den Jahren 2001 bis 2003 6,067 Millionen Euro an Gewerbesteuer entrichtet. Davon entfielen auf 2003 etwa 2,94 Millionen Euro. An Körperschaftsteuer wurden in den letzten drei Jahren 8,622 Millionen Euro überwiesen, da. Davon rund vier Millionen anno 2003. Laut Bankchef Alfons Maieralther gilt die Sparkasse auch als Initiator der Stiftergemeinschaft „Bunter Kreis,“ deren Ziel es ist, die Nachsorge schwer kranker Kinder zu gewährleisten. Auch ist die KSA an der Stiftung „Klinikum Augsburg“ beteiligt.

Kein Silberstreifen

Dr. Johann Keller vom Bayerischen Gemeindetag referierte über das leidliche Thema „Kommunal Finanzen und Verwaltungsreform in Bayern - Auswirkungen auf Städte und Gemeinden.“ Mit einem Vorwurf an die CSU gerichtet, meinte er: „Der Freistaat bürdet den Kommunen ungeheure Lasten auf, ohne ihnen eine bessere finanzielle Ausstattung zu gewährleisten.“ Es sei auch kein Silberstreifen einer Besserung zu erkennen.

Einmütig forderten die Bürgermeister die Abschaffung der Solidarumlage. Es sei nicht einzusehen, dass in den neuen Bundesländern eine blühende Infrastruktur entstehe und die Kommunen in der „alten Republik“ ausgelaugt werden. Für eine diesbezügliche Gesetzesänderung wären die Unionsabgeordneten in Berlin gefordert. Viele Gemeinden können den Soli sowieso nur noch mit Krediten finanzieren. Bürgermeister Hans Merk (Wehringen) meinte, dass die Gemeinden nicht

mehr erfüllen sollen. Wie vom Gemeindetag empfohlen, forderte er seine Kollegen auf, Widerspruch gegen die Solidarumlage einzulegen.

Heftig kritisiert wurde auch der brutale Sparkurs Stoibers. Es sei nicht einzusehen, so die Bürgermeister aufgebracht, dass der Ministerpräsident bis 2006 einen ausgeglichenen Bayern-Haushalt anstrebt und andererseits die Gemeinden im Lande noch mehr in die Verschuldung treibt. Ärgerlich sei auch, dass Stoiber zu keiner Maßnahme bereit ist, die eine Verbesserung bringen könnte.

Bürgermeister Josef Fischer, Fischach, meinte: „Wir gehören zu den reichsten Gemeinden im Landkreis und haben hinten und vorne kein Geld. Da stimmt doch das System nicht mehr!“ Doch Ansatzpunkte für Möglichkeiten zur Verbesserung der Gemeindefinanzen sehen die meisten Bürgermeister nicht.

Reform mit Hand und Fuß

Eine Möglichkeit zum Positiven wäre eine Änderung, oder noch besser, die Abschaffung des Umlagensystems. Verwiesen wurde hierbei auf die jüngste Erhöhung der Kreisumlage als Folge der Anhebung der Umlage des Bezirks Schwaben. Notwendig ist laut Keller eine Finanzreform mit Hand und Fuß. Die bisherige sei nur ein „Nullsummenspiel“ gewesen.

Obwohl in der Bayerischen Verfassung verankert, klappt in der Praxis die Anwendung des Konnexitätsprinzips („Wer anschafft, zahlt“) noch nicht so recht. Auch auf die Verankerung im Grundgesetz muss hingewirkt werden. Hingewiesen wurde auch auf die Kosten des achtstufigen Gymnasiums. „Was das kostet, muss der Freistaat bezahlen,“ so Dr. Keller. Dass sich die prekäre Finanzlage der Kommunen durch Aktivitäten der Politiker bald ändern könnte, glauben die Bürgermeister nicht. Abschließend meinte Georg Klaußner, Chef des Gemeindetags-Kreisverbandes Augsburg: „Außer dass der Bundespräsident gewählt wird, passiert in Deutschland nichts.“



Veranstalter, Gastgeber und Referenten stellten sich nach der Hauptversammlung des Bayerischen Gemeindetags, KV Augsburg, zum Gemeinschaftsfoto. Von links: Manfred Stöckl, Vorstandsmitglied, Gastgeber Alfons Mayerthaler, Vorstandsvorsitzender, KSA, Gemeindetagsgeschäftsführer Günter Würmseher, Schriftführer Franz Meitingner, Dr. Johann Keller (Bayer. Gemeindetag), MdL. Max Strehle/ Vorstandsmittglied Horst Schönfeld, sowie Thomas Neher und Götz Rinn von der Bayerischen Landesbank. Nicht auf dem Bild der Kreisverbandsvorsitzende Georg Klaußner. Er musste vorzeitig die Versammlung verlassen. Bild: Grimmeiß

Kindergartensituation im Landkreis Günzburg

Mit den 4.274 Kindergartenplätzen ist im Landkreis Günzburg eine Vollversorgung an Kindergartenplätzen gegeben. Allerdings kann in einzelnen Gemeinden noch ein geringer Platzbedarf bestehen, während in anderen Gemeinden die vorhandenen Plätze nicht voll genutzt werden. Daher wurden einige Kindergartengruppen bereits geschlossen. Allerdings besuchen derzeit 4.066 Kinder die Kindergärten, das sind 86 mehr als im Vorjahr.

Die Kindergärten im Landkreis Günzburg gehen weiterhin mit flexiblen Öffnungszeiten auf die Bedürfnisse der Eltern und Kinder ein. Auch bei den Vormittagsgruppen wird in Form verlängerter Abholzeiten diesem Anliegen entsprochen.

Mittagsbetreuung

Der Nachmittagsbesuch von Ganztagsgruppen ist teilweise derart gering, dass sich die Kindertagsträger gezwungen sehen, nur noch verlängerte Vormittagsgruppen anzubieten und Nachmittagsgruppen zu schließen. Im gesamten Landkreis bieten von den derzeit 66 Kindergärten inzwischen 37 Kindergärten (Vorjahr 34) Mittagsbe-

treuung an. Vielfach erfolgt dies in überlangen Vormittagsgruppen. Von den insgesamt 1127 mittags betreuten Kindern (Vorjahr 951) erhalten nur 520 Kinder (Vorjahr 458) in 26 Kindergärten (Vorjahr 24) ein Mittagessen.

Geburtenrückgang

Schwerpunkt der Mittagsbetreuung sind die Kindergärten im Stadtbereich Günzburg mit 260 Kindern (= 23 %) davon 195 (= 38 %) mit Mittagessen. Der Geburtenrückgang im Landkreis Günzburg hat sich auch im Jahre 2001 wieder deutlich fortgesetzt. Die Zahl der Kinder des Geburtsjahrgangs 2001 ist um 18 % (= 259 Kinder) niedriger als die für 1996.

Hans Joas

Facility Management:

Ganzheitliches Management rund um Gebäude

Für das Facility Management gibt es bisher in Deutschland keine eindeutige Definition. Der Deutsche Verband für Facility Management e.V. (GEFMA) versucht, dieses Vakuum durch Richtlinien auszufüllen.

Danach ist Facility Management „die Betrachtung, Analyse und Optimierung aller kostenrelevanten Vorgänge rund um ein Gebäude, ein anderes bauliches Objekt oder eine im Unternehmen erbrachte (Dienst-) Leistung, die nicht zum Kerngeschäft gehört“.

Dieser Ansatz lehnt sich sehr stark an Immobilien an und weist erhebliche Gemeinsamkeiten mit dem bekannten Gebäudemanagementbegriff auf.

In Erweiterung der bisherigen Praxis umfasst er darüber hinaus alle Gewerke, die gesamte Wertentwicklung sowie den gesamten Lebenszyklus. Er wendet sich von der bisherigen Sparten-(Bereichs-) Orientierung hin zu einer Prozeß-(Fluß-) Orientierung.

Zielsetzung

Durch konsequente Umsetzung des Facility Management-Ansatzes lassen sich der Nutzen durch die Infrastruktur, insbesondere der Immobilien, erhöhen und der Aufwand reduzieren.

Der Nutzen eines Gebäudes besteht darin, den Menschen, die darin leben und arbeiten, ein Höchstmaß an Schutz und Wohlbefinden zu geben, ihre Gesundheit zu bewahren und ihnen bestmögliche Arbeitsbedingungen zur Verfügung zu stellen.

Der Aufwand eines Gebäudes ist sein Bedarf an Ressourcen: Zeit (für Planung, Errichtung, Unterhalt, Werterhaltung), Kapital, Menschliche Arbeitskraft, Natur (für Grundstück, Baustoffe, Energie).

Im Vordergrund steht die Erwirtschaftung eines finanziellen Erfolgs, der Rendite und die Erhaltung der Gebrauchs- und Funktionstauglichkeit der Immobilie. Aus der ganzheitlichen Betrachtung aller Aspekte im Lebenszyklus eines Gebäudesystems und der Nutzung aller Synergien läßt sich ein Mehrwert für Investor und Nutzer schaffen. Der Mehrwert entsteht qualitativ aus höherer Produktivität des Wertschöpfungs- und Werterhaltungsprozesses und quantitativ durch Kostenreduzierung. Zusätzlich ist eine flexible Anpassung an die Markt-

bedürfnisse, die sich in einer klaren Kundenorientierung widerspiegelt, realisierbar.

Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten steht die Folgekostenbetrachtung von Investitionsentscheidungen, Gemeinkosteneinsparungen insbesondere durch Schaffung von Kostentransparenz und verursachergerechte Abrechnung der Kosten, z.B. durch Prozeßkostenrechnung, an erster Stelle. Durch Erkennen von Zusammenhängen und durch gezieltes Controlling (Kennwertermittlung, Benchmarking) lassen sich z.B. bei den Energie- und Instandhaltungskosten die Betriebskosten senken.

Praktische Einführung

Facility Management bedeutet einen interdisziplinären Denkansatz, Lösung komplexer Kommunikationsaufgaben, Teamarbeit, flexible und dynamische Organisationsstrukturen sowie den Bezug zum gesamten Lebenszyklus.

Damit erfordert Facility Management zuerst ein Umdenken: Die bisherige Organisation muss geändert werden; bislang erfüllte Aufgaben müssen anders als bisher erbracht werden. Für derartige Aufgaben bieten sich regelmäßig fremde Dienstleister (Outsourcing) an.

Neben den erforderlichen Überlegungen bezüglich einer hieraus eventuell resultierenden Aufgabe von eigenen Kompetenzen, spielt u.a. auch die Tatsache eine Rolle, dass es noch wenig professionelles Facility Management-Personal gibt.

Für die ganzheitlichen Aufgaben des Facility Management stehen heute in der Praxis noch nicht Generalisten, sondern überwiegend Spezialisten zur Verfügung. Auch die Vorstellung, nur über den Einsatz von EDV-Programmen, Facility Management einführen zu können, mag als Trugschluss enden.

In dieser Situation kann nur eine konsequente Umsetzung - eventuell unter Hinzuziehung von externen Beratern/Dienstleistern - sowie interne und externe Ausbildung und Qualifizierung auf allen Ebenen weiterhelfen.

Bayerisches Rotes Kreuz:

Rettungsdienst darf nicht Notfallpatient werden

1,85 Millionen mal waren die Rettungsdienst-Einsatzkräfte des Bayerischen Roten Kreuzes im vergangenen Jahr zur Sicherung und Rettung der Menschen in Bayern unterwegs. Das geht aus einer in München vorgelegten Bilanz der Landesgeschäftsstelle für die landesweit 25 BRK-Rettungsleitstellen im Jahr 2003 hervor. Die ehren- und hauptamtlichen Retter registrierten dabei einen leichten Rückgang um 2 Prozent gegenüber 2002. Der Rückgang um knapp 56.000 Fahrten im Krankentransport ist laut Klemens Reindl, Bereichsleiter Rettungsdienst in der Landesgeschäftsstelle, mit den Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen zu erklären.

Bei den einzelnen Notfall-Einsatzarten hingegen stellen die BRK-Retter für 2003 mit 611.507 Notfällen ein leichtes Plus von 1,8 Prozent fest. Nach wie vor stehen an der Spitze Einsätze aus internistischen Gründen wie zum Beispiel Schlaganfälle und Herzinfarkt-patienten.

Im Jahr 2003 waren es 257.520 Einsätze, was einer Zunahme von 3,1 Prozent entspricht. Unberücksichtigt bleiben in der bayerischen Rettungsdienst-Bilanz im übrigen die Einsätze der Landeshauptstadt München, die in einer eigenen Leitstelle Feuerwehr-

und Rettungsdienst koordiniert. Nach Rettungssparten sieht die Statistik wie folgt aus: Der Jahrhundertssommer bescherte der Bergwacht einen Rekordzuwachs von 30 Prozent bei 7.736 Einsätzen, der Wasserrettung ein Plus von 8 Prozent gegenüber 2002 bei 2.924 Einsätzen. Lediglich im Straßenverkehr gab es einen Rückgang um 1.020 auf insgesamt 59.369 Einsätze.

Krankentransporte

Nach wie vor ist trotz leichter Einbußen die Vermittlung von Krankentransporten der größte

Tätigkeitsbereich des BRK-Rettungsdienstes. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 880.892 Transporte von den Hilfsorganisationen abgewickelt. Nach Einschätzung von Klemens Reindl sorgte das sogenannte Gesundheitsmodernisierungsgesetz schon im November und im Dezember 2003 für einen Rückgang bei der Verordnung der Fahrten. Reindl zufolge bestanden bei Ärzten und Krankenhäusern hinsichtlich der Auslegung offenbar große Unsicherheiten.

Kein Notfallpatient

Nach Auffassung des BRK darf der Rettungsdienst nicht zum Notfallpatienten werden. Reindl appellierte an die Staatsregierung und die Krankenkassen, rasch eine finanzielle Lösung für den Ersatz überalterter Rettungsfahrzeuge zu finden.

Eine Neuregelung ist den Angaben zufolge nötig, weil die Staatsregierung im Zuge ihres Sparkurses Ausgaben von jährlich 9,5 Millionen Euro gestrichen hat. Diese Summe sei bislang für die Ersatzbeschaffung von Rettungswagen und Notarzt-Einsatzfahrzeugen an die Rettungsorganisationen gezahlt worden.

Nach Auffassung der Staatsregierung sollen künftig die Krankenkassen dafür aufkommen. „Wir glauben nicht daran, dass die Kassen das klaglos akzeptieren werden“, betonte Reindl. Die Rotstiftaktion der Staatsregierung gefährde letztlich Menschenleben, hieß es beim BRK.

Problem Schwebestand

„Unser Problem ist der Schwebestand, dass der Freistaat nicht mehr und die Kassen noch nicht zahlen“, bemerkte Reindl. Die Rettungsfahrzeuge müssten im Schnitt nach drei bis vier Jahren und spätestens bei einem Tachostand von 200.000 Kilometern ersetzt werden. Sonst sei das Risiko einer Panne zu groß, meinte der Experte. Der-



Aus aktuellem Anlass traf sich Landrat Dr. Karl Vogele mit Vertretern des Rettungsdienstes des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK). V.l.n.r.: Manfred Rupprecht, Leiter des Rettungsdienstes des Bayerischen Roten Kreuzes im Landkreis Augsburg, BRK-Kreisgeschäftsführer Günther Geiger, Thomas Rauch, Leiter der Rettungsleitstelle Augsburg, sein Stellvertreter Marco Bartholomä und Rainer Schaal, Abteilungsleiter für Öffentliche Sicherheit und Ordnung im Landratsamt Augsburg.

zeit stehen ca. 90 Rettungsdienst-Fahrzeuge zur dringenden Ersatzbeschaffung an.

Menschenleben werden nicht gefährdet

Unterdessen hat Innenminister Dr. Günther Beckstein den Vorwurf des BRK zurückgewiesen, die beabsichtigte Streichung der staatlichen Kostenerstattung für Notfallrettungsmittel gefährde Menschenleben.

Gerade auf Wunsch des BRK-Vizepräsidenten Dr. Markus Sackmann habe die Staatsregierung in ihren Gesetzentwurf eine Regelung aufgenommen, die klarstellt, dass die Investitionskosten, die künftig nicht mehr vom Freistaat Bayern bezahlt werden, ebenfalls gemäß Artikel 24 des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes den Benutzungsentsgelten, die die Sozialversicherungsträger zahlen müssen, zugrunde

zu legen sind. Bis in das zweite Quartal 2004 hinein werden laut Beckstein 95 Rettungsdienstfahrzeuge aus der Beschaffungsaktion 2003 an die Hilfsorganisationen ausgeliefert, die noch der Freistaat Bayern gezahlt hat. „Damit haben die Hilfsorganisationen ausreichend Zeit, die Finanzierung der nächsten Fahrzeugbeschaffung mit den Kassen zu klären. Hierzu bietet die für Mitte März terminierte Schiedsstellenverhandlung Gelegenheit“, so Beckstein.

Anruf einer Schiedsstelle

Die Schiedsstelle ist von den Hilfsorganisationen angerufen worden, nachdem im Dezember 2003 in der ersten und einzigen Verhandlung über die Entgelte für 2004, denen eine Kostenaufstellung von ca. 399 Millionen Euro zugrunde lag, gescheitert sind. **DK**

Feuerwehr Rosenheim:

Bayernweites Vorbild im Umweltschutz

Die Feuerwehr Rosenheim ist bayernweit die einzige, die ihr Handeln den hohen Anforderungen der Öko-Audit-Verordnung unterwirft. Im Sommer vergangenen Jahres hat sie sich erneut von einem Umweltgutachter prüfen lassen und nunmehr eine Umwelterklärung herausgegeben.

Umweltschutz ist für die Feuerwehr Rosenheim schon immer eine Herzensangelegenheit gewesen. Ihre Umweltpolitik enthält folgende Zielsetzungen: Die Einhaltung der rechtlichen Anforderungen ist eine Selbstverständlichkeit.

Die Feuerwehrleute sollen so gefördert werden, dass sie auch im Umweltbereich alle Kenntnisse besitzen, die zur Ausführung ihrer Tätigkeit notwendig sind.

Bei der Beschaffung, beim Umgang und bei der Entsorgung aller Betriebsstoffe wird auf größtmögliche Umweltverträglichkeit geachtet.

Die FW Rosenheim will ihr Verhalten im Umweltschutz laufend überprüfen und ihre Umweltschutzleistungen kontinuierlich verbessern.

Speziell beim Energie- und Wasserverbrauch sowie beim Abfallaufkommen sollen durch organisatorische und technische Maßnahmen Verbesserungen erzielt werden.

Damit die systematischen Regelungen, die im Rahmen des Umweltmanagements eingeführt wurden, auch künftig beachtet und umgesetzt werden, wurden diese in einem Umwelthandbuch niedergeschrieben. Zudem wurde ein Beauftragter der obersten Leitung als Hauptverantwortlicher für den Umweltschutz im Hause benannt, ebenso Beauftragte für Abfall, gefährliche Stoffe und Energie auf freiwilliger Basis.

Was die mit dem Feuerwehrbetrieb verbundenen Umweltauswirkungen in den Jahren 1999 bis 2002 anbelangt, so ist es der Feuerwehr Rosenheim bis zum Jahr 2001 gelungen,

den Energieverbrauch um annähernd 25 Prozent zu senken. Eine Reduzierung anfallender Emissionen soll durch eine schrittweise Modernisierung des Fuhrparks erreicht werden.

Mittelfristig wird eine Verkleinerung des Fuhrparks durch den Einsatz von Wechselladern angestrebt. Auf diesen Wechselladern können je nach Bedarf verschiedene technische Geräte montiert werden. Dadurch wird nicht mehr für jedes Gerät ein eigenes Fahrzeug benötigt. Der erste Schritt dazu wurde durch die Beschaffung eines Trägerfahrzeuges und der Beauftragung zweier Abrollcontainer getan.

Strikte Trennung

Stichwort Abfall: Um die Menge an Restmüll auf ein Mindestmaß zu reduzieren, führt die Rosenheimer Feuerwehr eine strikte Trennung der verschiedenen Müllfraktionen durch. Hersteller und Lieferanten sind angehalten, Mehrwegverpackungen zu benutzen bzw. alte Umverpackungen zurückzunehmen.

Damit die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr aufrechterhalten werden kann, ist es notwendig, dass gewisse Betriebsstoffe zum Einsatz kommen, die als gefährliche Stoffe eingestuft sind. Diese Stoffe - dazu gehören Reinigungsmittel, Diesel oder Benzin - werden ordnungsgemäß gelagert. Als laufende Maßnahme erfolgt die Umstellung auf lösungsmittelfreie Farben. Regelmäßig wird geprüft, ob die verwendeten Produkte durch umweltfreundlichere Mittel ersetzt werden können. **DK**



Kreisbrandrat Georg Anzenhofer (Zweiter von links) und Landrat Dr. Karl Vogele (Dritter von links) freuen sich über die hochmoderne Wärmebildkamera, die ihnen Helmut Steck (rechts, Versicherungskammer Bayern) und Günter Gamsreiter (links, Herstellerfirma MSA Auer GmbH) zum zehnjährigen Bestehen des Kreisfeuerwehrverbandes im Landkreis Augsburg überreichten. Bild: Walter Kleber

Landkreis Augsburg:

Neue Wärmebildkamera für Feuerwehren

Landkreis Augsburg (wkl). Ein wertvolles Geschenk, das auch in der Lage ist, Menschenleben zu retten, bekamen die Feuerwehren im Augsburger Land von der Versicherungskammer Bayern: Zum zehnjährigen Bestehen des Kreisfeuerwehrverbandes (KFV) überreichten Helmut Steck (Versicherungskammer Bayern) und Günter Gamsreiter (Herstellerfirma MSA Auer GmbH) eine weitere Wärmebildkamera an Landrat Dr. Karl Vogele und Kreisbrandrat Georg Anzenhofer.

„Damit können Menschen auch in völlig verqualmten Räumen aufgespürt und gerettet werden!“ erläuterte Kreisbrandrat Georg Anzenhofer die Vorteile der modernen „Wunderwaffe“ unter extremen Bedingungen bei der Brandbekämpfung.

Vielfältige Möglichkeiten

Doch allein in der schnellen Menschenrettung erschöpfen sich die Möglichkeiten des High-Tech-Gerätes mit den Röntgenaugen noch lange nicht: Brandherde, Schwelbrände, versteckte Glutnester in Fehlböden, Dehnungsfugen, Isolierungen und Hohlräumen können damit von den Floriansjüngern aufgefunden werden. Die handliche, rund 14500 Euro teure Spezialkamera ist ungefähr so groß wie eine gewöhnliche Videokamera. Mit der neuen Kamera sind im Landkreis Augsburg jetzt insgesamt vier Wärmebildkameras verfügbar: zwei Geräte sind zentral bei der Feuerwehrinspektion angesiedelt, zwei weitere Kameras sind für

den Landkreis-Norden bei der Feuerwehr in Gersthofen und für den südlichen Landkreis bei der Schwabmünchner Feuerwehr stationiert.

Wichtige Dienste

Georg Anzenhofer: „Wärmebildkameras leisten auch bei Verkehrsunfällen wichtige Dienste. Wenn etwa nach nächtlichen Verkehrsunfällen Personen gesucht werden müssen, die aus dem Fahrzeug geschleudert wurden und - eventuell schwer verletzt - im Wald oder in einer Wiese liegen. Selbst bei völliger Dunkelheit oder in verqualmten Räumen liefert die Kamera noch scharfe Bilder. Ein warmer Körper oder Gegenstand hebt sich als helle Silhouette von der dunklen, weil kühleren Umgebung ab.“

Die neue Wärmebildkamera kann von allen Feuerwehren im Landkreis angefordert werden. Sie ist im Einsatzwagen des Kreisbrandrates, der bei allen größeren Einsätzen selber vor Ort ist, stationiert. **DK**

Bayerns Gartenfreunde sorgen für Wachstum

Der Gartenbau verzeichnet einen deutlichen Wachstumsschub. So hat sich, wie Landwirtschaftsminister Josef Miller bei der Messe „Garten München“ auf dem Münchner Messegelände verkündete, allein in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres der private Verbrauch an Blumen und Pflanzen um vier Prozent gesteigert.

Dabei haben es den Hobbygärtnern vor allem Pflanzen und Stauden angetan: Bei Topfpflanzen ist ein Zuwachs von rund vier Prozent zu beobachten, bei Beet- und Balkonpflanzen beträgt die Steigerung acht, bei Stauden sogar zehn Prozent. Bei Schnittblumen sank der Umsatz um rund vier Prozent.

Ein wichtiger Wirtschaftszweig

Von der gesteigerten Nachfrage, vor allem bei den Stauden, profitieren nach Millers Angaben auch die bayerischen Gärtnereien, trotz der Konkurrenz branchenfremder Anbieter. Schätzungen zufolge werden derzeit pro Kopf und Jahr etwa 80 Euro für Pflanzen und Stauden ausgegeben. Vor 15 Jahren waren es noch 70 Euro. Allein in Bayern gibt es über zwei Millionen Gartenbesitzer, die rund 80.000 Hektar bewirtschaften. Mit einem Produktionswert von rund 1,4 Milliarden Euro pro Jahr ist der Gartenbau in Bayern ein wichtiger Wirtschaftszweig.

Berufliche Perspektiven

In den rund 8.500 mittelständischen Gartenbaubetrieben sind rund 32.000 Mitarbeiter beschäftigt, im Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau arbeiten rund 10.000 Beschäftig-

te. Besonders erfreulich ist nach den Worten des Ministers, dass die Branche 2.500 Auszubildenden eine berufliche Zukunftsperspektive bietet.

Gerade für den Mittelstand ist laut Miller die „Garten München“ ein wichtiger Impulsgeber, der die Stellung des heimischen Gartenbaus stärkt, weil er die Vielfalt bayerischer Produkte zeigt. Der Minister begrüßte es daher, dass der Messe heuer mit 20.000 Quadratmetern doppelt so viel Ausstellungsfläche zur Verfügung stand wie in den vergangenen Jahren. **DK**

Saubere Luft in den Städten

Um die Abgase der acht Millionen Diesel-Altfahrzeuge in Deutschland zu reinigen, macht sich Umweltminister Werner Schnappauf für umgehende finanzielle Anreize zur Nachrüstung von Rußfiltern stark. Schnappauf: „Um die Luftqualität schnell zu verbessern, muss bei den Altfahrzeugen rasch etwas passieren. Rußpartikel gelten als krebserregend.“ Nach den Worten des Ministers drängt Bayern zusammen mit den unionsgeführten Bundesländern, dass die Bundesregierung umgehend ein Partikelfilter-Nachrüstprogramm für Dieselfahrzeuge auf den Weg bringt. **DK**

Landesfeuerwehrverband Bayern:

Drastischer Sparkurs löst massiven Alarm aus

Klausurtagung in Wildbad Kreuth mit Innenminister Günther Beckstein

„Feuerwehr gestern - heute - morgen, oder: Was ist dem Staat der Schutz und die Sicherheit unserer Bürger morgen noch wert?“ lautete das Thema einer Klausurtagung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern in Wildbad Kreuth. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Vertretern des Innenministeriums, allen voran Staatsminister Dr. Günther Beckstein, wurden akute Themen beraten und Lösungsansätze erarbeitet.

Themen wie Zuschusswesen, die Einsparungen der Bayerischen Staatsregierung, die Hilfsfrist, die Feuerwehrbedarfsplanung, der Sachstand zur Integrierten Leitstelle und schließlich die Frage, ob der Kreisbrandrat künftig hauptamtlich oder weiterhin ehrenamtlich tätig ist, brannten den Führungskräften unter den Nägeln.

Feuerschutzsteuer

Im Bereich der Förderung von Feuerwehrfahrzeugen und Geräteräumen aus der zweckgebundenen Feuerschutzsteuer

wird die Staatsregierung 3,5 Mio. Euro einsparen. Rechnet man noch die 1,5 Mio. Euro hinzu, die aus dem Sicherheitspaket in den Haushalt 2005 verschoben werden, fehlen rund 9,4 Prozent an Fördermitteln, die 2004 nicht an die Kommunen ausgeschüttet werden können.

Erhebliche Kürzung

„Dies ist fast die vierfache Kürzung gegenüber der am Anfang 2004 beschlossenen 2,5 Prozent Einsparungen“, kritisierte Landesverbandsvorsit-

zender Alfons Weinzierl, Dinsgolfing. Es gehe hier nicht nur um die Ausstattung der Feuerwehren Bayerns, sondern vielmehr um den Sicherheitsstandard, den die bayerische Bevölkerung genießt, warnte Weinzierl vor möglichen Folgen der Sparpolitik. Innenminister Beckstein bedauerte die notwendigen Einsparungen und hofft, dass im Doppelhaushalt 2005/06 die Feuerschutzsteuer wieder im vollen Umfang den Kommunen für Förderungen zur Verfügung steht.

Zuschussanträge auf Eis

Ein weiterer Brennpunkt ist, dass aktuell anstehende Zuschussanträge im Februar auf Eis gelegt wurden. Das heißt, die Kommunen haben Mittel zur Beschaffung von Feuerwehrausrüstung in ihren Haushalten und können die Beschaffungen nicht umsetzen, weil ihnen die Zusage zur vorzeitigen Beschaffung verwehrt wird. Nach Aussage des Innenministeriums soll hier ein Antragsstau von mehreren Jahren abgebaut werden. Zuschussauszahlungen in Höhe von 106 Mio. Euro, bei einem Zuschussatz von jährlich ca. 38 Mio. Euro, stehen noch an. Es laufen Überlegungen, von Einzelförderungen abzugehen und generell auf eine Pauschalzuschussung umzustellen.

Für gerechten Schlüssel

„Der Landesfeuerwehrverband steht einer Verwaltungsvereinfachung nicht im Wege, aber die Zuschüsse müssen nach einem gerechten Schlüssel verteilt werden“, betonte Weinzierl. Dadurch soll erreicht werden, dass die Zuschüsse an Kommunen zeitnah ausgezahlt werden und keine Wartezeiten

ler dafür ein, die Fahrzeuglänge um 60 Zentimeter zu erhöhen, ohne Abstriche an der Ladelänge hinnehmen zu müssen. Dafür müsste die Gesetzgebung allerdings die erlaubte Lastzuglänge um dieses Maß erhöhen.

Trend zu automatisierten Schaltgetrieben

Bei den Getrieben geht der Trend zu automatisierten Schaltgetrieben mit beispielsweise 12 Gängen und ohne Synchronisierereinrichtung. Die Schaltung wird elektronisch über die Motor- und Getriebesteuerung vorgenommen. Diese Getriebe haben den Vorteil, dass auch weniger geübte Fahrer sofort mit dem Lkw zurecht kommen (bei Springern in der Spedition) und der Fahrer sich im dichten Verkehr in Innenstädten voll und ganz auf die Verkehrssituation konzentrieren kann und nicht durch zahlreiche Schaltvorgänge abgelenkt wird. Außerdem lässt sich mit diesem Getriebe ein geringerer Kraftstoffverbrauch erzielen, was sich positiv auf die Kostenstruktur auswirkt.

Gestaltung des Arbeitsplatzes

Potenziale wurden und werden weiterhin erschlossen durch Innovationen im Bereich „Entlastung des Fahrers“. Das gilt vor allem für Elektronik, Servo-Unterstützung und Automatisierung, aber auch für die Gestaltung des Lebensraums „Arbeits-

bis zur Zuschussauszahlung über Jahre mehr entstehen. Beckstein plant, bis zur Sommerpause des Landtages eine Übergangslösung zu erarbeiten, so dass anstehende Beschaffungen vor möglichen Haushaltssperren umgesetzt werden können.

Zeitverzug bei Integrierten Leitstellen

Zeitverzug gibt es bei der Umsetzung der Integrierten Leitstellen. Erst in zwei Rettungsdienstbereichen, Regensburg und Würzburg, hat es Betreiberentscheidungen gegeben. Wie Minister Beckstein erklärte, ist es weiterhin ein „zentrales Anliegen“ der Bayerischen Staatsregierung, den Aufbau der Integrierten Leitstellen schnellstens umzusetzen. Er bedauerte die „äußerst zähe Umsetzung“ und hoffe auf eine Initialzündung, wenn die ersten Leitstellen laufen. Von Seiten des Landesfeuerwehrverbandes wurden Bedenken geäußert, dass z. B. verursacht durch das Konnexitätsprinzip, Personalqualifikationen in jedem Zweckverband festgeschrieben werden sollen und nicht durch eine Verordnung durch das Innenministerium festgelegt werden. Hierdurch können unterschiedliche Qualitätsmerkmale in den Leitstellen entstehen. Zur Zeit werden Anforderungsprofile an Technik und Ausstattung erarbeitet und in Pflichtheften umgesetzt.

Bestehende Strukturen beibehalten

Beckstein sprach sich dafür aus, bestehende Strukturen der Feuerwehren in Bayern beizubehalten. Er erteilte ein klares „Ja“ zum Erhalt von Ortsteilfeuerwehren, die durch das künftige Zuschusswesen nicht benachteiligt werden dürfen. Auch die zehnmündige Hilfsfrist soll künftig Planungsgrundlage sein.

In acht Projektgruppen wurden abschließend Lösungsansätze zu den angesprochenen Themen erarbeitet, die Grundlage bei künftigen Gesprächen im Innenministerium sein werden. **DK**

platz“. Am Ende des Tages soll die Arbeit und nicht der Fahrer erledigt sein.

Innovationen

Innovationen in diesem Bereich finden sich auch hier wiederum beim Thema Sicherheit. Dies betrifft nicht nur elektronische Assistenzsysteme, sondern auch ein verbessertes Fahrverhalten, etwa durch einen mit CAD, FEM und iterativ im Versuch hinsichtlich Torsion und Biegesteifigkeit optimierten Fahrzeugrahmen, bei dem auch der Einfluss der Anbindung und die Art des Hilfsrahmens der aufgebauten Werkskipprücke berücksichtigt wurde.

bauma größer als je zuvor

In den Hallen und auf dem Freigelände der Neuen Messe München werden vom 29. März bis 4. April 2004 die neuesten Produkte der internationalen Bau- und Baustoff- und Bergbaumaschinenindustrie präsentiert. Die Messe München GmbH stellt für die Weltmesse bauma rund 500.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche zur Verfügung. Damit ist die bauma größer als jemals zuvor. Neu auf der bauma ist der geschlossene Auftritt der Hersteller von Bergbaumaschinen in der bauma mining. Zur bauma + mining 2004 wurden insgesamt bereits mehr als 2.600 Aussteller aus 45 Ländern registriert, im Jahr 2001 waren es 2.341 Aussteller aus 42 Ländern. **DK**

Landkreis Lichtenfels beschafft Feuerwehrdrebleitern

Der Landkreis Lichtenfels investiert in die Sicherheit seiner Bürger und beschafft zwei neue Drebleitern für die Feuerwehren im Landkreis. Einstimmig hat der Kreisausschuss die Ersatzbeschaffung von zwei Feuerwehr-Drebleitern-Fahrzeugen DLK 23-12 beschlossen.

Das Investitionsvolumen für beide Fahrzeuge beträgt rd. 1.060.000 Euro. Vom Freistaat Bayern wird eine Förderung von rund 322.000 Euro erwartet. Damit werden die rund 25 Jahre alten Leitern ersetzt durch leistungsfähige neue Drebleitern, die den gewachsenen Anforderungen der letzten Jahrzehnte Rechnung tragen. Aufgrund der großen baulichen Veränderungen im Landkreis sind die Anforderungen an die Feuerwehren erheblich gestiegen.

Auch ein Blick auf die Einsatzzahlen der Feuerwehren belegt, dass mit 274 Brandeinsätzen im Jahr 2003 ein Höhepunkt seit den letzten 5 Jahren erreicht wurde. „Wer optimale Hilfe erwartet, muss auch die entsprechenden Geräte zur Verfügung stellen. Dass die Feuerwehrkameradinnen und -kameraden ihre Aufgabe dann ehrenamtlich dazu verrichten, ist nicht hoch genug anzurechnen“, so Landrat Leutner. „Mit diesem Votum ist für Jahrzehnte wieder eine zukunftsorientierte Entscheidung getroffen.“

Symposium zur Notfallmedizin

Bei einem Fachsymposium für Notfallmedizin „RESCU 04“ in Amberg verwies Innenstaatssekretär Georg Schmid darauf, dass „wenn die im Gesetzgebungsverfahren befindliche Streichung der Kostenerstattung für Rettungsfahrzeuge vom Bayerischen Landtag beschlossen wird, die Durchführenden des Rettungsdienstes künftig die Kosten über die Benutzungsentgelte refinanzieren können“.

Dabei machte Georg Schmid deutlich, dass die angespannte Finanzsituation die Streichung der staatlichen Kostenerstattung erforderlich macht. In fast allen anderen Bundesländern erfolge die Fahrzeugkostenerstattung bereits überwiegend durch die Sozialversicherungsträger.

Staatliche Kostenerstattung

Der Gesetzesentwurf sieht ab dem 1. April 2004 den Wegfall der staatlichen Kostenerstattung für Krankenkraftwagen für die Notfallrettung wie Rettungstransport-, Notarzt- und Intensivtransportwagen sowie für Not-

arzteinsatzfahrzeuge, Transportinkubatoren und für Fernmeldegeräte in der Notfallrettung in Höhe von jährlich rund 9,5 Millionen Euro vor.

Erhebliche Beiträge

Laut Schmid ist die Kostenerstattung in der Berg- und Wasserrettung, die überwiegend durch ehrenamtlich Tätige erfolgt, von der vorgesehenen Streichung nicht berührt. Auch der Neubau der integrierten Leitstellen für die Alarmierung von Rettungsdienst und Feuerwehr werde staatlich mit erheblichen Beiträgen finanziert. **DK**

Nutzfahrzeuge auf der bauma + mining 2004

Höhere Anforderungen an die Sicherheit

Die Nutzfahrzeugbranche hat in den letzten Jahren viele technische Potentiale ausgereizt und ausgereifte Innovationen auf den Markt gebracht. Vieles davon ist bereits auf der bauma 2004 und der bauma mining in München zu sehen. Gibt es darüber hinaus noch weitere Visionen, die ein noch höheres Maß an Einsatzflexibilität ermöglichen, um allen Kundenwünsche so weit wie möglich gerecht zu werden? Auch hier wird die bauma 2004 dem interessierten Fachbesucher Antworten geben.

So finden sich Innovationen beim Bau-Lkw im Detail und im Verborgenen. Eine Innovation im Detail ist beispielsweise die Schrägverzahnung der Planetengetriebe von AP-Achsen. Die Vorteile: Geringere Geräuschentwicklung und eine spürbare Verbrauchssenkung. Eine weitere Innovation ist z.B. auch die Verwendung höherwertiger oder neuer Werkstoffe. Eine Innovation im Verborgenen ist beispielsweise ein vier Meter kürzerer Bremsweg mit elektronischem Bremssystem - im Vergleich zum klassischen, rein pneumatischen Bremssystem.

Vom Generalisten zum Spezialisten

Auch beim Bau-Lkw ist eine Entwicklung vom Generalisten zum Spezialisten zu erkennen. Die Entwicklung äußert sich in den nach Aufgabe, Einsatzgebiet und geographischer Region diversifizierten Grundmerkmalen des Lkws. Diese Merkmale sind im wesentlichen Antriebsformel, Motorleistung, Tonnage im Kontext mit Eigengewicht, Bauhöhe, Radstand, Systemorientierte Vorbereitung für bestimmte Aufbauten und Federung.

Vielfalt an Maschinen

Als Beispiel sei das 6x2-Fahrzeug genannt, das mit zwillingsbereifter, liftbarer und entlastbarer Nachlaufachse dem Abrollkipper erhöhte Standfestigkeit und Traglast insbesondere beim Aufnehmen des vollen Behälters verleiht. Ein weiteres Beispiel ist die Vielfalt an Kipp-sattelzugmaschinen allein in den Parametern Federung (BL= Blatt-Luft, BB= Blatt-Blatt) und Antrieb: 4x2 BL, 4x4 BL, 6x4 BL, 6x6 BL, 4x2 BB, 4x4 BB, 6x4BB, 6x6 BB. Nicht beachtet sind hier weitere Freiheitsgrade wie Bauhöhe bei 4x2 und 6x4. Vorteil ist die Wahlmöglichkeit des jeweils optimalen Systems für die spezifizierten Anforderungen.

Die gesamte Nutzfahrzeugbranche plädiert für höhere Lastzuggewichte und eine größere Lastzuglänge, um den Anforderungen an das Transportaufkommen in den nächsten Jahren gerecht zu werden. Das bedeutet, dass die EU über die Einführung von 60 Tonnen Gesamtzuggewicht auf den europäischen Hauptstrecken nachdenken sollte. (Derzeit sind maximal 40 Tonnen erlaubt). Ferner sollte die erlaubte Länge von Lastzügen auf 25,25 Meter klettern (derzeit ist bei maximal 18,75 Meter Schluss). Dadurch könnten zwei Lastzüge die gleiche Menge Gütern transportieren, für die heute noch drei Sattelzüge notwendig sind.

Höhere Anforderungen

Dieses Szenario muss die Straßen und Autobahnen nicht zwangsweise unsicherer machen. In Zusammenhang mit 60-Tonnen- und 25,25-Meter-Zügen könnten höhere Anforderungen an die Sicherheit erhoben werden. Hier wäre beispielsweise der Einbau eines elektronischen Stabilitätsprogramms (ESP) und elektronisch geregelter Scheibenbremsen Voraussetzung.

Roter Faden Sicherheit

Sicherheit ist das entscheidende Stichwort - es zieht sich wie ein roter Faden durch Innovationen, Weiterentwicklungen und Visionen im gesamten Nutzfahrzeugbereich. Aktuelles Beispiel ist der vordere Frontunterfahrschutz, er wird seit einiger Zeit serienmäßig angeboten. Dieser kontrolliert verformbare Unterfahrschutz hilft, bei einer Kollision zwischen Pkw und Lkw Leben zu retten. Studien haben ergeben, dass bis zu 800 Menschenleben jährlich gerettet werden könnten, wenn für diesen Frontunterfahrschutz zusätzliche Zentimeter an Baureaum vorhanden wären. Deshalb setzen sich einige Herstel-

Landkreisausstellung „WIR 2004“:

Zeichen setzen gegen wirtschaftliche Mutlosigkeit

Über 370 Aussteller und 52022 Besucher - Zahlreiche Sonderschauen

Dillingen (jdt). Geradezu als ein Musterbeispiel für die von der Regierung von Schwaben zielbewusst geförderte „Interkommunale Zusammenarbeit“ musste Regierungspräsident Ludwig Schmid, Augsburg, die Landkreisausstellung „WIR 2004“ empfinden. Er fand für die neuntägige Wirtschafts-, Informations- und Regionalausstellung im Dillinger Donaupark Worte besonderer Anerkennung. Bei der „WIR“ wurden ganz offensichtlich Wege in die Zukunft verknüpft, wie diese von Ludwig Schmid als Antworten auf Herausforderungen kommenden Jahre und Jahrzehnte aufgezeigt werden.

Bei einer Tagung für Kommunalpolitiker aus ganz Schwaben in Augsburg hatte der Regierungspräsident den „Ausbau von Kooperationen in allen Bereichen“ und Gemeinde-Allianzen als vorrangige Aufgabe genannt.

Eigenes Profil

Von der Schirmherrin, Staatsministerin Beate Merk, bis hin zu Landrat Anton Dietrich wurde der Zusammenarbeit bei der Organisation der „WIR“ ein spezielles Lob gezollt. Die Überwindung früherer Vorbehalte habe sich nicht nur für den Gastgeber Dillingen, sondern auch für Lauingen, Höchstädt und Holzheim (Aschberg-Gemeinden) gelohnt. Bewährt hat sich, dass strikt darauf geachtet wurde, dass jede Kommune mit den beteiligten Wirtschaftsvereinigungen im Gesamtrahmen das ganz eigene und dann auch herausragend gestaltete Ausstellungsprofil bekommt.

Vielseitige Unterstützung

Mit einem „herzlichen Vergelt's Gott“ an alle, die „zum Gelingen dieser erlebnisreichen Ausstellungstage beigetragen haben“, dankten die Veranstalter der „WIR 2004“. Herausgestellt wurde von den Vorsitzenden der Wirtschaftsvereinigungen, Dr. Matthias Schneider (Dillingen), Joachim Powalowski (Lauingen), Hans Roch (Höchstädt) und Georg Straubinger (Aschberg), der Landkreis habe ein „Zeichen gesetzt gegen die wirtschaftliche Mutlosigkeit“. Für Unterstützung galt ein

Ingolstadt:

Auszeichnung für städtischen Internetauftritt

Einen hervorragenden vierten Platz belegte der Internetauftritt der Stadt Ingolstadt in der kürzlich erschienenen Studie „Internetauftritte deutscher Städte“ der Fachhochschule Münster. Im Rahmen dieser umfangreichen Untersuchung wurden die Internetauftritte von 122 deutschen Städten auf Herz und Nieren getestet. 223 Kriterien - so viel wie noch nie zuvor in einer Städteuntersuchung - wurden überprüft.

In den Rubriken „Stadtinformation/Tourismus“, „Bürgerinformation und -service“, „Politik und Kommunikation“ sowie „Wirtschaft“ bewerteten Prof. Dr. Schengber und Prof. Dr. Multhaupt von April bis November 2003 die Portale deutscher Kommunen nach detaillierten Kriterien.

Ingolstadt erreichte in allen Bereichen sehr gute Bewertungen und landete in der Gesamtbewertung gleichauf mit Stuttgart, hinter Hannover, Bremen und Bremerhaven als beste bayerische Stadt auf Rang 4.

Damit positionierte sich Ingolstadt mit erreichten 249 von 273 Punkten klar vor anderen

besonderer Dank den nach endgültiger Bilanz über 370 Ausstellern und 50 022 Besuchern.

„Pflanzen der Bibel“

Gewürdigt wurden u.a. die vielen attraktiven Sonderschauen, allen voran „Pflanzen der Bibel“, das Engagement der Deutsch-Italienischen Gesellschaft, des BBV, des Amtes für Landwirtschaft Wertingen, aber auch der Kreisvereinigung der Jägerschaft, der Sportfischervereinigung, des Bundes Naturschutz, des Forstamtes und der Forstbetriebsgemeinschaft. Der Landkreis bewies sich erneut als leistungsstarke Region.

Für die erfolgreiche und rei-

nungslose Organisation der „bisher besten Ausstellung“ (Dillingens Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl) dankten die Wirtschaftsvereinigungen der Messeorganisation Josef Werner Schmid, Mörslingen. Verbunden waren damit viele Glückwünsche für die junggebliebenen Großeltern Josef Werner und Magdalena Schmid. Ihnen wurde während der „WIR 2004“ der vierte Enkel geboren, Josef Georg. Es ist nach der Tochter Alisia das zweite Kind der glücklichen Eltern, Josef Albert und Sylvia Schmid.

Positive Signale der Aussteller

Positive Signale gab es zum Abschluss der „WIR 2004“ von den Ausstellern, von denen viele ihr „Wiederkommen“ ankündigten. Über den Zeitraum der Landkreisausstellung hinaus sei die erfreuliche Fernwirkung einer solchen Regionalmesse nicht zu unterschätzen.



Die vier fränkischen CSU-Bezirksvorsitzenden Joachim Herrmann, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, Staatsminister Dr. Günther Beckstein, Michael Glos, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und Staatsminister Dr. Werner Schnappauf gemeinsam mit Landtagsvizepräsidentin und stellvertretender CSU-Vorsitzender Barbara Stamm.

Foto: Sabine Wiesinger

Fränkische CSU-Bezirksvorstandschäften:

Formulierung gemeinsamer Interessen

Schweinfurt (pmw). Bei der ersten gemeinsamen Zusammenkunft der vier fränkischen Bezirksvorstandschäften der CSU in Schweinfurt ging es vor allem um die Formulierung gemeinsamer Interessen gegenüber der rot-grünen Bundesregierung, die die ländlichen Räume sträflich vernachlässigt und Bayern bewusst benachteiligt.

Die wirtschafts- und beschäftigungsfeindliche Politik von SPD und Grünen in Berlin führe zu immensen Steuerausfällen und steigenden Sozialausgaben, was viele Kommunen an den Rand des Ruins treibe. Als wesentlichen Baustein für Wachstum und Beschäftigung bezeichneten die fränkischen CSU-Politiker die Investitions-

Großstädten und „Internet-Ikonen“ wie Berlin (240), Hamburg (239), Dortmund (200), Düsseldorf (215), Frankfurt/M (202) und München (222).

Berücksichtigt man, dass die Internetauftritte vieler deutscher Metropolen mit teilweise erheblichen finanziellen und personellen Mitteln sowie nicht selten unter Beteiligung von Top-Agenturen erstellt werden, so darf dieses Ergebnis eines kleinen Teams der Stadtverwaltung mit knappen Budget durchaus als Sensation gewertet werden. **DK**

kraft der Gemeinden, welche aber unter der rot/grünen Chauspolitik enorm leide.

Investitionen und Infrastrukturen

Franken brauche Investitionen und moderne Infrastrukturen: Gefordert wurde u.a. der zügige Ausbau der Verkehrswege in Nordbayern mit entsprechenden Anbindungen auch an den osteuropäischen Raum. Ferner ging es um die Positionierung der fränkischen Hoch- und Fachhochschulen im europäischen Wettbewerb, um Risiken und Chancen der EU-Osterweiterung und die Verwaltungsreform in Bayern.

Um die zu treffenden Vorbereitungen für die Europawahl am 13. Juni ging es bei einem ausführlichen Meinungsaustausch mit CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder und Spitzenkandidat Dr. Ingo Friedrich. **DK**



In der Sonderschau von „Donautal Aktiv“ gab es bei der Landkreisausstellung „Wir 2004“ in Dillingen schmackhafte Kostproben aus der Region (von rechts): Landrat Dr. Anton Dietrich, Dillingen, Staatsministerin Dr. Beate Merk, Landrat Stefan Rössle, Donau-Ries, Bürgermeister Leo Schrell (Vorsitzender von Donautal Aktiv), Regierungspräsident Ludwig Schmid. Bild: -jdt-

Regionaler Planungsverband Main-Rhön:

Landrat Handwerker neuer Vorsitzender

Bei der jüngsten Sitzung des Regionalen Planungsverbandes Main-Rhön ist eine Epoche zu Ende gegangen: Der Verbandsvorsitzende, Altlandrat Fritz Steigerwald (Rhön-Grabfeld), übergab nach 14 Jahren den Vorstandsstab an seinen Nachfolger Landrat Rudolf Handwerker (Hassberge). Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner, der bereits bei der Wahl Steigerwalds als Vertreter der Staatsregierung dabei war, würdigte die Verdienste des Altlandrats und nahm dessen Verabschiedung vor.

Rudolf Handwerker steht nun einer Region von 455.000 Einwohnern vor. Schweinfurts Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser fungiert als dessen Stellvertreterin. In geheimer Wahl wurden beide Kandidaten mit einer überragenden Mehrheit von 99,1 Prozent gewählt.

Wahlergebnisse

Die stimmberechtigten Verbandsräte hatten dabei mehrere Stimmen zur Verfügung. Zudem wurde durch Beschluss Bürgermeister Clemens Behr aus Bad Königshofen an Stelle von Dr. Fritz Steigerwald als ordentliches Mitglied in den regionalen Planungsausschuss berufen. Bürgermeister Josef Demar aus Großbardorf vertritt Clemens Behr.

Ehregast Hans Spitzner

Als Ehregast nahm der Bayerische Staatssekretär für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Hans Spitzner, an der Versammlung teil. Bereits 1990 konnte er bei der Verbandsversammlung in Oberelsbach anlässlich der Verabschiedung des damaligen Vorsitzenden Landrat Walter Keller, Dr. Steigerwald zum Verbandsvorsitzenden gratulieren. Wie Spitzner ausführte, hat sich von damals bis heute die Welt in der Region verändert. Aus dem Zonenrandgebiet wurde die Region zum Kernraum Europas. Aus der Grenzöffnung ergaben sich neue Rahmenbedingungen und Herausforderungen.

Arbeitsgrundlage

Laut Spitzner waren die Voraussetzungen in der Region gut. Die Förderung des Grenzlandes und der strukturschwachen Gebiete sei stets ein herausragendes Anliegen der Bayerischen Staatsregierung gewesen. Die Landes- und Regionalplanung war jedoch nach der Grenzöffnung besonders gefragt. Ein Landschaftsentwicklungs-konzept „Hauptinitiator Dr. Fritz Steigerwald“ wurde 1995 erstmals ins Auge gefasst. Dieses dient als Ar-

beitsgrundlage in Sachen Naturschutz, Ökologie und landwirtschaftliche Entwicklung auf regionaler Ebene.

Meilenstein A71

Ein weiterer wichtiger Meilenstein für die künftige Entwicklung ist der Bau der Autobahn A71. Mit der verbesserten Standortgunst werden die Chancen steigen, neue Unternehmen in der Region anzusiedeln. „Weitsicht und Gespür für die Region, sowie eine lange Amtsperiode als Basis für Kontinuität in der Verbandsarbeit“ bescheinigte der Staatssekretär dem scheidenden Vorsitzenden Dr. Steigerwald: „Er hat sich mit der Regionalplanung identifiziert und es war ihm eine Herzensangelegenheit, die Heimat auf dem Weg der Wiedervereinigung voranzubringen. Ihm gebührt unser aller Dank und Anerkennung.“

Tatkräftiger Vorgänger

Auch Unterfrankens Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer hatte viele herzliche Worte für Steigerwald übrig, „einen Mann, der immer mit Einsatz- und Tatkraft dort war, wo er gebraucht wurde“. Beinhofer zeigte sich aber auch überzeugt, dass der neue Mann an der Spitze mit viel Herzblut die Aufgabe angehen und die derzeit laufenden Projekte zu Ende bringen wird. „Und sicherlich“, so Beinhofer, „wird Handwerker mit seinen Visionen auch im Planungsverband Main-Rhön etwas bewegen.“ **DK**

Neuer Bürgermeister in Buchenberg

Neuer Bürgermeister der Marktgemeinde Buchenberg im Oberallgäu ist Toni Barth von der CSU. Der bisherige zweite Bürgermeister setzte sich mit 51,25 Prozent der Stimmen gegen drei Mitbewerber durch. Der bisherige Amtsinhaber Ernst Windmüller geht nach drei Amtsperioden in den Ruhestand. Der Luftkurort Buchenberg in den Allgäuer Voralpen hat knapp 4.000 Einwohner. **DK**

Erfolgreiche Nürnberger Familienkarte

Seit geraumer Zeit wird bei Handel, Handwerk, Dienstleistern, Herstellern und den kommunalen und öffentlichen Einrichtungen in Nürnberg für das einmalige Projekt akquiriert. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass Familien sich auf den neuen Nutzbringer für jeden Tag freuen können: „Der Branchenmix an Familienkarte-Partnern wird für den Endverbraucher toll sein, und das überall in Nürnberg“, freute sich Erich Schuster, Geschäftsführer der defacto marketing GmbH bereits nach den ersten zehn Tagen der Akquise. Spontan haben bereits Unternehmen wie die Sparkasse Nürnberg, Küchen Lösch, Betten Nagel, Bäckerei Mais, BSD-Bank, Weilersbacher Malerbetrieb, Kabel Deutschland, Wurtag Sanitär, ARO, 1. FC Nürnberg, Schwemmer & Koller Bosch Dienst, Autocenter Pillenstein und Kinderpark Schloss Thurn ihre Beteiligung durch einen Vorvertrag zugesagt. Weitere 125 Firmen wünschen eine Beratung durch die Unternehmensgruppe. **DK**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)
Lutz Roßmann (Landtag)
Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 01.01.2004

Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und
Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse
GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bamberg initiierte ungewöhnlichen Staffellauf

Am 28. März fand der wohl ungewöhnlichste Staffellauf der Welt statt. Über 800 Bürgerinnen und Bürger aus Bamberg und der Region trugen ihre Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2010 nach München und übergaben diese dem Bayerischen Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Thomas Goppel.

„Wir konnten gar nicht mehr alle Ideen und Vorschläge der Bamberger Bürger mit in die Staffeln einbinden!“ berichtete Organisator Andre Volke begeistert über die große Resonanz in der Bevölkerung.

Enorme Unterstützung

Sportvereine, kulturschaffende Institutionen, Unternehmen, Jugendgruppen, Bürgervereine, einzelne Bürger und sogar ganze Gemeinden im Landkreis Bamberg hatten sich gemeldet und wollten ein Stück der Staffel übernehmen und selbst gestalten. Die Staffel spiegelte die riesige Unterstützung der Bamberger Bürger für die Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2010 wieder.

„Eine solche Euphorie für ein gemeinsames Ziel gab es in Stadt und Landkreis wohl noch

nie“, schilderte Andre Volke seine Erfahrungen.

50 Staffeletappen

Bei dem rund 26 Stunden dauernden Staffellauf von Bamberg nach München transportierten über 800 Bürger auf ca. 50 Staffeletappen (Gesamtlänge ca. 350 Kilometer) die Bewerbung zu Land, zu Wasser und in der Luft nach München. Pferde, Läufer, Radfahrer, Kinder mit Bobby-Cars, Marionetten, Oldtimer, eine Draisine, ein Hubschrauber, ein Sonderzug der Bahn, Gleitschirmflieger, Ruderer, Skater u.v.a. animierten auch Bürger dazu, als Zuschauer an dem Spektakel teilzunehmen und damit ihre Bewerbung ebenfalls zu unterstützen. Natürlich spielten auch der Bamberger Reiter sowie das

Kaiserpaar Heinrich und Kunigunde eine tragende Rolle.

Quer durch den Landkreis

Los ging's am Sonntagvormittag. Nach dem „Warm-up“ mit einem Kulturfrühstücken des Hotel- und Gaststättenverbandes Bamberg begann die Kulturstaffel auf dem Domplatz. Dort übergaben Oberbürgermeister Herbert Lauer, Kulturreferent Bürgermeister Werner Hipelius und Landrat Dr. Günther Denzler das in einen eigens angefertigten Plexiglas-Staffelstab eingebrachte Bewerbungsanschreiben dem Bamberger Reiter und markierten damit den Start der Kulturstaffel. Rund eineinhalb Stunden hielt die Staffel sich dann im Bamberger Stadtgebiet auf, um sich anschließend auf (Kul-)Tour kreuz und quer durch den Landkreis Bamberg zu begeben. In der Nacht auf Montag ging es dann gen Süden, so dass am Montagmorgen die Bewerbung an den Grenzen Münchens ankam.

Bamberger Reiter

Das letzte Staffeltück übernahm der Bamberger Reiter in Begleitung zweier Kutschen mit Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens. Vor dem Münchner Wissenschaftsministerium wurden sie von Bamberger Bürgern und einem riesigen Kran, an dem eine aus Seilen gestaltete Nachbildung eines Bamberger Domturms angebracht war, empfangen. Mittags dann nahm Minister Goppel die Original-Bewerbung in Empfang. **DK**



Die Themen kommunale Finanznot und Verwaltungsreform bestimmten die jüngste Bezirksversammlung Niederbayern in Geiselhöring. Von links nach rechts: Dr. Helmut Schwinghammer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayer. Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, Vorsitzender des Bayer. Städtetags, Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform Erwin Huber, Erster Bürgermeister Georg Riedl, Pfarrkirchen, Bezirksvorsitzender der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, Erster Bürgermeister Franz Xaver Stierstorfer, Geiselhöring (Gastgeber), Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger. **Bild: Natter**

Dieter Döhla feierte 60. Geburtstag

„Ich weiß, dass die Zeit nicht nach großen Geburtstagsfeiern ist“, erklärte der Jubilar. Ihm hätte aber die Methode, einfach nicht da zu sein, auch nicht gefallen. Schließlich war es vielen Hofer Bürgern durchaus ein Anliegen, „ihrem OB“ Dieter Döhla am 28. März im Foyer des Theaters persönlich Glückwünsche auszusprechen.

Am 28. März 1944 in Stammbach im Landkreis Hof geboren, studierte Dieter Döhla Rechtswissenschaften in München und Würzburg. 1973 begann der Jubilar seine berufliche Laufbahn als Richter und Staatsanwalt bei der Justiz in Hof.

Politische Anfänge

Seine politische Karriere nahm ihren Lauf mit der Wahl in den Stadtrat von Hof (1978). 1983 übernahm Döhla den Vorsitz der SPD-Stadtratsfraktion, ein Jahr später erfolgte die Wiederwahl in den Stadtrat und die Wahl zum Bürgermeister. 1987 nominierte ihn die SPD zu ihrem Kandidaten für die OB-Wahl und ein Jahr später gewann Döhla diese mit souveränen 60 Prozent der Stimmen. Im März 1994 wurde er ebenso überzeugend wiedergewählt wie im März 2000.

Agiler Jubilar

Seit 1990 ist der agile 60er Mitglied des Bezirkstages von

Oberfranken und Vorsitzender des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken Ost. Außerdem fungiert er als Vorstandsmitglied im Bayerischen Städtetag und Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Städtetages sowie kraft Amtes als Mitglied und zum Teil Vorsitzender in den Zweckverbänden für Theater, Abfall und Abwasser sowie im Verwaltungs- beziehungsweise Aufsichtsrat der Stadt- und Kreissparkasse Hof, der Stadtwerke und der Flughafen GmbH. Darüber hinaus arbeitet Dieter Döhla im Sächsisch-Bayerischen Städtenetz verantwortlich mit.

Unermüdlicher Einsatz zum allgemeinen Wohl

Für jahrzehntelanges Engagement zum Wohle der Allgemeinheit und unermüdlichen Einsatz in der Kommunalpolitik wurde Dieter Döhla im Mai 1998 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. **DK**



Von links: Eva-Maria Schwendl, Landrat Hanns Dorfner, Anita Knochner, OB Albert Zankl. **Foto: Bosch**

Behindertenbeauftragte der Staatsregierung:

Antrittsbesuch bei Landrat und Oberbürgermeister

Seit drei Wochen ist sie erst im Amt und die ersten Kommunen, die sie offiziell besuchte, waren Stadt und Landkreis Passau. Die Rede ist von der Behindertenbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Anita Knochner. Gemeinsam mit der Büroleiterin ihrer Geschäftsstelle, Eva-Maria Schwendl, traf sie sich mit Landrat Hanns Dorfner und Oberbürgermeister Albert Zankl im Passauer Landratsamt, um über ihren Aufgabenbereich zu informieren.

Hintergrund des Besuches war, dass das im vorigen Jahr erlassene Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz die Bestellung von Behindertenbeauftragten durch die Landkreise und kreisfreien Städte vorschreibt. Frau Knochner warb daher für die baldmögliche Installierung des neuen Ehrenamtes. OB Zankl konnte in diesem Punkt auf seinen anwesenden Behindertenbeauftragten Klaus Schröpf verweisen, der dieses Amt im Rathaus bereits seit drei Jahren innehat.

Bisher seien die Kommunen noch sehr zögerlich mit der Bestellung von Beauftragten umgegangen, bedauerte Frau Knoch-

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Wenn ihr glaubt, ihr kommt jetzt auch mit einer 42-Stunden-Woche davon, dann täuscht ihr euch!“ Mein Chef, der Bürgermeister, grinste schelmisch, als er die Nachricht von der Kündigung des Arbeitszeitarifvertrags mit ver.di durch die öffentlichen Arbeitgeber der Länder in der Zeitung las.

Klar, wir vom Bürgermeisterbüro sind ganz andere Arbeitszeiten gewöhnt als die 38,5-Stunden-Woche. Dabei rede ich gar nicht vom Bürgermeister, der eh ein Arbeitspensum und einen Termindruck hat, dass einem die Augen tropfen, sondern ich schaue nur auf uns, das ganze Team, das so einen Bürgermeister umschwirrt. Nicht selten sind wir schon morgens vor sieben im Office und harren aus, bis eine Stadtratssitzung oder ein Treffen mit den Vertretern der Sportvereine mitten in der Nacht zu Ende ist.

Die Zeiten von „business as usual“ sind vorbei!

Wir machen das freiwillig und sehen auch darüber hinweg, dass die vielen Überstunden kaum mal abgefeiert werden können. Schließlich ist der Job abwechslungsreich, interessant und spannend. Arbeitszeiterhöhung bedeutet für uns nur eine Korrektur des Überstundenblatts. Aber natürlich hat nicht jeder einen so faszinierenden Arbeitsplatz. Es gibt bei uns in der Verwaltung genug Bereiche, die ziemlich stark von Routine und Einerlei, aber ziemlich wenig von Eigenverantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten geprägt sind. Da macht es sicher einen Unterschied, ob man 38,5, 40 oder künftig 42 Stunden runterreißen muss. Und wenn man mitkriegt, mit welcher Kundschaft sich die Sachbearbeiter im Sozialamt rumschlagen müssen, kann ich gut verstehen, wenn die das lieber zwei Stunden kürzer täten.

Doch schlussendlich wird unser Land nicht wieder auf die Beine kommen können, wenn wir „business as usual“ macht. Wenn man sich ei-



nige wirtschaftliche Kerndaten ansieht, wird es überdeutlich, dass wir zwingend mehr arbeiten müssen. Allein 0,6% des eh schon bescheiden mit 1,5% bezifferten Wachstums, das heuer erwartet wird, ist darauf zurück zu führen, dass wir mit dem Schaltjahr einen Tag mehr zum Wirtschaften haben und mehrere Feiertage auf ein Wochenende fallen. Deutlicher kann man den Zusammenhang

zwischen Wohlstandsgewinn und Arbeitszeit nicht machen.

OK, man kann sich fragen, ob ausgerechnet der öffentliche Dienst Vorreiter spielen muss, der ja nicht gerade als Hort der Produktivität gilt. Aber solange die Notwendigkeit längerer Arbeitszeiten noch nicht allgemein eingesehen wird und eine Arbeitszeiterhöhung noch als „Opfer“ gilt, können am Besten die voraus gehen, die kein Arbeitsplatzrisiko haben. Denn wie wertvoll der bombensichere Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst ist, weiß man zu schätzen, wenn man mal in der Betriebsversammlung eines von der Schließung bedrohten Betriebs war. Was man da auf den Gesichtern lesen kann, ist beklemmend: Die Sorge um die Raten für's Häuschen. Die Angst, von den Nachbarn scheel angesehen zu werden. Oder die Hilflosigkeit eines Vaters, wie er seinem Sohn, der ihn für den Größen schlechthin hält, erklären soll, dass ihn seine Firma nicht mehr braucht. Angesichts dessen relativiert sich viel Gejammer im öffentlichen Dienst.

Ansonsten bleibt Deutschland immer noch das Land mit dem längsten Urlaub und Bayern hat die meisten Feiertage zum Kraft tanken. Meinem Chef, dem Bürgermeister, lege ich als Trost für den Personalrat ein Kalenderblatt mit dem Satz von Tolstoi hin: „Arbeiten ist an sich keine Tugend, aber sie ist eine unvermeidbare Bedingung eines tugendhaften Lebens.“



Augsburg:

Staudenland-Bauernladen offiziell eröffnet

Seit der Gründung der Regionalentwicklung Stauden (RES) vor nunmehr acht Jahren stand er ganz oben auf der Wunschliste aller Beteiligten: ein eigener Bauernladen in Augsburg. Jetzt ist dieser lang gehegte Wunsch in Erfüllung gegangen: Mit einem zweitägigen Fest wurde der Staudenland-Bauernladen im Augsburger Stadtteil Pfersee jetzt offiziell eröffnet.

Es ist ein ehrgeiziges Ziel, das sich die Direktvermarkter aus den Stauden mit ihrem eigenen Laden gesteckt haben. Hochwertige und nach strengen Qualitätskriterien produzierte Lebensmittel sollen in der Stadt Freunde und Abnehmer finden. Die Rechnung geht auf: Seit der Bauernladen Mitte Januar seinen Probetrieb aufgenommen hat, werden die Umsatzprognosen erreicht, ja sogar übertroffen.

„Schwierige Geburt“

Im Beisein zahlreicher Ehrengäste aus Kommunalpolitik und Fachbehörden sprach Fischachs Bürgermeister Josef Fischer, der Vorsitzende der Regionalentwicklung Stauden (RES), dann auch von einem Festtag für die gesamte Staudenregion. Bei aller Erleichterung, „dass es endlich soweit ist“, so Fischer, dürfe aber nicht verkannt werden, dass es „eine schwierige Geburt mit mehreren Zangen“ gewesen sei. Der neue Stützpunkt der Stauden in der Fuggerstadt sei in der Probephase glänzend gestartet. Jetzt gelte

es, den Staudenland-Bauernladen an die große Glocke zu hängen und die Bevölkerung in der Stadt und den angrenzenden Stadtrandgemeinden als langfristige Kunden für die Produkte aus den Stauden zu gewinnen.

RES-Geschäftsführer Hubert Teichmann, der zusammen mit Gottfried Wenger auch als Geschäftsführer der Staudenland-Bauernladen GmbH fungiert, rief die Augsburger auf, sich im neuen Laden Appetit auf die Stauden zu holen. Dadurch neugierig gemacht, könnten sie sich bei einem Ausflug mit der Staudenbahn vor Ort von den weiteren Vorzügen der Stauden - von intakter Landschaft, kulturellen Sehenswürdigkeiten, ausgedehnten Rad- und Wanderwegen und einer leistungsstarken Gastronomie - überzeugen.

Die Glückwünsche der Stadt Augsburg überbrachte Umweltreferent Thomas Schaller: „Ich heiße die Stauden in Augsburg willkommen!“ Stellvertretende Landrätin Anni Fries meinte, das attraktive Sortiment des Bauernladens lasse (fast) keine Wünsche offen. **Walter Kleber**

konnte Frau Knochner zusagen. Zur Aufgabe gehöre nämlich ein Höchstmaß an Überzeugungs- und Bewusstseinsarbeit und dies sollte eine solchermaßen geeignete Person mitbringen.

Bereits in einem halben Jahr will sich die Behindertenbeauf-

tragte daher erneut nach Passau begeben und in einem gemeinsamen Treffen aller mit Behindertenfragen befassten Behörden, Verbänden und Institutionen bei einem runden Tisch die Umsetzung der Arbeit erörtern und Fortbildungen anbieten. **DK**

Bayerischer Qualitätspreis 2004:

Hervorragend gerüstet für den Wettbewerb

Memmingen, Bad Tölz und Eltmann wirtschaftsfreundlichste Gemeinden

„Qualität setzt sich durch“: Mit diesen Worten würdigte Wirtschaftsminister Otto Wiesheu die Leistungen der Preisträger des diesjährigen Bayerischen Qualitätspreises. Der Minister zeichnete in der Münchner Residenz zehn bayerische Unternehmen und drei bayerische Gemeinden aus. Im Jahre 2004 sind dies die Städte Memmingen, Bad Tölz und Eltmann in Unterfranken.

Mit dem Bayerischen Qualitätspreis werden seit 1993 Unternehmen ausgezeichnet, die hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Unternehmensqualität erbracht haben. Die von Wirtschaftsorganisationen und Bezirksregierungen vorgeschlagenen Preisträger wurden heuer aus 19 Gemeinden und 58 bayerischen Unternehmen ausgewählt.

Wie Wirtschaftsminister Wiesheu betonte, schone eine konsequente Qualitätssicherung Ressourcen, führe zu Ko-

steneinsparungen und erhöhe die im Markt entscheidende Kundenzufriedenheit. „Der Bayerische Qualitätspreis zeigt, wer herausragende Leistungen erbringt und international mit an der Spitze liegt“, stellte Wiesheu fest.

Erfolgsfaktoren

Die Erfüllung von Qualitätskriterien gewinne auch für die Regionen und Kommunen immer mehr an Bedeutung, betonte der Minister. Die Erfolgs-

faktoren zur regionalen und technologischen Leistungsfähigkeit hingen nach einer Analyse des Wirtschaftsinstituts Prognos AG im wesentlichen von acht Faktoren ab:

Entscheidende Faktoren

1. einer soliden Basis an technologisch aktiven und erfahrenen Unternehmen,
2. der Konzentration von Clusterstrukturen auf engem Raum,
3. einem hohen absoluten und relativen FuE-Beschäftigtenpotenzial in Wirtschaft und Wissenschaft,
4. einem ausgewogenen Branchen- bzw. Technologiemix, der auch einen Risikomix darstellt (Spezialisierung bei Diversifizierung),
5. einem hohen - technologieorientierten - Dienstleistungsanteil in der Wirtschaftsstruktur,
6. der Einbindung in den internationalen Austausch von Wissen, Innovationen und Gütern mit führenden Regionen in der übrigen Welt,
7. einer strategischen Fokussierung der Wirtschafts- und

Technologiepolitik auf die - auch perspektivischen - Bedürfnisse der Wirtschaft sowie einer wirksamen Vernetzung von Akteuren (Staat, Unternehmen und intermediäre Organisationen) und Aktivitäten (Programme, Maßnahmen und Wettbewerbe),

8. einem wirtschaftsfreundlichen Klima und einem hervorstechenden Image einer Region, die als Selbstverstärker im Entwicklungsprozess wirken.

Ganzheitlicher Ansatz

Die preisgekrönten Unternehmen haben Wiesheu zufolge dokumentiert, dass sie Qualität als ganzheitlichen und umfassenden Ansatz im Sinne eines „Total Quality Management“ verstehen. Es gehe ihnen dabei um die Verbesserung der Betriebsabläufe und die Optimierung der Betriebsprozesse, um Vermeidung von Fehlern durch Beseitigung von Fehlerquellen, um verstärkte Orientierung an Kundenwünschen und die Erhöhung von Kundenzufriedenheit und um Motivation und Kreativität der Mitarbeiter. Die ausgezeichneten Gemeinden hätten unter Beweis gestellt, dass sie für den verschärften Standortwettbewerb gut gerüstet sind.

Ansporn und Anreiz

Wiesheu: „Ich wünsche mir, dass dieser Qualitätspreis Ansporn und Anreiz für alle heute



Gemeinsam mit Innenstaatssekretär Georg Schmid verlieh Wiesheu drei Preise an wirtschaftsfreundliche Gemeinden in Bayern.

nicht ausgezeichneten Unternehmen und Gemeinden wird, falls eine Erfolgsstory zu den Erfolgsfaktor Qualität schreiben.“ **DK**

Aspekte der Kunsterziehung

Das gesellschaftliche Engagement des Kulturpolitischen Arbeitskreises der CSU München-Land stellt die Aspekte von Kunsterziehung der Grund- und Hauptschulen des Landkreises in den Vordergrund. Laut 1. Vorsitzender Ursula Kober wird dadurch die Spannweite dessen aufgezeigt, was Schüler und ihre Lehrer auf musikischem Gebiet auch in den allgemeinbildenden Schulen alles zu leisten vermögen.

Schülerarbeiten aus Kunst- und Werkunterricht in diesen Schulen werden in einer grossen Gemeinschaftsausstellung (Anfang Juni des Jahres) im Landratsamt München, am Marienhilfplatz präsentiert, Schirmherr dieser Veranstaltung ist Landrat Heiner Janik. Kultusministerin Monika Hohlmeier

wird die teilnehmenden Schulen mit Urkunden auszeichnen. Die Schüler-Ausstellung ist die Fortsetzung einer Initiative des Kulturpolitischen Arbeitskreises der CSU München-Land, die im vergangenen Jahr zusammen mit 11 Gymnasien des Landkreises sehr erfolgreich gestartet wurde. **z**

Vorschau auf GZ 8

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 8, die am 22. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- z Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- z Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- z Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Mitarbeiter
- z Kommunale Büchereien